

Stenographisches Protokoll

2. Sitzung des Kärntner Landtages – 31. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 18. April 2013

Inhalt

Fragestunde (S. 43)

Aktuelle Stunde (S. 50)

Antragsteller: SPÖ-Klub

Thema: „Leistbares Wohnen in Kärnten“

Redner: Seiser (S. 51), Mag. Leyroutz (S. 52), Ing. Hueter (S. 53), Dr. Lesjak (S. 54), Dr. Prasch (S. 55), Mag. Trodt-Limpl (S. 56), Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 57), Mag. Ragger (S. 58), Wieser (S. 59), Mag. Kuchling (S. 60), Mag. Schalli (S. 61), Ing. Ebner (S. 62)

Zur Geschäftsordnung: Seiser (S. 64)

Ldtgs.Zl. 220-7/31:

Prüfungsverlangen des Landtages vom 18.4.2013 auf Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs gem. Art. 72 K-LVG in Verbindung mit Art. 127 Abs. 7 B-VG betreffend die Überprüfung des Verkaufes der Liegenschaft EZ 788, GB 72158 Reifnitz samt darauf befindlichem Schloss durch die Gemeinde Maria Wörth durch den Bundesrechnungshof

Zur Geschäftsordnung: Mag. Leyroutz (S. 64)

Einstimmige Annahme (S. 64)

Tagesordnung (S. 65, 114)

1. Ldtgs.Zl. 11-2/31:

Debatte über die Erklärung des Landeshauptmannes vom 28. März 2013

Redner: Seiser (S. 65), Mag. Leyroutz (S. 67), Ing. Hueter (S. 71), Dr. Lesjak (S. 73), Dr. Prasch (S. 77), Mag. Trodt-Limpl (S. 78), Scherwitzl (S. 80), Lobnig (S. 82), Gaggl (S. 84), Mag. Kuchling (S. 87), Dipl.-Ing. Johann (S. 89), Dr. Lebersorger (S. 90), Schautzer (S. 91), Leikam (S. 92), Köchl (S. 94), Redecsy (S. 95), Mag. Malle (S. 96), Anton (S. 98), Strauß

(S. 101), Pirolt (S. 104), Obex-Mischitz (S. 105), Tiefnig (S. 107), Ing. Ebner (S. 114), Mag. Dr. Kaiser (S. 116), Holub (S. 122)

Zur tatsächlichen Berichtigung: Dr. Lesjak (S. 83), Mag. Malle (S. 100)

Zur Geschäftsordnung: Mag. Leyroutz (S. 85, 86), Scherwitzl (S.86), Dr. Lesjak (S. 86)

Erklärung des Ersten Präsidenten Ing. Rohr (S. 86)

2. Ldtgs.Zl. 20-1/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten betreffend Ansuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Kärntner Landtag Ing. Reinhart Rohr

Zahl: 10 St 51/12g

Berichterstatter: Scherwitzl (S. 124)

Einstimmige Annahme (S. 124)

3. Ldtgs.Zl. 16-2/31:

Bestellung der kollegialen Schulbehörden des Bundes (S. 124)

Mitteilung des Einlaufes (S. 109, 127)

A) Dringlichkeitsanträge (S. 109, 127)

1. Ldtgs.Zl. 33-2/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Maßnahmen für leistbares Wohnen in Kärnten

(Behandlung gemäß § 46 Abs. 3a K-LTGO)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Ing. Ebner (S. 109)

Zur Dringlichkeit: Pirolt (S. 109), Gaggl (S. 110)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 110)

Einstimmige Annahme (S. 110)

2. Ldtgs.Zl. 36-1/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs und des Grünen-Klubs betreffend Aufrechterhaltung der Bahnverladestationen in Kärnten

(Behandlung gemäß § 46 Abs. 3a K-LTGO)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Johann (S. 110)

Zur Dringlichkeit: Wieser (S. 111), Strauß (S. 112), Lobnig (S. 113)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 113)

Redner: Dipl.-Ing. Johann (S. 113), Köchl (S. 114)

Einstimmige Annahme (S. 114)

3. Ldtgs.Zl. 15-1/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Kleines Glücksspiel

Zur Begründung der Dringlichkeit: Obex-Mischitz (S. 127)

Zur Dringlichkeit: Anton (S. 128)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: ja, F: nein, ÖVP: ja, Grüne: ja, TS: ja, BZÖ: ja) (S. 128)

Mehrheitliche Annahme (SPÖ: ja, F: nein, ÖVP: ja, Grüne: ja, TS: ja, BZÖ: ja) (S. 128)

B) Anträge von Abgeordneten (S. 128)

C) Petition (S. 129)

Beginn: Donnerstag, 18.4.2013, 14.04 Uhr

Ende: Donnerstag, 18.4.2013, 21.01 Uhr

Beginn der Sitzung: 14.04 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Ing. Rohr**, Zweiter Präsident **Schober**, Dritter Präsident **Lobnig**

A n w e s e n d : 33 Abgeordnete

E n t s c h u l d i g t : **Mag. Zopoth, Trettenbrein, Mag. Dolinar**

B u n d e s r ä t e : **Blatnik, Novak, Dörfler, Poglitsch**

Mitglieder der Landesregierung: Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser**, Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Mag. Ragger**, Landesrat **Dr. Waldner**, Landesrat **Holub**, Landesrat **Köfer**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen! Ich darf Sie alle zur 2. Sitzung des Kärntner Landtags

sehr herzlich begrüßen! Ich begrüße auch die Vertreter des Rechnungshofes, ebenso den stellvertretenden Landesamtsdirektor, die Mitglieder der Kärntner Landesregierung, soweit sie anwesend sind, natürlich die Zuschauerinnen und Zuschauer auf unserer Zuschauergalerie und die VertreterInnen der Medien sowie die Internetbenutzer, die bei der heutigen Landtagssitzung mit dabei sind! Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Landesamtsdirektor Dr. Dieter Platzer, Abgeordneter Mag. Josef Zopoth, Abgeordneter Mag. Alois Dolinar und Abgeordneter Harald Trettenbrein. Der Landtag ist somit beschlussfähig. Geburtstage in der letzten Zeit: Ich darf sehr herzlich den Abgeordneten Jakob Strauß begrüßen und ihm zum Geburtstag gratulieren, den er am 26.4. feiern wird! Der steht also noch bevor. *(Beifall im Hause.)*

Hohes Haus! Wir kommen nunmehr am Beginn der Sitzung zur

Ing. Rohr

Fragestunde

Ich komme zur Aufrufung der 1. Anfrage:

1. Ldtgs.Zl. 1/M/31:

Anfrage des Abgeordneten Mag. Leyroutz an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser

Bitte, um die Fragestellung!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die alte Landesregierung hat auch mit Zustimmung der ÖVP mit dem Projekt Personalbudget/neu und einem selektiven Einstellungsstopp rund 290 Planstellen eingespart und damit eine Trendwende bei den Personalkosten erreicht. In Summe konnten damit über die Legislaturperiode über 100 Millionen Euro eingespart werden. Diesen Kurs hat die derzeitige Landesregierung offensichtlich verlassen, daher stelle ich an den Herrn Landeshauptmann nachstehende Frage:

Wie viele Neuaufnahmen von MitarbeiterInnen hat es in den Regierungsbüros der Mitglieder der neuen Landesregierung gegeben?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser, bitte um Ihre Antwort!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter, Ihre Frage möchte ich wie folgt beantworten: Wir haben versucht, nach den Kriterien der Sparsamkeit, einer neuen Bescheidenheit auch bei den Personalzuständigkeiten zu reduzieren, bei den Neuaufnahmen der Regierungsmitgliederbüros darauf zu achten, dass der Vertrauensgrundsatz gewahrt wird, dass aber trotzdem äußerst sparsam in der Gesamtwirkung gesteuert wird. Ich kann Ihnen erfreulicher-

weise berichten – und das wird Sie als Abgeordneter des Hohen Hauses, der ja auch die Budgethoheit des Landtages mitrepräsentiert, freuen – dass im Vergleich zum letzten Stellenplan der abgelaufenen Periode, die ja aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen erstmals in der 2. Republik um ein Jahr verkürzt wurde, zum damaligen Zeitpunkt unter der von Ihnen besagten Koalition 91 Personen in den Büros der Landesregierungsmitglieder tätig waren. Um Ihre Freude zu steigern, kann ich Ihnen berichten, dass wir einen alten Beschluss wieder ausgegraben haben, den diskutiert haben, auch mit den Koalitionsparteien ÖVP und Grünen beschlossen haben, dass wir insgesamt für das Büro des Landeshauptmannes 15, für die Büros der Landeshauptmann-Stellvertreterinnen jeweils 10 und für die Mitglieder der Kärntner Landesregierung jeweils 7 Aufnahmen als solches genehmigen. Das ergibt einen Personalstand in den Landesregierungsbüros von ehemals 91 in der abgelaufenen Periode auf jetzt 63 in der laufenden Periode. Wir haben in dem Bereich der Neueinstellungen, weil ja Leute des Vertrauens aufgenommen werden mussten, weil es beispielsweise beim Team Stronach, weil es beispielsweise bei den Grünen erstmalige Regierungsbeteiligung gibt, natürlich auch Leute ihres Vertrauens neu in den Landesdienst aufgenommen. Diese Gesamtzahl der Neueinstellungen beträgt insgesamt auf alle sieben Regierungsmitglieder verteilt die Summe von 21. Gleichzeitig haben wir aus meiner Sicht, wenn ich diesen Vergleich 91 : 63 noch einmal strapazieren darf, hier, glaube ich, ein sehr deutliches Beispiel gesetzt, dass man auch im Bereich der Landesregierung vor allem dann, wenn man vor einer Periode steht, die sehr sparsam zu wirtschaften haben wird, mit gutem Beispiel als erstes voranzugehen hat. Ich darf Ihnen mitteilen, dass dieses Gesamtersparnis, das wir seitens der Politik gemacht haben und das ja letztendlich von allen im Kärntner Landtag, in der Kärntner Landesregierung vertretenen Parteien mitzutragen ist, insgesamt pro Jahr in etwa 2,5 bis 2,6 Millionen Euro jährlich – und das bedeutet über die gesamte Legislaturperiode ausgeweitet – ein Gesamtersparnis zwischen 12,5 und 13 Millionen bei der Politik als erstes,

Mag. Dr. Kaiser

bevor wir überhaupt einen anderen Antrag im Kärntner Landtag beschlossen haben, bereits sichergestellt haben. Ich glaube, das ist ein erfreuliches Zeichen, das die Sparwilligkeit des Kärntner Landtages bzw. der Kärntner Landesregierung nachhaltig dokumentiert. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Herr Landeshauptmann! Ich frage die SPÖ-Fraktion: Gibt es von Ihrer Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall! Dann frage ich die ÖVP, ob es von Ihrer Seite eine Zusatzfrage gibt? – Auch nicht der Fall! Grüne? – Frau Klubobfrau Abgeordnete Dr. Lesjak, bitte schön!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuhörerinnen, Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause vor dem Internet! Ja, ich kann das auch bestätigen, dieser Sparwille wird jetzt groß geschrieben. Ich war selber bei den Verhandlungen auch dabei. Es war gar nicht so einfach, zur Kenntnis zu nehmen, dass es jetzt natürlich weniger Personal geben wird als es vorher gegeben hat. Aber es stellt sich hier natürlich auch die Frage: Was passiert denn mit den jetzt noch vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die früher in den Regierungsbüros waren? Früher gab es diesen Sparwillen ja nicht, deswegen lautet meine Zusatzfrage an den Herrn Landeshauptmann:

Was passiert mit diesen rund 50 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die noch aus den FPK-Büros übrig geblieben sind?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, diese Frage zu beantworten!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr gerne, Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Klubobfrau! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Es hat eine Weisung

des damals noch tätigen Landespersonalreferenten Landesrat Dobernig gegeben, der rund 51 Personen aus den ehemaligen Regierungsbüros einzelnen Dienststellen des Landes Kärnten zugewiesen hat. Unter diesen Dienststellen haben sich auch Bezirkshauptmannschaften befunden. Ich habe dann in einer gemeinsamen Runde mit den ehemaligen Zuständigen für den Inneren Dienst, Landeshauptmann Dörfler und Landesrat Dobernig, einige Härtefälle, die wesentlich waren, dass auch sie besprochen werden, zu einem Thema gemacht. Wir haben auch in dem Zusammenhang versucht, Menschen, die aufgrund politischer Veränderungen ihren Arbeitsplatz zu verlieren drohten, dort, wo es nach einer gewissen Argumentation möglich war, soweit zu helfen, dass sie auch im Landesdienst verblieben sind. Ich nenne ein Beispiel ohne Namen, damit Sie die Intention, die dahinter steht, auch verstehen können. Es war eine Mitarbeiterin, wie mir vom Kollegen Dörfler aufmerksam gemacht wurde, die 58 Lebensjahre zählt, die bereits seit 1998 im Regierungsbereich war, nie unfristbar gestellt wurde. Das habe ich aus meiner Sicht als einen Härtefall gesehen, den ich dann als zuständiger Personalreferent in der jetzigen Legislaturperiode unbefristet gestellt habe, sodass sich diese Dame ihrer Erfahrung entsprechend an einem Arbeitsplatz in einer Abteilung einbringen und gleichzeitig auch einer Zukunft entgegen sehen kann, die ihren Fähigkeiten und ihrer Zuordnung entspricht.

In Summe, wie gesagt, sind es 51 Personen, die unterzubringen waren. Ich verhehle nicht, dass wir einigen Personen, die kurzzeitig angestellt waren, mit 28. März 2013 keine Verlängerung geben konnten, weil sie im Verlauf der letzten Legislaturperiode, die ja auch noch um ein Jahr verkürzt wurde, eingestellt wurden. Das ergibt in Summe einen Stand von 11 Personen, die den Landesdienst mit Ablauf der letzten Legislaturperiode quittieren mussten. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Gibt es von Seiten des Teams Stronach den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall! Herr Abgeordneter Leyrouz,

Ing. Rohr

dann haben Sie die Möglichkeit einer Zusatzfrage!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Herr Landeshauptmann, ich stelle nachstehende Zusatzfrage:

Wie begründen Sie die Neueinstellung von 21 Mitarbeitern, wenn im Landesdienst genügend qualifiziertes Personal zur Erledigung dieser Aufgaben, insbesondere auf den Vorgaben der budgetären Sparsamkeit, zur Verfügung steht?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, bitte um Ihre Antwort!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Es gibt natürlich die politische Rhetorik, die Sie jetzt in sehr guter Form – Herr Abgeordneter, Sie erlauben mir diesen Hinweis – angewandt haben und es gibt Fakten, Daten und Zahlen, die zählen. Für mich zählt als zuständiger Personalreferent, dass, wenn es in der vorhergehenden Legislaturperiode mit vier FPK-Regierungsmitgliedern 91 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Büros der Landesregierungsmitglieder gegeben hat und es jetzt unter anderer politischer Führung und Personalzuständigkeit 63, also eine mathematische Differenz von 28 Personen weniger gibt, ist in etwa gleichbedeutend mit einer Einsparung von knapp einer Million Euro pro Jahr. Dass dieses letzte Beispiel für mich das ausschlaggebende ist, ist für mich die Politik, die ich neben rhetorischen Zuwendungen als praktisch angewandt und Steuergeld für die Bevölkerung sparend sehe. Daher sage ich noch einmal, die Begründungen für die 21 Leute sind darin gegeben, dass sich jedes Regierungsmitglied Leute seines Vertrauens aussuchen kann. Wenn Sie aber die Zahl 21 mit 63 vergleichen, dann können Sie ersehen, dass sich mathematisch exakt genau zwei Drittel der Regierungsmitarbeiter bisher bekannter Regierungsmitarbeiter in den Büros oder anderer Leute bedient haben, sonst würde diese Zahl so nicht entstehen können. Ein Drittel Neuaufnahmen, zwei Drittel Personen, Mitarbeiterinnen

oder Mitarbeiter, die jetzt bereits tätig waren, in Summe Ersparnis um 28 Personen, in Summe Ersparnis allein aus diesem Budgettitel knapp unter einer Million. Das ist etwas, was ich im Vergleich zu bisher als positiv bewerte. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, danke für die Beantwortung! Wir kommen somit zur zweiten Anfrage der Frau Abgeordneten Mag. Theuermann an Landesrat Köfer.

2. Ldtgs.Zl. 2/M/31:

Anfrage der Abgeordneten Mag. Theuermann an Landesrat Köfer

Bitte die Frau Abgeordnete ans Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Theuermann** (TS):

Hohes Haus! Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtages! Liebe Zuhörer! Sehr geschätzte Medienvertreter! Die Dramatik um die Steinschläge in der Lieserschlucht waren gerade in den Osterfeiertagen ein interessantes Thema und begleiten uns im Grunde schon seit Jahren.

Sehr geehrter Herr Landesrat Köfer! Welche Maßnahmen werden Sie kurz-, mittel- und langfristig für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Bereich der Lieserschlucht (Steinschläge auf der B99, zwischen Spittal an der Drau und Seeboden) setzen? *(LR Köfer beginnt mit der Begrüßung des Vorsitzenden.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat, einen Augenblick bitte, bis die Technik so weit ist! Ich bitte Sie um Ihre Antwort!

Landesrat **Köfer** (TS):

Dann wiederhole ich noch einmal meine höfliche Anrede: Herr Präsident! Geschätzter Herr

Köfer

Landeshauptmann! Hohes Haus! Werte Frau Abgeordnete Theuermann! Die B99 ist mittlerweile eine berühmt-berüchtigte Straße geworden. Sie ist auch eine gefürchtete Straße geworden im Laufe der letzten Monate, eigentlich der letzten Jahre schon. Hier herrscht ständig Gefahr im Verzug. Diese Straße bewältigt täglich etwa 20.000 PKWs, Menschen, die aus dem Liesertal in die Bezirksstadt fahren müssen und umgekehrt. Seit vielen Jahren haben wir eigentlich die ähnliche Situation, dass sich in diesem Bereich immer wieder dramatische Szenen abspielen. So auch am 30.3. dieses Jahres, da hat sich ein ca. 200 Kilo schwerer Stein im Bereich der Erdwand gelöst und ist unmittelbar auf die Bundesstraße gefallen. Er hat dadurch einen Taxifahrer irritiert, indem sein Taxi beschädigt worden ist. Ihm selber ist Gott sei Dank nichts passiert. Wir haben sofort am nächsten Tag in der Früh eine Begehung gemacht und auch eine Weisung an die Straßenbauabteilung erteilt, dass es in diesem Bereich zur dauerhaften Sicherung vor Steinschlägen zusätzliche Maßnahmen geben muss. Es wird auf 270 Metern Länge – die technischen Sachen kann ich Ihnen ersparen – im Bereich der Erdwand in Richtung Seeboden sind es 50 Meter, die Erdwand selber etwa 70 Meter und noch einmal 150 Meter Richtung Seeboden. Hier ist ein Kostenaufwand von etwa € 300.000,-- für den Streckenabschnitt 1 und in etwa 1 Million Euro für die unmittelbare Sicherung der Erdwand vonnöten. Dieses Geld haben wir leider nicht im Budget und auch nicht im Referat, aber ich glaube, dass sich die Finanzreferentin bei Gefahr im Verzug damit auch anfreunden kann, dass wir nach einem Gespräch diese Situation auch im Sinne der vielen Schulbusse, die diesen Bereich täglich passieren, bewältigen können. Kurzfristige Maßnahmen haben stattgefunden, wir haben es geräumt. Es ist aber leider – und das ist das Problem – mittlerweile fast täglich eine Totalsperre notwendig. Der gesamte Verkehr wird über die sogenannte „Fratres-Straße“ geführt. Das ist unzumutbar, nicht nur für die dort lebenden Anrainer, sondern vor allem auch für die Bezirksstadt Spittal, weil die Einbindung im Bereich der B100 noch nicht optimal vonstatten gegangen ist. Wir versuchen, den Bereich 1 und den Bereich 3 noch vor den Sommermonaten abzuschließen, sofern die Budgetfreigabe erteilt wurde. Die langfristige Maßnahme im Bereich der Erdwand – das ist die eigentliche, ganz große Bedrohung – sollte bis Ende dieses

Jahres nicht nur projiziert, budgetiert, sondern auch baulich bewältigt sein. Wir reden hier von in etwa 1 Million Euro. *(Beifall von der TS-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Herr Landesrat Köfer! Gibt es von der SPÖ-Fraktion den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Von der ÖVP-Fraktion? – Bitte, Herr Abgeordneter Hueter! Herr Klubobmann Hueter!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Lieber Herr Landesrat Gerhard Köfer! Ich glaube, die Materie kennst du ja besser wie jeder andere, die ganze Lieserschlucht und die ganze Verkehrsproblematik als solches. Wenn wir heute von Ostergeschenken geredet haben, dann ist es wahrscheinlich ein negatives Ostergeschenk gewesen, dass genau da bei der Ertlwand dieser Felsbrocken heruntergefallen ist. Ich glaube, die Thematik ist ja bekannt, schon über Jahrzehnte fast, wo wir dieses Thema thematisieren. Meine heutige konkrete Frage an dich und das ist auch schon ein paar Mal in der Zeitung gewesen:

Wie stehst du zur Tunnellösung Seeboden – Marienheim/Parkplatz aus deiner Sicht heute?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, Herr Landesrat!

Landesrat **Köfer** (TS):

Herr Klubobmann, die Thematik ist bekannt, wir reden hier aber auch von einer Größenordnung von 20 bis 25 Millionen Euro. Wir sind für alles bereit. Es wäre natürlich eine optimale Variante Seeboden mit Spittal in dieser Form zu verbinden, letztendlich wird es aber – das ist meine Befürchtung – an den Kosten scheitern. Dass das geschickt wäre und dass das vernünftig wäre, steht aber außer Zweifel.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Herr Landesrat Köfer! Ich möchte mich für mein Versehen entschuldigen, dass ich nicht in der Rotation vorgegangen bin! Natürlich hat auch die FPK-Fraktion die Möglichkeit einer Zusatzfrage. Ich sehe, das wird gewünscht. Bitte, diese Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Staudacher** (F):

Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Landesrat! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Entlang der Bundesstraße in der Lieserschlucht befindet sich auch der Trassenverlauf des wichtigsten Radwegprojektes in Kärnten. Nachdem sich das Land Kärnten und die Anrainergemeinden im vergangenen Jahr darauf geeinigt haben, den Radweg-Lückenschluss zwischen Seeboden und Spittal an der Drau sicherzustellen, möchte ich Sie, Herr Landesrat, fragen:

Wie stehen Sie als Verkehrsreferent zu diesem, für die Region Oberkärnten so wichtigen Projekt?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, Herr Landesrat Köfer!

Landesrat **Köfer** (TS):

Herr Abgeordneter Staudacher, die Situation ist, wie sie ist. Wir selbst warten ja in der Stadt Spittal, ich glaube, mit Seeboden gemeinsam, schon über viele Jahre auf diesen versprochenen Radweg. Passiert ist leider nichts. Wir haben auch immer wieder die budgetären Mittel zur Verfügung gestellt. Es liegt jetzt daran, dass wir endlich ein Projekt umsetzen können. Es gibt zwei oder drei Varianten. Eine dieser Varianten sollte auch möglich sein, wenn es auch die Möglichkeit der Finanzierung gibt. Letztendlich stehen die Gelder der Stadtgemeinde Spittal, wie ich hoffe, und der Marktgemeinde Seeboden noch immer parat. Letztendlich werden wir einen Vorschlag machen, aber auch hier reden wir wieder von Kosten, die wir derzeit im Budget leider nicht vorfinden.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Herr Landesrat! Gibt es von Seiten der Grünen den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Dann hat die Antragstellerin noch die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen. Bitte!

Abgeordnete **Mag. Theuermann** (TS):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Meine Zusatzfrage bezieht sich auf einen Zeitungsartikel vom 22. März 2011, in dem es heißt: „Schlaglöcher auf Kärntens Straßen bringen Autolenker und Motorradfahrer zur Weißglut. Deshalb hat die SPÖ eine Initiative gestartet, mit der eine rasche Sanierung der Landesstraßen erzwungen werden soll. Dafür wurde sogar eine eigene Homepage eingerichtet.“

Herr Landesrat, wie hilfreich ist Ihnen diese Aktion?

Landesrat **Köfer** (TS):

Sehr hilfreich, weil ich davon ausgehe, dass die SPÖ natürlich hält, was sie verspricht und auch fordert. Jetzt haben wir die Chance, das gemeinsam umzusetzen. Es gibt auch einige spannende Bilder, wo sich einige meiner Freunde neben das Schlagloch gesetzt haben. Ich hoffe, das ist mittlerweile gefüllt. Es gibt ja auch hier einige Bilder dazu. Ich glaube schon, dass es hilfreich sein wird, weil es ganz einfach ein Problem für ganz Kärnten darstellt. Damals wurden von Seiten der SPÖ in etwa 500 Millionen Euro für die dringende Sanierung der Kärntner Schlaglöcher, Hänge und Brücken gefordert. Wir gehen davon aus, dass wir im Moment mit 50 Millionen Euro für eine Erstmaßnahme das Auslangen finden können.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Herr Landesrat Köfer! Wir haben damit die Anfrage Nummer 2 erledigt. Wir kommen zur Anfrage 3:

Ing. Rohr

**3. Ldtgs.Zl. 3/M/31:
Anfrage des Abgeordneten Mag.
Schalli an Landesrat Holub**

Ich bitte ihn ans Rednerpult, um die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Schalli** (TS):

Hohes Haus! Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Geschätzte Zuhörer auf der Tribüne! Meine Anfrage richtet sich an den Landesrat Holub in seiner Zuständigkeit und betrifft das Thema der KELAG Netz GmbH, Projekt 110 kV-Leitung in Villach/Fürnitz mit dem dazugehörigen Umspannwerk. Laut Projektbetreiber, der KELAG, handelt es sich bei diesem Projekt um eine Maßnahme zur sicheren Versorgung der Kärntner Bevölkerung. Die Dimensionierung dieses Projektes wird auf eine – vor allem von Seiten des Umspannwerkes her – Kapazität von 4,1 Millionen Bürger ausgerichtet. Wohlge-merkt: Zur Versorgung der Kärntner Bevölkerung! Das heißt, diese maßlose Überdimensionierung des Projektes ist aus unserer und meiner Sicht absolut hinterfragenswert und es befindet sich dieser Projektstatus bereits in einem Verfahrensstand, wo es mittlerweile durch die zugestellten Bescheide zur Enteignung der betroffenen Bürger und Landbesitzer kommt. Alle Einwendungen gegen dieses Projekt seitens der Eurocable, der zuständigen EU-Institution, respektive auch der Alpen-Konvention, die beide sowie viele andere dieser Gutachten darauf hinweisen, dass die Verkabelung mit Erdkabel geführt werden sollte und nicht mit Luftleitungen mit 75 Meter hohen Stromspannungsmasten (*Vorsitzender: Bitte zur Frage selbst zu kommen!*) geführt werden mögen, führen dazu, dass die Kelag mit Argumentationen vorgeht, die aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar sind, vor allem auch von Seiten des Kostengerüsts. Aus diesem Grunde möchte ich die Frage an Sie, Herr Landesrat, stellen:

Welche Co-Finanzierung der EU gibt es bei diesem Kelag-Projekt für diese 110 kV Leitung und das dazugehörige überdimensionierte Hochspannungswerk in Villach/Fürnitz?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Bitte um Beantwortung durch den Herrn Landesrat Holub!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Herr Präsident! Danke schön, Herr Mag. Schalli für die Frage! Ich habe in der Abteilung 8 und in der Abteilung 7 nachgefragt, ob es eine EU-Co-Finanzierung gäbe. Beides wurde mir verneint. Auch von der Kärnten Netz GesmbH wurde auf die Anfrage der Abteilung 7 bekannt gegeben, dass hier keine EU-Förderungen in Anspruch genommen worden sind. Auf dem kurzen Weg habe ich dem Herrn Mag. Schalli eine Auflistung aller EU-mäßig geförderten Projekte der Abteilung 8 überbracht. Danke! (*Beifall von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Antwort! Gibt es von Seiten des SPÖ-Klubs den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Von Seiten der Freiheitlichen? – Abgeordneter Anton. Ich bitte ihn, die Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Anton** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Herr Landesrat Holub, meine Frage:

Werden Sie sich leidenschaftlich dafür einsetzen, dass diese Trasse im Wohngebiet erdverkabelt wird? (*LR Holub beginnt mit der Beantwortung. – Vorsitzender, das Mikrofon aktivierend: Herr Landesrat, Moment!*)

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Wir sehen, wie langsam der Strom in Kärnten ist, besonders im Landtag! Das heißt aber nicht, dass wir jetzt eine 110 kV-Leitung brauchen! Herr Abgeordneter Anton, natürlich werde ich mich leidenschaftlich für alles einsetzen, wofür sich auch die Bürgerinitiativen einsetzen. Bei diesem Verfahren ist leider Gottes der Zug nicht

Holub

nur abgefahren, sondern er ist im Bahnhof gelandet. Eine Möglichkeit gäbe es noch: So viel ich erfahren habe, ist heute ein forstrechtlicher Bescheid gekommen. Das Verfahren ist ja jetzt schon so weit, dass auf zweiter Ebene das Enteignungsverfahren beeinsprucht worden ist. Man muss sich vorstellen, hier kämpft jetzt das Wirtschaftsministerium, das die Stadt Villach, die Gemeinde Finkenstein aber auch die katholische Kirche – und das ist jetzt ohne Kirchenvolksgehren – enteignet, nämlich das Wirtschaftsministerium enteignet die Stadt Villach. Das ist ein Match, das schon seit Jahren geführt wird, nicht in meinem Sinne geführt wird. Das zeigt, wie dringend nötig wir einen Energiemasterplan haben. In diesem Fall ist dem Rechtsstaat Genüge zu tun. Das EIWOG wurde geändert, das Kärntner Elektrizitätsgesetz, wonach bei den nächsten Projekten tunlichst die Leitungen zu vergraben sind. Diesmal – leider Gottes – sehe ich für den Rechtsstaat keine Möglichkeit, diese Leitungen zu vergraben. Ich würde sie eigenhändig vergraben, wenn ich könnte. *(Abg. Anton: Also nicht! – Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Herr Landesrat! Gibt es von Seiten des ÖVP-Klubs eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall! *(Abg. Johann meldet sich zur Zusatzfrage.)* Von Seiten der Grünen gibt es den Wunsch nach einer Zusatzfrage. Dann darf ich den Herrn Abgeordneten bitten, diese zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Sehr geehrte Landesregierung! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Novelle des Elektrizitätsgesetzes ist am 1. Februar in Kraft getreten. Das war zu spät, um diese Enteignungen zu verhindern. Es ist aber leider auch alles zu früh passiert für diese Regierung. Trotzdem jetzt die Frage:

Welche Mehrkosten würden anfallen, wenn die 110-kV-Leitung Fürnitz/Villach als Kabel- statt als Freileitung geführt wird als Beispiel für künftige Projekte?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, Herr Landesrat Holub, um die Beantwortung!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Präsident! Herr Abgeordneter Johann, ich habe mich etwas schlau gemacht. Ich habe gestern auch in Oberösterreich gefragt. Es gibt sogar von der E-Control eine Möglichkeit bei besonderen Fällen, die Mehrkosten, die entstehen, zu übernehmen, wenn es wirklich ein so sensibles Gebiet ist wie auch in diesem Fall. Leider Gottes kommt das eben nicht mehr zum Tragen. Aber auf die Mehrkosten angesprochen: Da gibt es verschiedene Berechnungen. Der Projektwerber und auch die Muttergesellschaft sagen natürlich, dass es statt 12 Millionen – Hausnummer – 24 Millionen gekostet hätte. Eigene Berechnungen von Firmen, die der Bürgerinitiative etwas näher stehen, sprechen von 3 Millionen. Man sieht, wie das einstellungsmäßig auseinander geht. Das wären die Mehrkosten gewesen. Ich habe mich heute noch einmal bei einem Telefongespräch mit dem Direktor noch schlauer gemacht und gefragt. Wie gesagt, das Problem ist das, dass die Kelag eine Aktiengesellschaft ist und dass beim Land Kärnten seinerzeit, wie es die Anteile verkauft hat, aber auch bei der „Lex Dobernig“ voriges Jahr, wo einmal 100 Millionen mehr Kelag-Anteile verkauft wurden, noch einmal die Anteile des Landes verwässert wurden, dass man natürlich als Volkswirtschaft nicht mehr dazu kommt, weil nach dem Aktienrecht der die Leitungen für seine Aktionäre so günstig wie möglich ziehen muss. Das soll für uns für die nächste Zeit eine Lehre sein, dass wir einfach nicht Sachen, wo die Volkswirtschaft dahinter sein sollte, das heißt der Gesundheitsbereich aber auch der Energiebereich, das einfach nicht privatisieren. Das bringt uns im Endeffekt nichts, das kostet uns was. Wir kommen bei den Bürgerinitiativen nicht mehr dazu. Der Rechtsstaat muss sich dann schlussendlich selber enteignen, dass er eigentlich – meiner Meinung nach subjektiv bewertet – dumme Entscheidungen schon vorher auch gemacht hat.

Wie gesagt, wenn wir dann einen Energiemasterplan haben sollten, dann wäre es an der Zeit, einmal von oben auf Kärnten zu schauen und zu

Holub

schaufen, was brauchen die Menschen und nicht, was braucht die Industrie. Wie wir gehört haben, sind diese Stromleitungen nach der Interpretation von Mag. Schalli für 4 Millionen Menschen. Es wäre Kärnten zu wünschen, dass kurzfristig so viele Menschen da sind und einen Umsatz machen. Das wird aber nicht sein. Auch mit dem Ende des Gaskraftwerkes in Klagenfurt werden wir diesen „Leitungsschmonzes“, wenn ich das so salopp formulieren darf, nicht mehr brauchen. Wie gesagt, es wird zuerst gebaut und dann geplant, wobei ich denke, dass gewisse Menschen da in Österreich aber auch in Europa schon vorher planen, nur die Politiker erst später informieren. Wir brauchen einen anderen Ansatz. Die Volkswirtschaft, sprich das Land Kärnten, soll sagen, was es braucht. Dann soll es so gebaut werden, dass unsere Menschen etwas davon haben. Lernen wir aus diesem schlechten Beispiel, dass es das nächste Mal nicht mehr so passiert! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke Herr Landesrat Holub für die Beantwortung! Gibt es von Seiten der Anfragersteller noch eine Zusatzfrage? – *(Abg. Mag. Schalli meldet sich zur Zusatzfrage.)* Dann bitte ich, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Mag. Schalli** (TS):

Danke für Ihre Ausführungen, Herr Landesrat! Daran schließt sich direkt meine Zusatzfrage,

nämlich aus dem Grund der politischen Verantwortung der bisherig damit Betrauten und auch in dieser Regierung vertretenen Regierungsmitglieder:

Wie erklären Sie die Tatsache, dass die Durchsetzung der Interessen der Kärntner Bürgerinnen und Bürger durch die zuständigen Mitglieder der Landesregierung ignoriert wurden?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Holub, ich bitte um Ihre Beantwortung!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Mag. Schalli! Da würde ich Sie einfach bitten, die direkt Betroffenen direkt zu fragen. Ich war damit nicht betraut und ich übernehme auch nicht die Verantwortung für die Vergangenheit, nur für Zukunft. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist die Fragestunde aufgrund der behandelten und vorliegenden Fragen beendet. Wir kommen zur Durchführung der Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des SPÖ-Landtagsklubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die SPÖ an der Reihe. Das entsprechende Thema der heutigen Aktuellen Stunde lautet: „Leistbares Wohnen in Kärnten.“ Die Rednerfolge in der Aktuellen Stunde erfolgt nach dem Rotationsprinzip entsprechend der Stärke der Parteien. Ich darf auch mitteilen, dass wir in der Präsidiale vereinbart haben, dass im ersten Durchlauf auch die Interessengemeinschaft des

BZÖ in dieser Rotation inbegriffen ist. In der zweiten Runde sind dann im Wesentlichen die Landtagsklubs in der Rotation an der Reihe. Wir haben in der Aktuellen Stunde auch eine entsprechende Redezeitbeschränkung. Ich möchte darauf hinweisen, dass diese fünf Minuten beträgt. Ich werde immer versuchen, nach vier Minuten 30 Sekunden den Redner darauf hinzuweisen, dass er noch 30 Sekunden Redezeit hat. Bei entsprechend geordneter Abwicklung der

Ing. Rohr

Aktuellen Stunde müsste es möglich sein, dass zwölf Damen und Herren Abgeordnete oder Damen und Herren aus dem Regierungsteam zu Wort kommen. Als Erster zu Wort gemeldet hat sich für die sozialdemokratische Landtagsfraktion Abgeordneter Herwig Seiser. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank! Werte ZuhörerInnen und ZuschauerInnen hier im Saal! Werte Damen und Herren des Bundesrates! Geschätzte Damen und Herren der Beamtenschaft! Werte Kolleginnen und Kollegen! Leistbares Wohnen ist ein Gebot der Stunde. Leistbares Wohnen ist ein Kernanliegen der Kärntner Sozialdemokraten. Leistbares Wohnen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist ein notwendiger, wichtiger und effizienter Hebel, die finanzielle Schieflage in sehr, sehr vielen Kärntner Haushalten wieder ins Lot zu bringen. Wir wissen auch, dass der geförderte Wohnbau ein unglaublich wichtiger Konjunkturmotor in der Bauwirtschaft ist. Wir wissen aber auch, dass die Mieten permanente und kräftige Preistreiber in den Haushalten in Kärnten sind. Ich möchte, meine sehr geschätzten Damen und Herren, die Bestrebungen, die, von welcher Seite auch immer sie kamen, die teilweise durchgesetzt wurden, teilweise nicht durchgesetzt wurden, die teilweise zeitgerecht kamen, die teilweise nicht zeitgerecht kamen, die teilweise aufgrund von nicht vorhandenen Geldern nicht durchgesetzt wurden, ich möchte dennoch alle Bestrebungen, die dazu geführt haben, den Wohnbau, das Wohnen, die Mieten in Kärnten leistbarer zu gestalten, durchaus honorieren. Aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren, es war zu wenig! Wenn Sie sich die aktuellen Statistiken anschauen, wenn Sie sich aktuell anschauen, wie sich die Verschuldung der Haushalte nicht nur in Kärnten, sondern in Gesamtösterreich entwickelt und warum sie sich entwickelt, dann wissen wir, dass wir als Land Kärnten, dass wir als Republik Österreich höchsten Bedarf haben, an der Schraube des leistbaren Mietens bzw. des leistbaren Wohnens zu drehen. Und wir können das, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir können das in der Bundesregierung, wir können das in der Landesregierung und wir können das

hier im Kärntner Landtag und wir werden das auch tun, meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Wir werden im Laufe dieses Jahres kurzfristige Maßnahmen setzen, die sofort umzusetzen sind, um etwaige Problemfelder abzufedern. Da geht es um Finanzierungsmodelle aus alten Wohnbauförderungsgesetzen, wobei ich der Vollständigkeit halber dazu sagen möchte: Diese Wohnbauförderungsgesetze sind in der Regierung immer einstimmig beschlossen worden und auch im Landtag, damit man hier nicht den Versuch unternimmt, sich auf irgendetwas auszureden. Das ist das Erste. Das Zweite ist: Wir werden im Zuge des Kassasturzes sämtliche Einmalzahlungen, sämtliche Transferleistungen, die in der Vergangenheit mit der Gießkanne über dieses Land geschüttet wurden, zusammenfassen und daraus eine effiziente Wohnbeihilfe basteln, meine sehr geschätzten Damen und Herren, weil wir haben wollen, dass die Menschen, die im untersten Einkommensbereich sind und bei denen € 3,- für die Miete aufgehen, Soforthilfe erhalten und solche Soforthilfe erhalten, die sie auch in die Lage versetzt, in ihren Wohnungen zu bleiben, damit wir nicht die erhöhte Delogierungsanzahl noch einmal in die Höhe treiben. So viel einmal kurz zu den kurzfristigen Maßnahmen, die wir zu setzen haben. Und wir werden, meine sehr geschätzten Damen und Herren, in Kooperation – und ich hoffe, mit allen Parteien in diesem Landtag, und ich hoffe, mit der Bauwirtschaft, ich hoffe, mit den gemeinnützigen Bauträgern, ich hoffe, mit den Ziviltechnikern – ein Wohnbauförderungsgesetz/neu schreiben. *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* Wir haben, meine sehr geschätzten Damen und Herren, die gesetzlichen Grundlagen für leistbares Wohnen zu schaffen! Wir haben in allen möglichen Bereichen der Wohnbauförderungsgesetze nachzujustieren, insbesondere, wenn es darum geht, die technischen Voraussetzungen in den Förderungsvoraussetzungen zu ändern. Daher ist es an der Zeit, dass auch das Wohnbauförderungsgesetz entsprechend adaptiert wird.

Ich sage es noch einmal, zum Schluss kommend: Leistbares Leben bzw. Wohnen ist ein Grundrecht, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es ist an der Zeit und unsere Aufgabe, den

Seiser

Menschen in Kärnten dieses Versprechen entsprechend einzulösen! Machen wir es gemeinsam, dann wird es auch zielführend werden! *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Herr Abgeordneter Klubobmann Seiser! Als Nächster zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mag. Leyroutz. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Leistbares Wohnen ist unbestritten eines der wichtigsten Themen der Landespolitik, darf aber natürlich nicht abseits der bundespolitischen Vorgaben betrachtet werden, weil einfach ein Bündel an Maßnahmen notwendig ist. Herr Kollege Seiser, ich vermisste nur konkrete Vorschläge in Ihren Ausführungen dazu! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Wir Freiheitliche haben in der vergangenen Legislaturperiode dementsprechend wichtige Maßnahmen bereits in die Wege geleitet. Ich darf auch darauf verweisen, dass in den letzten vier Jahren in Kärnten insgesamt rund 2.500 Wohnungen errichtet wurden und es für das Jahr 2013 mit dem Nachtragsvoranschlag bereits einen neuen Rekord von weiteren 768 errichteten Wohnungen geben wird. Auch wenn das durchschnittliche Mietniveau in Kärnten weitaus geringer ist als in den anderen von der SPÖ dominierten Bundesländern, ist trotzdem festzustellen, dass auch in Kärnten das Wohnen empfindlich teurer wurde. Eine wichtige Rolle in dem Zusammenhang spielen die steigenden Betriebskosten, Kanal-, Wasser- und Müllabfuhrgebühren, die jedoch in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden fallen. Diesbezüglich ist aber auch darauf zu verweisen, dass die Daten der Statistik Austria über die durchschnittlichen Betriebskosten pro Quadratmeter auch für gegen Entgelt benützte Wohnungen zeigen, dass Kärnten nach dem Burgenland die niedrigsten Betriebskosten aufweist. Es werden aber trotzdem die Gemeinden und Kommunen gefordert sein, durch übergreifende Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten,

durch Zusammenarbeit Einsparungspotentiale weiter auszunutzen und zu heben. Wenn man jetzt bei der SPÖ erkennt, dass leistbares Wohnen ein Grundbedürfnis ist, so muss man der SPÖ und insbesondere den früheren SPÖ-dominierten Landesregierungen vorwerfen, dass gerade sie für die jetzigen Mietexplosionen verantwortlich zeichnen. *(Heiterkeit und Lärm in der SPÖ-Fraktion.)*

In Verknennung der damaligen politischen Situation und aufgrund einer kurzfristigen Denkungsweise wurden die ursprünglich niedrigen Zinsen vorgeschrieben, wurde damals wissentlich – ich sage wissentlich! – nicht berücksichtigt, dass es nach 20 Jahren zu unheimlichen Steigerungen bei den Wohnbauförderungsdarlehen kommen wird. Wir Freiheitliche haben in den letzten Jahren da entgegen gewirkt und bereits im Jahr 2006 mit einem Mietensenkungsprogramm für die geförderten Wohnanlagen entgegen gesteuert. Diese fatale Dynamik haben die Freiheitlichen eingedämmt, indem die Zinserhöhung dementsprechend abgeflacht wurde. Unglaublich, meine Damen und Herren, ist die Regierungserklärung und sind auch die Ausführungen in der Regierungserklärung auch heute, wenn von einem Mietensenkungsprogramm gesprochen, aber tatsächlich verschwiegen wird, in welchem Ausmaß die Mieten gesenkt werden sollen. Ich verweise da auf die unterschiedlichen Angaben der SPÖ, wonach Mieten im Durchschnitt um 10 Prozent oder im Durchschnitt um € 100,- monatlich billiger werden sollen. Es stellt sich für mich hier schon die Frage, ob die SPÖ hier alle Wohnungen in Kärnten anspricht oder nur die geförderten Wohnungen. Rechnet man allein mit der Anzahl von ca. 50.000 geförderten Wohnungen, würde dies einen Kostenaufwand von jährlich 60 Millionen Euro bedeuten. Hiezu fehlt mir jegliche Erklärung, aus welchen Mitteln dieser Aufwand getragen werden soll. Wir Freiheitliche sprechen uns grundsätzlich für die Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel aus, verweisen aber auch darauf, dass in den letzten Jahren in Kärnten die überwiegenden Einnahmen aus der Wohnbauförderung auch zweckorientiert verwendet wurden. Zur Klarstellung halte ich auch fest, dass wir selbstverständlich für ein gänzlichliches Spekulationsverbot mit Wohnbauförderungsgeldern eintreten und dies auch gesetzlich genau geregelt werden muss. Wir sprechen uns im Rahmen des

Mag. Leyroutz

leistbaren Wohnens für die Streichung der Grunderwerbssteuer für Jungfamilien und für die Streichung der Mietvertragsgebühren aus. Wir werden uns aber genau ansehen, wie die SPÖ mit ihrer Wahlkampfansage, dass die Kelag aufgefördert werden soll, zum Billigstanbieter für Energie im Land zu werden, umgehen wird. Auffällig ist, dass sich diese Forderung im Regierungsprogramm nicht wiederfindet. Da werden wir genau aufpassen!

Ein Punkt noch, der von uns in die Debatte gebracht wird, ist der, dass mittlerweile bekannt ist, dass auch in Kärnten sehr viele Wohnungen vermietet werden, die dem Richtwertmietzins unterliegen (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) und diese Mieten derzeit zu teuer sind. Es gibt nach dem Mietrechtsgesetz die Möglichkeit, Schlichtungsstellen einzurichten. Es sollte forciert werden, dass Mietern ein leichter Zugang zu diesen Schlichtungsstellen ermöglicht wird, damit sie sich beraten lassen und entsprechende Mietensenkungen erwirken können.

Abschließend, meine Damen und Herren: Es steht außer Streit, dass Wohnen in Österreich und Kärnten leistbar sein muss. Wir werden in der Diskussion unseren entsprechenden Beitrag leisten. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Ing. Ferdinand Hueter. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Liebe Regierungsmitglieder! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Leistbares Wohnen in Kärnten – es ist natürlich ein Wunsch von uns allen, dass es auch leistbar sein muss. Ich glaube, auch die Politik stößt da an die Grenzen ihrer Einflussnahme, weil man eines feststellen muss: Alles kann die Politik nicht regeln. Wichtig ist, dass man hier langfristig auf eines hinarbeiten muss, dass wir Eigentum schaffen müssen. Nur Eigentum bindet die Menschen, speziell im ländlichen Bereich. Dort ist auch das Problem anzusetzen,

über Abwanderung, über all diese Dinge, mit denen wir im ländlichen Bereich zu kämpfen haben. Ich glaube, Mietzinsbeschränkungen schaffen keine einzige neue Wohnung und führen höchstens zum Erlahmen des Wohnungsmarktes. Die ÖVP verfolgt ein Gegenmodell. Wir wollen mehr Angebot durch Mobilisierung des Wohnungsmarktes und jeder soll die Möglichkeit haben, sich durch Arbeit Eigentum zu schaffen. Die Grundpfeiler unserer Wohnungspolitik sind Schaffung von neuem Wohnraum, Mobilisierung des Wohnungsmarktes und Österreich zu einem Land der Haus- und Wohnungseigentümer zu machen, also nicht in eine Abhängigkeit zu bringen, sondern Eigentum zu schaffen und hier zu Besitzern zu machen. Politische Einflussnahme auf den Mietpreis ist so gut wie unmöglich. Das muss jeder, der im politischen Geschäft tätig ist, wissen. Wir können nicht alles fördern, weil das auf der anderen Seite auch unsozial wäre. Wir können nur eines tun, dass wir wirklich als Gegenargument hin zum Eigentum-Schaffen alles machen. Die wahrgenommenen Kostenstellen werden durch real steigende Kosten bei Bau und Betrieb verursacht und nicht durch steigende Mieterlöse. Die Maßnahmen dagegen sind ganz eindeutig: Nachhaltige Finanzierung für leistbaren Wohnbau, Strategien zur Sicherung von leistbarem Bauland und die Förderung von Wohnungseigentum. In Kärnten speziell – und auf das möchte ich auch noch ein bisschen kommen – haben wir generell keinen Mangel an Wohnraum, nur die Umverteilung ist anders geworden. In den Ballungszentren Klagenfurt und Villach ist wirklich ein eklatanter Nachholbedarf, aber das geht leider Gottes zu Lasten des ländlichen Bereiches. Das heißt, die Leute wandern vom ländlichen Bereich in die Ballungszentren. Dort haben wir die leer stehenden Wohnungen, was eigentlich genauso verlorenes Kapital ist, und herinnen kommen wir nicht nach mit dem neuen Angebot an Wohnraum. Hier, glaube ich, müssen uns irgendwelche Ideen einfallen, um das Ganze so attraktiv zu machen, dass auch im ländlichen Bereich das Wohnen mit Eigentum attraktiver ist. Und das ist unser Ansatz. Es ist auch der Ansatz hin Richtung Abwanderung, von dem viele reden. Hier muss der Schlüssel angesetzt werden. Ich sehe da sehr viel Nachholbedarf gegeben. Und wenn wir uns alle hier anstrengen, dann glaube ich, ist hier sehr viel im Positiven

Ing. Hueter

zu bewirken. Danke schön! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Abgeordneten Klubobmann Hueter! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Klubobfrau der Grünen, Dr. Barbara Lesjak. Bitte zu sprechen!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Leistbares Wohnen in Kärnten ist nicht für jede Kärntnerin und für jeden Kärntner möglich. Das ist ein sehr drängendes Problem, das wir schon sehr lange haben. Wir haben es auch schon öfter hier diskutiert, wir haben auch Gegenmaßnahmen andiskutiert. Natürlich sind die Gründe dafür, dass die Mieten steigen und die Wohnungen nicht mehr leistbar sind, vielfältig. Bei uns in Kärnten haben wir ja die Situation, dass wir ein äußerst hohes Armutsniveau haben. Wir haben fast 100.000 Menschen, die an der Armutsgrenze leben. Über 20.000 Pensionistinnen sind unter der Armutsgrenze, wir haben ungefähr 25.000 Alleinerzieherinnen und vieles mehr. Da sind Wohnungskosten wirklich eine ganz, ganz erhebliche Belastung. Da sind die Wohnungskosten meistens über 50 Prozent von dem, was an Einkommen zur Verfügung steht. Und was noch dazukommt, es steigen ja nicht nur die Mieten, die dann nicht mehr leistbar werden, sondern auch die Energiekosten. Und das ist ein noch schwierigeres Problem, das in den Griff zu kriegen. Wie kriegt man das irgendwie – abgesehen vom Heizkostenzuschuss – mit einer Mindestsicherung in den Griff? Es gibt einen Begriff dafür: Energiearmut. Das ist ein vollkommen modernes Phänomen, das hat man früher in der Form so nicht gekannt. Es hat sogar einen Fall gegeben, wo jemand den Holzboden aus seiner Wohnung herausgerissen und ihn verheizt hat. Das ist etwas, das darf bei uns in Kärnten in einer Wohlstandsgesellschaft nicht passieren! Wir brauchen auf der einen Seite wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut. Da können wir als Land etwas tun, auch von Bundeseite her, wie zum Beispiel ein gesetzlicher Mindestlohn auf Bundesebene, aber

auch wir im Land können hier sehr viel tun. Wir können die Mindestsicherung steuern, die endlich wieder auf das Niveau von 2007, auf das Schaunig-Modell zurückgeführt werden muss, weil wir leider auch erlebt haben, dass in der letzten Legislaturperiode vom blauen Landesrat Ragger ganz massive Verschlechterungen passiert sind. Wir hatten einige Verschlechterungsnovellen im Mindestsicherungsgesetz, was dazu geführt hat, dass die Menschen jetzt weniger Zugang zur Mindestsicherung haben. Es ist aber auch so, dass neben der Armut und darüber hinaus die hohen Mieten auch ein politisch hausgemachtes Problem sind. Und das ist etwas, wo wir aus der Vergangenheit lernen müssen, da haben wir ganz viele gute Beispiele. Ich darf nur erinnern an diesen Skandalverkauf der Buwog-Wohnungen. Da hat man damals unter Finanzminister Grasser, der ja, wenn ich nicht irre, aus dem rechten Lager kommt, mit Hilfe von Hochegger und Meischberger die Wohnungen, die mit Steuergeld errichtet worden sind, viel zu billig an Private verkauft. Viel zu billig an Private verkauft! Gott sei Dank hat unsere Gabi Moser diesen Skandal aufgedeckt, einen der größten Skandale in der Geschichte der Zweiten Republik, der da passiert ist. 1 Milliarde Euro hat das die Republik Österreich gekostet! So etwas passiert uns nicht mehr! Heute nicht mehr! Weil das geht ja dann noch weiter: Die Mieten sind gestiegen. Warum? Weil die Privaten natürlich ein Geschäft machen wollen, die wollen ja was verdienen. Da sind die Mieten hinaufgegangen, jetzt kann sich das keiner mehr leisten. Bei uns in Kärnten sind die Buwog-Wohnungen in Villach betroffen davon. Um bis zu 40 Prozent sind die Mieten gestiegen, also um fast € 300,- im Monat und das muss man jemandem erklären, der € 825,- im Monat hat. Das geht nicht! Der Steuerzahler hat hier zwei Mal draufgezahlt. Das erste Mal sozusagen in der Anschaffung des sozialen Wohnbaus und das zweite Mal für die gleiche Wohnung noch einmal draufgezahlt, weil wir jetzt wieder mit Steuergeldern nachschießen müssen, um zu verhindern, dass da noch eine größere Katastrophe passiert. Daraus müssen wir etwas lernen. Freilich, es hat in Kärnten auch ein paar Fehler gegeben, grobe Fehler. Ich möchte nur erinnern, das Land Kärnten hat ja seinerzeit beim Verkauf der ESG-Wohnungen auf das Vorkaufsrecht verzichtet. Ich weiß nicht, warum. Heute würde man das nicht mehr tun. Oder die „Chianti-Koalition“: Im

Dr. Lesjak

Jahr 2001 hat man ja nicht nur die Kelag verkauft, nein, auch die Wohnbauförderungsdarlehensforderungen hat man verkauft, um kurzfristig Budgetlöcher zu stopfen. Und das ist jetzt weg! Das ist jetzt weg, auf Nimmerwiedersehen ist dieses Geld verschwunden. Was lernen wir also daraus? Je mehr Privatisierung, desto höher werden die Mieten. (*Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit!*) Da ist von Bund und Ländern Volksvermögen an Private veräußert worden und zwei Mal draufgezahlt hat leider Gottes der Steuerzahler. Wir sind jetzt vor diesem Scherbenhaufen, wir werden diese Probleme auch lösen. Die Lösungen stehen in diesem Regierungsprogramm festgeschrieben. Es wird das Wohnbauförderungsgesetz umfassend neu novelliert, es wird eine Energieoffensive geben. Von vielen Seiten wird es Maßnahmen geben, um dieses Problems irgendwie Herr zu werden und ich bin sehr zuversichtlich, dass unsere Vorhaben auch gelingen werden. (*Beifall von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Frau Abgeordnete Klubobfrau Lesjak! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann des Teams Stronach, Dr. Hartmut Prasch. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Hohes Haus! Herr Präsident! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Liebe Medienvertreter! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich Folgendes festhalten: Wenn das Regierungsprogramm von SPÖ, ÖVP und Grünen beim Thema „Leistbares Wohnen“ etwas deutlicher und genauer, vor allem aber ausführlicher wäre, bräuchten wir wahrscheinlich diese Aktuelle Stunde heute gar nicht.

Aber zur Ausgangssituation: In Kärnten wurden in den letzten 20 Jahren sehr viele gemeinnützige Wohnungen errichtet. Hauptsächlich von den Kärntner Wohnbaugenossenschaften und -gesellschaften, so wie beispielsweise der Neuen Heimat, Meine Heimat oder der Vorstädtischen Kleinsiedlung. Teilweise wurde der Bedarf nicht ausreichend hinterfragt und kontrolliert. Die Zeichen der Zeit, wie Überalterung und Abwanderung, allgemeine wirtschaftliche Entwicklun-

gen wurden nicht berücksichtigt. Es liegt der Verdacht nahe, dass in Gemeinden oft gebaut wird und wurde, weil die Politiker etwas zum Herzeigen gebraucht haben und die Bauabteilungen der Genossenschaften beschäftigt werden müssen. Ein Grund für die gestiegenen Baukosten und in der Folge die hohen Mieten sind die viel zu hohen Auflagen der Wohnbauförderung. Ein gewisser Standard in gemeinnützigen Wohnungen ist wichtig, auch ein gewisses Maß an umweltrelevanten baulichen Anforderungen, jedoch war man bei den Auflagen wohl zu übereifrig und hat vergessen, dass zu viele und extreme bauliche Anforderungen an die Bauträger unterm Strich die Mieter zahlen müssen und das schon lange nicht mehr können. Ein weiterer Preistreiber sind die ungeschickten Darlehensrückzahlungsmodelle der Wohnbauförderung, die die Mietentwicklung für die Mieter nicht kalkulierbar machen und viele Mieter müssen nach einigen Jahren, wenn Darlehenssprünge und Mietenerhöhungen folgen, aus ihren Wohnungen wieder ausziehen, weil sie nicht mehr leistbar sind. Die fatale Folge: Leer stehende Wohnungen, obwohl es genug Wohnungssuchende gibt. Wer hat die Vorschläge zur Wohnbauförderung und deren Auflagen gemacht? Wohnbaugenossenschaften und -gesellschaften haben seit Jahrzehnten ihre Günstlinge in den Landesbeiräten und in den Genossenschaftsvorständen sitzen. Diese haben zu einem großen Teil die derzeitige Schieflage zu verantworten. Und jetzt stehen die langdienenden Politiker, die diese Verfehlungen mitgetragen und gefördert haben, plötzlich für leistbares Wohnen. Ist das nicht eine Ironie des Schicksals? Die Wohnungspolitik muss sich endlich ändern und breitere Zielgruppen ansprechen. Vor allem die junge Mittelschicht fällt aufgrund der Wohnungs- und Baupolitik seit Jahren um viele zentrale Förderungen um. Die jungen Menschen von heute müssen für den Kindergarten zahlen, kommen nicht in den Genuss von Gebührenbefreiungen und haben die höchste Steuerlast zu tragen. Sie stützen damit wesentlich den Sozialstaat und müssen dafür als Dank unter langen Wartelisten bei Genossenschaftswohnungen leiden. Zudem müssen wir die gesamte Baupolitik grundlegend überdenken.

Marktwirtschaftliches Denken muss endlich Einzug halten. Weg von politisch gefärbten Bauträgern, übertriebenen Auflagen und einem über-

Dr. Prasch

regulierten, antiquierten Mietrecht, welches Ungerechtigkeiten zwischen Neu- und Altmieten schafft. Wir brauchen endlich Transparenz und Fairness bei Baumaßnahmen und bei Wohnungsvergaben. Wir wollen Wohnungsvergaben, wo nicht das Parteibuch entscheidet. Es gilt weiters, dass auch die Millionen Rücklagen der Genossenschaften endlich kontrolliert werden. Ab jetzt muss der tatsächliche Bedarf erhoben werden. Das Feedback ist in diesem Fall bei den Betroffenen zu holen. Die Wohnungssuchenden und Mieter müssen bei der Bedarfserhebung mit eingebunden werden, damit die Entscheidungen hauptsächlich zum Wohle der Bürger und nicht zum Wohle von Bauträgern und Günstlingen getroffen werden. Die Überalterung der Bevölkerung muss beachtet werden. Besser den derzeitigen Wohnungsbestand modernisieren als laufend neu am Orts- und Stadtrand zu bauen. Alte Wohnungsbaubestände in den Stadt- und Ortskernen zu modernisieren, wäre sicher ein guter Weg. Die Wohnbauförderung muss solche Maßnahmen in Zukunft verstärkt fördern. *(Vorsitzender: Noch 25 Sekunden Redezeit!)* Ein neues Refinanzierungsmodell für Neubauten und Wohnbaurevitalisierung muss erarbeitet werden, das den Mietern mehr Planbarkeit verschafft. Der jungen Generation bringen zentral gelegene Wohnungen viele Vorteile, deshalb sind sie zu forcieren. *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* Wir werden dazu noch heute einen Antrag einbringen, dass es zu einer Erhebung der Einkommensstruktur der Bewohner von Genossenschaftswohnungen in Kärnten kommt. *(Beifall von Abgeordneten der TS-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächste zu Wort gemeldet ist vom BZÖ die Frau Abgeordnete Johanna Trodt-Limpl. Ich bitte Sie ans Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuseher auf der Tribüne! Bei meiner Fahrt hier nach Klagenfurt habe ich mir erlaubt, die Seeufer Landesstraße entlang zu fahren. Ich habe die wunderschönen Villen bewundert, die Penthouse-Anlagen, die emporschießen und habe ganz neue, stilistische Häuser gesehen. Hier

wohnen Menschen. Aber Tatsache ist, dass für den Großteil der Kärntner Bevölkerung das Wohnen kaum oder nicht mehr leistbar ist. Die Einkommensschere geht immer mehr auseinander. Wohnen ist mittlerweile für viele Kärntnerinnen und Kärntner beinahe ein unleistbarer Luxus geworden. Die Mietpreise explodieren, während die Einkünfte der Menschen schon lange stagnieren. Das Wohnen für Menschen in unserem Land muss günstiger und leistbarer gemacht werden. Das BZÖ fordert daher, dass in Kärnten mehr Geld für den Wohnbau zur Verfügung gestellt wird und die Zweckbindung der Wohnbaufördermittel für die Länder wieder eingeführt wird. Viele Menschen geben mehr als die Hälfte ihres Einkommens fürs Wohnen aus. Es gibt immer mehr Familien, welche mit ihrem Einkommen nicht mehr auskommen. Sie alle kennen sicher Familien, wo wirklich alle brav arbeiten, aber es reicht gerade nur zum Nötigsten. Jede unvorhergesehene Ausgabe kann zur Katastrophe führen. Immer mehr Menschen können die Wohnungskosten und die Lebenshaltungskosten nicht mehr bestreiten. Besonders betrifft das Frauen, die im Handel tätig sind. Hier sind Ganztagsbeschäftigungen kaum oder selten zu bekommen. Die Frauen sind Teilzeit beschäftigt oder sogar geringfügig beschäftigt. Oft sind sie noch Alleinerziehende und müssen dann noch für eine Wohnung aufkommen.

Es wäre zu kurz gegriffen, hier nur das Thema „Wohnen“ herauszulösen. Unsere Partei steht für eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik, um die Verdienstquote der Menschen in unserem Lande zu heben. Die Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe, welche das BZÖ einfordert, sorgt längerfristig für Wertschöpfung in unserem Land. Wenn die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen sind, werden sich auch Betriebe in unserem Land ansiedeln. Verbesserung der Wohnsituation ist auch eine Verbesserung der Lebenssituation der Kärntnerinnen und Kärntner. Für geringer verdienende Menschen muss endlich die Möglichkeit geboten werden, leistbar wohnen zu können. Wie erreichen wir das? Was muss passieren? Durch die rasche Einführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung. Mehr Geld für den Wohnbau schafft wichtige Impulse für die Kärntner Wirtschaft. Dadurch können Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Eine Abschaffung der Umsatzsteuer auf Mieten würde jedem Mieter eine Er-

Mag. Trodt-Limpl

sparnis von mehr als einer Monatsmiete pro Jahr bringen. Etwas wirklich tun bringt den Menschen mehr, als darüber zu reden, daher tragen wir dafür Sorge, dass die hohen Kosten gesenkt werden. Stellen wir einen Bedarfsplan für Wohnen aller Art zusammen. Das sind Startwohnungen für junge Menschen, familienfreundliches Wohnen, Wohnen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, betreutes Wohnen. Wie Sie wissen, steht das BZÖ für Hilfe zur Selbsthilfe. Das heißt in unserem konkreten Fall: Sorgen wir für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sodass sich alle Bevölkerungsschichten das Leben und das Wohnen in unserem schönen Kärnten leisten können! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der Fraktion der Grünen und von Abg. Korak.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Frau Abgeordnete Trodt-Limpl! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Wohnbaureferentin Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Gabriele Schaunig-Kandut. Ich bitte Sie um Ihre Wortmeldung!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! Verehrte Zuhörer auf der Tribüne und Vertreter der Presse! Eingangs möchte ich meiner Freude Ausdruck verleihen, dass in allen Wortmeldungen zur heutigen Aktuellen Stunde ein positiver Zugang zu diesem Thema und aus meiner Sicht gute Anregungen zum Thema „Wohnbau“ gekommen sind. Das gibt Hoffnung, dass die langjährige Tradition im Hohen Haus, dass Wohnbauförderung eine der Konsensmaterien ist, auch in Zukunft so gehandhabt wird.

Die Zukunftscoalition in Kärnten hat sich, wie bereits in der Regierungserklärung von Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser zum Ausdruck gekommen ist, drei Themen verschrieben: Der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, der Bekämpfung von Armut und der Bekämpfung von Abwanderung. In all diesen Themenbereichen kann der Bereich „Wohnbau“ Entsprechendes beitra-

gen. Wohnbau stellt Bekämpfung von Arbeitslosigkeit dar. Denn wir wissen alle, dass jeder Cent, der in den Wohnbau investiert wird, entsprechende Effekte am Arbeitsmarkt hat. Wir wissen, dass jeder Cent, den wir in entsprechende Beihilfen investieren, ganz massiv zur Armutsbekämpfung und vor allem zur Bekämpfung von Familienarmut beiträgt. Und wir wissen, dass wir gegen die Abwanderung beitragen können, wenn wir dafür sorgen, dass leistbarer Wohnraum in ganz Kärnten zur Verfügung steht. Hier meine ich nicht nur die Abwanderung aus Kärnten, sondern auch die Abwanderung aus den ländlichen Räumen unseres Bundeslandes.

Aus den Vorreden habe ich bereits entnommen, dass meine Meinung, dass eben nicht nur eine Maßnahme ausreichend ist, sondern eine Vielfalt von Maßnahmen notwendig ist, um hier entgegenzuwirken, auch die Meinung aller Fraktionen im Kärntner Landtag ist. Genau ein solches Maßnahmenbündel mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen müssen wir schnüren. Ich hoffe, wir tun das gemeinsam, um leistbares Wohnen in Kärnten zu schaffen. Das, was kurzfristig unbedingt erfolgen muss, ist eine Veränderung der Rückzahlungsbedingungen für das Wohnbauförderungsgesetz 1992. Hier wurden, das ist richtig, bereits Vorarbeiten geleistet, aber wir dürfen nicht nur reden, wir müssen handeln. Diesbezüglich wird es zu einer Erstreckung der Rückzahlungen im Bereich der Annuitäten um weitere zehn Jahre kommen. Das bedeutet, dass das Damoklesschwert für die Kärntnerinnen und Kärntner – und das betrifft 6.000 Wohneinheiten in Kärnten – dass mit nächstem Jahr € 1,- mehr pro Quadratmeter an Miete anfällt, bei einer 70 m²-Wohnung € 70,- weniger im Haushaltsbudget pro Monat, nicht schlagend wird, sondern wir hier mit einer Initiative noch vor dem Sommer gemeinsam mit dem Kärntner Landtag entgegenwirken werden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)* Ich darf Sie schon heute auch um Ihre Unterstützung bitten!

Des Weiteren braucht es eines koordinierten Vorgehens im Bereich der Raumplanung und Raumordnung, um genau das zu tun, was Hartmut Prasch ausgeführt hat. Wir müssen in den Zentralräumen verdichten. Wir brauchen aufgeschlossene Räumlichkeiten und Bauräume, um nicht zusätzliche Kosten zu schaffen. Hier gibt es bereits Konzepte von unterschiedlichen Bau-

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

trägern, die mit der Sanierung im innerstädtischen Bereich, mit Reconstructing in vorhandenen Wohnbereichen entsprechende Maßnahmen setzen. Es braucht eine Koordination im Energiebereich und im Umweltbereich, wie die Klubobfrau Barbara Lesjak angeführt hat, um leistbares Wohnen auch durch derartige Maßnahmen sicherzustellen. Was mich freut, ist, dass die Koordination in der Regierung hier reibungslos funktioniert. Ein kurzes Gespräch mit dem zuständigen Umweltreferenten Landesrat Rolf Holub hat dazu geführt, dass Impulse von den Grünen zu energieeffizientem Bauen kommen. Wir sind als Zuständige in der Raumordnung einer Meinung, dass wir in Raumordnungskonzepten auch leistbares Bauland für Wohnräume umsetzen und erschlossene Bereiche für den Wohnbau heranziehen müssen. Landesrat Dr. Waldner hat mit mir den Bereich des Wohnens ebenfalls schon besprochen. Gemeinsam zuständig sind wir für den Gemeindebereich. Auch hier wird es Initiativen geben, um im ländlichen Raum der Abwanderung mit entsprechenden Unterstützungen entgegenzuwirken. Ich darf schon anmerken, dass früher all diese Referate von einer Fraktion betreut wurden. Heute gelingt es mit ganz unterschiedlichen Fraktionen, unterschiedlichen Zugängen, mit ganz unterschiedlichen Hintergründen und Wissen, dazu zu kommen, dass wir vereint tolle Konzepte für Kärnten umsetzen können.

Abschließend möchte ich noch einmal festhalten: Es wird nicht eine Maßnahme sein, es werden viele Maßnahmen sein, die wir brauchen. Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung aller im Kärntner Landtag vertretenen Parteien, um diese Konzepte auch Realität werden zu lassen. Die Botschaft an die Kärntnerinnen und Kärntner ist die, dass ein Dach über dem Kopf für jede und jeden erschwinglich sein soll. Die Botschaft ist die, dass wir nicht mehr mit der Gießkanne verteilen möchten, sondern ganz zielgerecht, auch planbar und für jeden gesetzlich abgesichert, Leistungen fokussieren wollen. *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* Wie ich schon eingangs erwähnt habe, die Wortmeldungen in der heutigen Aktuellen Stunde, die Bereitschaft zu Kooperation, stimmen mich positiv, dass dieses ambitionierte Ziel auch gelingen wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Als Nächster zu Wort gemeldet ist für die FPK-Fraktion Landesrat Mag. Christian Ragger. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Landesrat **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Geschätzte Regierungskollegen! Ich möchte mich in aller Form bei der neuen Koalition bedanken, dass sie in ihrer Weitsichtigkeit auch aus der alten Programmperiode, nämlich am 30. Jänner beschlossen, dieses Gesetz übernommen hat! Das ist mittlerweile auch durch die einzelne Begutachtung in den einzelnen Gremien angekommen. Wir haben dieses Gesetz am 30. Jänner erlassen. Es ist jetzt auch im Hohen Haus angekommen bzw. in den nächsten Tagen. Ich glaube, man sollte einen kleinen Rückblick vornehmen, was alles an Veränderungen im Wohnbau passiert ist, aber auch – und da bin ich bei meiner Kollegin – überlegen, wie man hinkünftig leistbares Wohnen noch effizienter, noch attraktiver und noch besser für die Bevölkerungsschichten einsetzen kann, wo es nicht so leicht geht. Ich darf daran erinnern, dass wir gemeinsam mit dem Wohnbauförderbeirat, wo alle in diesem Beirat vertreten sind, aus dem Jahre 2009 bis zum Jahre 2012 insgesamt 1.071.000.000,- Euro an Fördervolumen für den sozialen Wohnbau eingesetzt haben. Wir haben – und das ist das Interessante dabei – durch den Umbau der fast viermal durchgeführten Wohnbaugesetzneuerung neue Akzente gesetzt, die in Klagenfurt mittlerweile sehr bekannt sind, nämlich einerseits das Reconstructing und auf der anderen Seite die Möglichkeit, dass wir vor allem in den Ortszentren verstärkte Fördermaßnahmen eingesetzt haben. Das heißt, wenn zum Beispiel in Moosburg ein Althaus saniert wird, dann hat man hier die Möglichkeit gehabt, dass man, wenn man 100.000,- Euro einsetzt, 60.000,- Euro Förderwert bekommt. Das hat dazu geführt, dass wir vom Jahre 2009 bis zum Jahre 2012 unsere Sanierungsquote von knapp 23 Millionen auf 39 Millionen Euro erhöht haben und wir haben damit alte, leistbare Wohnungen wieder ins Ziel und in die Wege geführt. Was, glaube ich, das Wesentliche dabei sein sollte, ist, dass wir – und

Mag. Ragger

das wird das gemeinsame, engagierte Ziel sein und das wurde auch vorbesprochen mit der Arbeiterkammer in Kärnten – eine Veränderung der Darlehenszuführungen vornehmen werden müssen. Wir haben heute die Last der vergangenen Politik zu tragen. Wir reden heute über die Darlehen von 1993, 1997, 1984, wo wir gesagt haben, uns interessiert es eigentlich nicht, wir wollen jetzt, dass die Bevölkerung in diesem Moment günstige Wohnungen hat. Schauen wir einmal in 28 oder in 40 Jahren, wann dann zurückzahlen ist. Dann kann man eine erhöhte Rückforderung machen. Wir sind einen anderen Weg gegangen und haben überlegt, mit der Arbeiterkammer eine Fördergruppe und eine Arbeitsgruppe einzurichten, dass wir eine lineare Wohnbauförderung schaffen, damit hier ein gleich bleibender Ansatz bleibt. Das sollte auch Ausfluss der neuen Regierung sein und an dem möchte ich Sie messen. Nicht nur immer in polemischen Auseinandersetzungen zwischen den Politikern und einzelnen Gruppierungen, sondern: Wie werden wir dieses Wohnbausystem verändern? Nämlich im Hinblick darauf, dass man vielleicht, nachdem wir eh eine der niedrigsten Richtpreismieten in Österreich haben, nämlich € 2,73 seit 1.1.2013, dass wir hier auch verschiedene Akzente setzen für diese lineare Anpassung.

Denn eines ist wichtig, und das glauben Sie mir, sehr geschätzte Damen und Herren, der Mietpreis alleine ist es heute nicht mehr. Auch speziell an die Bürgermeister appellierend – und ich sehe auch Ihr Kopfnicken – heute sind die preistreibenden Kräfte einerseits die Betriebskosten und andererseits auch die Erweiterung auf die grüne Wiese. Das heißt, man wird sich in raumplanerischer Hinsicht auch darüber Gedanken machen müssen, wo setzt man hinkünftig Wohnbaumittel ein, in welchem Bereich setzt man sie ein und wo setzen wir sie ein. Mit diesem Zusammenwirken, glaube ich, können wir vernünftige, leistbare Wohneinheiten schaffen, die vielleicht in einem Ende dahingehend münden können, dass man anpassbares Wohnen schafft. Wir sind heute damit konfrontiert, zumindest war ich es als Wohnbaureferent in den letzten Monaten, dass wir extrem viele Leerstellungen haben, speziell die Buwog und die ESG haben über 300 Leerstellungen gehabt, weil die Wohnungen zu groß gewesen sind. Ich nehme zum Beispiel einen von unseren Bürgermeistern

heraus, um einen unverdächtigen herauszunehmen, aus Afritz. Da sind Wohneinheiten von über 100 Quadratmetern. 100 Quadratmeter sind heute für eine Jungfamilie nicht darstellbar. Wenn ich zu zweit oder zu dritt bin, kann ich es mir nicht mehr leisten. Das heißt, man wird hier auch anpassbare Wohneinheiten schaffen müssen. Wir sind ja mit „Griffner“ mit dem Umweltpreis von Österreich ausgezeichnet worden (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute!*) und haben dort das erste Mal verschiebbare Wände in einer Wohneinheit gehabt, wo wir auch mit der Familie mitwachsen können. Dafür haben wir den Umweltpreis von Österreich bekommen. Das heißt, es ist nicht alles schlecht, was passiert ist, sondern es sind in der Vergangenheit auch gute Maßnahmen gesetzt worden. Trotzdem sollte man in Zukunft einen verstärkten Einsatz der Mittel auch dahingehend überlegen, dass man nicht nur (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!*) eine Anpassung des technischen Bereiches macht, sondern auch die Anpassung der Energie und der Photovoltaik, dass man auch eine Versorgung der Energie in diesen Wohnräumlichkeiten hat. Danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Als nächster Redner ist von der ÖVP-Fraktion der Abgeordnete Wieser zu Wort gemeldet. Bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Wieser** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer! Leistbares Wohnen in Kärnten ist eigentlich für mich nur ein Teil von einem leistbaren Leben für die gesamte Bevölkerung. Unser heutiger Lebensstil ist ganz einfacher, dass jeder eine eigene Wohnung braucht, das Zusammenleben von Generationen ist nicht mehr aktuell. Jeder braucht sein eigenes Auto, in vielen Familien hat das mit dem Kochen ziemlich aufgehört, die Jungen können zum Teil nicht mehr kochen, (*Heiterkeit im Hause.*) zumindest nicht dementsprechend, sondern es wird mit Fertigprodukten das Leben sehr teuer dargestellt oder gefristet. In diesem Lebensstil ist aber natürlich das Wohnen ein sehr wichtiger Bereich,

Wieser

der viele und hohe Kosten verursacht. Diese hohen Kosten kommen natürlich nicht zufällig zustande, sondern diese Teuerung kommt ganz einfach daher, dass eben auch die Baukosten dementsprechend gestiegen sind. Die Kosten für Energie, Rohstoffe, Arbeit, alles führt dazu, dass wir hohe Baukosten haben, dementsprechend weniger Neubauten haben, das Angebot geringer geworden ist und daher natürlich eben auch die Preise steigen. Hier ist natürlich das Land, der Bund aufgefordert, entsprechende Gegenstrategien zu fahren, mit der Wohnbauförderung die Finanzierung für viele Wohnbauten sicherzustellen. Wir von der ÖVP haben zum Beispiel auf Bundesebene vorgeschlagen, um auch hier die Geldmittel wiederum flüssig zu machen, dass eine Änderung der Veranlagungsrichtlinien für Pensions- und Vorsorgekassen zugunsten des leistbaren Wohnens vonstatten gehen sollte. Wenn nur 10 Prozent dieser Gelder in leistbares Wohnen veranlagt würde, würde dies 2 Milliarden Euro bedeuten. Oder zum Beispiel auch eine Privatisierung der Austrian Real Estate, die eine 100-Prozent Tochter der Bundesimmobiliengesellschaft ist: Wenn wir dies umsetzen, bringt das wiederum 1,2 Milliarden Euro, die in Wohnungen investiert werden könnten. Hier möchte ich der Abgeordneten Lesjak, die sehr vehement gegen diese Privatisierungsmaßnahmen aufgetreten ist, schon entgegenhalten: Ich merke zum Beispiel bei uns, in unserer Gemeinde bei den Wohnungskosten eigentlich keinen Unterschied, ob es sich hier um Gemeindewohnungen, Wohnungen von Wohnbaugenossenschaften oder privaten Wohnungen handelt. Im Grunde genommen sind alle Wohnungen in etwa in der gleichen Größenordnung, wenn es um die Mietkosten geht. Und deshalb bin ich auch der Ansicht, dass die Gemeinden und Wohnbaugenossenschaften, wann immer sie die Möglichkeit haben, diese Wohnungen an Private – weil sie nun einmal besser verdienen – verkaufen und dieses Geld wiederum in den Wohnraum investieren sollten. In den Städten haben wir wirklich viele Häuser, bei denen, wenn man vorbeigeht, sagt, die sind zum Verfall da. Wir müssten mehr in diesen Altbau investieren, eine Sanierungsoffensive durch die Wohnbaugenossenschaften machen. Ich würde vorschlagen, dass wir die Wohnbaugenossenschaften dazu verpflichten, einen Teil ihrer Wohnungen – 30, 40 Prozent – in den Altbauten in den Städten zu bauen, damit diese Häuser in Schuss gehalten

werden. Sanieren ist noch immer billiger als neu bauen. Wir sollten gemeinsam mit den Wohnbaugenossenschaften und mit den privaten Hausbesitzern leistbare Projekte entwickeln. Aber wir sollten auch an neue Projekte denken wie zum Beispiel Generationenhäuser. Heute leben die Familien sehr getrennt und wenn wir hier Generationenhäuser schaffen würden, wo die Familien, Großeltern, Eltern, Kinder, meinetwegen auch schon die Enkelkinder in einem Stockwerk wohnen könnten, so würden viele Kosten dadurch wegfallen, dass die Großeltern auf die Kinder aufpassen oder die Kinder auf ihre Großeltern und in dem Sinne das leistbare Leben in unserem Land wiederum gefördert werden würde. Am Land und auch in den Städten ist vor allem Eigeninitiative gefragt, selbständig und unabhängig von anderen den eigenen Wohnraum zu schaffen, natürlich auch mit Hilfe von Wohnbauförderungsgeldern. Aber wie heute schon mehrfach angeführt wurde, entstehen die Kosten nicht nur durch die Mieten, sondern vor allem auch durch die Betriebskosten, durch Strom, Wasser, Heizung, Abwasser, Versicherungen. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Auch über diesen Bereich müssen wir nachdenken, wie wir das schaffen, hier allen entgegenzukommen mit Wärmedämmung, mit Heizung, mit Alternativenergien, mit Strom aus Photovoltaik/Sonne, die bei jedem Haus Standard werden sollten, weil damit eben auch die Mieten entsprechend geringer werden könnten. Wir müssen an allen Schrauben drehen, damit neben den Wohnkosten allen genügend vom Einkommen bleibt, um in Kärnten in Würde leben zu können. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Abgeordneten Wieser! Als nächste Rednerin ist bitte die Frau Abgeordnete Kuchling am Wort. Ich bitte sie ans Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Kuchling** (GRÜ):

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Sehr geehrte Regierungsriege! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und vor den Bildschirmen! Wir haben natürlich schon sehr Vieles zum Thema leistbares Wohnen gehört,

Mag. Kuchling

sehr viel Kluges und auch sehr viel in Frage zu Stellendes, aber lassen Sie mich zunächst einmal noch ein bisschen Augenmerk auf eine Bevölkerungsschicht legen, die täglich zunimmt, aber öffentlich eigentlich nicht so wahrgenommen wird, weil die Steigerung, die Zunahme sehr leise, sehr verschämt und stumm geschieht. Das ist nämlich die Schicht der Bevölkerung, die immer mehr in Armut und in Abhängigkeit gerät. Es ist wahr, dass in den letzten Jahren die Kosten für die Energie natürlich stark gestiegen sind. Dies trifft einkommensschwache Haushalte aber in einem ganz besonderen Ausmaß. Früher billige Öl- und Stromheizungen – und das weiß ich auch aus dem privaten Bereich – sind im Vergleich zu erneuerbaren Energien sehr stark angestiegen. Die Energiearmut, von der heute schon die Rede war, trifft die Ärmsten der Armen bzw. wirklich eine Bevölkerungsschicht, die es nicht so dick hat. Es liegt natürlich auf der Hand, dass die Menschen den Umstieg von Öl und Strom auf billigere Fernwärme oder Holz oder erneuerbare Energiequellen anstreben. Genauso wichtig ist aber auch die thermische Sanierung. Beides ermöglicht nämlich eine beachtliche Senkung der Betriebskosten, von denen ja heute schon sehr viel die Rede war. Die finanzielle Not der ärmeren Haushalte ist auch ein Grund dafür, warum unserer Meinung nach politische Maßnahmen im Bereich der Gebäudesanierung nicht ausreichend gegriffen haben, denn diese ärmere Bevölkerungsschicht muss sich sehr oft einen höheren Kredit besorgen und schafft es aufgrund ihrer Kreditwürdigkeit nicht, zu diesem zu kommen. Das ist natürlich ein Problem. Es reicht nicht, nur Förderungen für diejenigen zur Verfügung zu stellen, die genug Geld für Sanierungen zur Verfügung haben. Das muss geändert werden. Neue Programme müssen vor allem die Wohnungen und Häuser der ärmeren Menschen in Kärnten im Auge behalten. Bitte das niemals zu vergessen! Ich bin guter Hoffnung, dass das mit der jetzigen Regierung wirklich passieren wird. Diese leben meist in billig gebauten und schlecht isolierten Wohnungen und Häusern und haben natürlich viel, viel weniger Geld zur Verfügung als jemand, der sich das dann aus eigener Kraft leisten kann. Im Rahmen der Kärntner Zukunftscoalition wollen wir uns dafür einsetzen, dass eine Energieoffensive die jährliche Sanierungsrate bei bestehenden Gebäuden nicht nur erhöht, sondern dass sie verdoppelt wird. Natürlich ist Sanieren ein ganz

wesentlicher Mechanismus, um die Energiekosten im Rahmen zu halten. Bei der Reform der Maßnahme „Altbausanierung“ im Rahmen der Wohnbauförderung werden wir darauf achten, dass die Richtlinien so modifiziert werden, dass gerade auch die ärmeren Haushalte am Sanierungsprogramm teilnehmen können und langfristig über geringere Betriebskosten das Wohnen leistbarer wird. Ich glaube, das sind wir einem Großteil der Bevölkerung einfach schuldig. Danke! *(Beifall von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Siegfried Schalli vom Team Stronach. Bitte ihn ans Rednerpult für seine Wortmeldung!

Abgeordneter **Mag. Schalli** (TS):

Hohes Haus! Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Grüß Gott an die Zuschauer! Wir lesen im eingebrachten Regierungsprogramm sehr viel über Nachhaltigkeit, über Effizienz, über das Schaffen von Green Jobs als Allheilmittel in vielen Bereichen. Wohl hören wir die Botschaft, allein es fehlt der Glaube! Und es fehlt auch der Ansatz zu Lösungen aus meiner Sicht. Wenn wir davon ausgehen, dass das Allheilmittel, wie wir es heute auch hier sehr oft hören, die Sanierungsmaßnahmen vieler alter Gebäude sind, verweise ich darauf, dass es sehr wohl ausführliche Studien zu diesem Bereich gibt, dass dieser „Sanierungswahn“, wie ich ihn nenne, zum Großteil auch eine hausgemachte Küche ist, die nicht immer sinnvoll und nachhaltig ist. In sehr, sehr vielen Bereichen muss man ganz einfach berücksichtigen, dass die Amortisationsdauer dieser Sanierungsmaßnahmen zum Teil bis zu 20 Jahre beträgt. Auf die Ausführungen der Kollegin bezogen: Natürlich gibt es das Problem vieler dieser betroffenen Sanierungsmaßnahmen gerade im Bereich der wohnbaugeförderten Wohnungen, dass ganz einfach die finanziellen Mittel zum Teil nicht da sind, auf der anderen Seite aber die Wohn- und Betriebskosten exorbitant explodiert sind. Wenn man davon ausgeht, wie es in der heutigen Situation und auch in der Vergangenheit seit den Wohnbaugenossenschaftsgesetzen gang und gäbe ist, dass sowohl

Mag. Schalli

der Grundkauf mit öffentlichen Mitteln finanziert wird, dass die Baurechtszinsen der Wohnbaugenossenschaften nur symbolisch mit Minimalbeträgen verzinst sind, dass die Wohnbaufördermittel in der Höhe von 85 Prozent zum Tragen kommen, dass die Eigenmittel für Ersatzdarlehen für den Einzug der Bürger in diese Wohnungen zur Verfügung stehen, dass darüber hinaus Wohn- und Mietbeihilfen sowie auch Beihilfen zu Betriebskosten von der öffentlichen Hand gegeben werden, dann muss man sich schon fragen, warum es trotz dieser Maßnahmen, die das Land hier bietet, noch immer nicht leistbare Mieten gibt. Hier orten wir großen Aufholbedarf bzw. auch Transparenzbedarf sowohl auf Seiten der Kontrolle der Rücklagen der Wohnbaugenossenschaften als solches, die nach wie vor äußerst intransparent dastehen und zum Großteil nicht zweckgebunden per lege eingesetzt werden müssen. Auf der anderen Seite sind die erheblichen Kostenfaktoren gerade der Wohnbaugenossenschaften mit eine der Ursachen, warum gerade diese Mieten in dieser exorbitanten Höhe und für die Kärntner Bevölkerung nicht mehr leistbar sind. Die aufgeblasenen Verwaltungsbereiche, die Verrechnungsmöglichkeiten der Leistungen zu Höchstsätzen, die Bauträgerverwaltung und Bauträgereigenschaft als solches, als Bauträgerschaft, gehören aus unserer Sicht absolut getrennt. Die externen Handwerker, die zu Höchstleistungen bzw. zu Höchstsätzen aufgrund der Möglichkeit der Verrechnung von Höchstsätzen hier eingesetzt werden können, führen zu einer exorbitanten Erhöhung der Wohn- und Betriebskosten in den betroffenen Wohnungen. Der Sanierungswahn, gerade im Bereich der thermischen Sanierung, der sehr oft auch zu dem Bereich führt, auf der einen Seite die Kärntner Bauwirtschaft betreffen muss, auf der anderen Seite zu Amortisationsdauern von nahezu 20 Jahren führt, ist absolut hinterfragenswert und nicht mehr in der Form, wie er bis dato gehandhabt wird, durchführbar. Die Ausschreibung an private Verwaltung ist aus meiner Sicht ein absolutes Muss, da die Trennung der Bauträgereigenschaft von der Verwaltung der Liegenschaften sehr wohl gewährleistet sein muss.

Die Einsparungspotentiale im Bereich auch dieser genossenschaftlich geförderten und Genossenschaftswohnungen liegen gerade im Bereich, wie es im Regierungsprogramm festgeschrieben

wird, zum Teil natürlich auch im Bereich der erneuerbaren Energie. Ich möchte darauf hinweisen, dass international und auch teilweise schon bei den BUWOG-Wohnungen sehr stark auf das Modell der Contracting Projekte gesetzt wird, das heißt, zentrale, kleine Fernheizwerke für zusammenhängende Liegenschaften, ein Projekt, das bis dato nicht maßgeblich gefördert wird, aber nachhaltig und umfassend zu erheblichen Heizkostensparnissen führen kann, gerade in Zeiten, wo die Förderungen für Öl- und Gasheizungen stark zurück genommen werden. Das heißt, gerade diese Contracting Projekte ermöglichen in vergleichbaren Projekten, wie wir sie heute international und vor allem auch aus Europa kennen, Heizkosteneinsparungen von über 30 Prozent, was eine direkte Umlegung auf die Mietkosten der betroffenen Mieter bewirken könnte. *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* Der sofortige Mitteleinsatz der zurückbehaltenden, in den Rücklagen geparkten finanziellen Dotierungen hat in weiterer Folge nicht mehr für irgendwelche spekulativen Geschäfte und Spekulationen der Wohnbauträgergesellschaften zur Verfügung zu stehen, sondern wir fordern den Einsatz dieser Mittel für die sofortige Schaffung von neuem Wohnraum! *(Beifall von der Fraktion des TS.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Herr Abgeordneter! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Manfred Ebner. Ich bitte ihn ans Rednerpult und zu sprechen!

Abgeordneter **Ing. Ebner** (SPÖ):

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Werte Regierungsmitglieder! Leistbares Wohnen in Kärnten: Wohnen ist überhaupt einmal ein Grundbedürfnis der Menschen. Ich verstehe eines nicht ganz: Wenn Österreich das siebentreichste Land der Welt ist und in Österreich die drittgrößte Millionärsdichte auf der Welt nach der Schweiz und nach Singapur gegeben ist, warum schaffen wir es nicht gerade in Kärnten, für die Menschen Wohnen zu gestalten, das auch leistbar ist und nicht nur lebbar? Es darf nicht sein, dass einige Wenige im goldenen Palast sind

Ing. Ebner

und in Kärnten, so wie wir früher von der Kollegin Lesjak gehört haben, circa 100.000 Menschen an der Armutsgrenze leben, was außerdem unter anderem auch bedeutet, dass sie sich die Mieten nicht mehr leisten können. Das heißt, wenn sie mit dem Einkommen nicht auskommen können, dann stimmt in diesem Land etwas nicht und dann muss man etwas ändern. Ein gesichertes Dach über dem Kopf muss einfach ein Grundrecht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eigentlich unverständlich – ich bin in einer ländlichen Gemeinde zu Hause – dass es da sehr, sehr viele leer stehende Wohnungen gibt, aber nicht, weil da keiner hinein will, sondern weil sie es sich nicht leisten können. Wir haben zum Beispiel zwei Finanzierungsmodelle. Beim einem stellen sich die Leute an. Da kann man sie nicht zuweisen, weil die Wohnung einfach voll ist. Bei einem anderen steht die Hälfte der Wohnungen leer. Zum Beispiel hat die Kelag-Wohnbaugenossenschaft bei uns sechs Wohnungen gebaut, drei stehen schon seit drei Jahren leer. Die Kelag-Wohnbau ist nicht zu bewegen gewesen, diese Wohnungen auf irgendeine Art und Weise billiger zu machen, weil denen ist anscheinend lieber, dass die Wohnung leer steht als dass sie benützt wird, auch wenn sie zu einem niedrigeren Preis angenommen wird. Das ist aus meiner Sicht nicht einmal betriebswirtschaftlich vertretbar und denkbar.

Warum sind diese Wohnungen zu teuer? Wenn die Wohnungen in der Stadt in etwa gleich teuer sind wie am Land, dann braucht uns das auch nicht wundern, warum die jungen Leute vom ländlichen Raum in die Stadt ziehen. Nur ein Beispiel: Da ist ein Busfahrer beim Dr. Richard. Er würde gerne bei uns bleiben, weil er da daheim ist. Dr. Richard ist ein großes Unternehmen. Er hat gesagt, weißt du was, Manfred, ich habe ein Angebot aus Wien. Da kann ich sogar zu einer billigeren Wohnung kommen. Das möchte ich aber nicht, weil ich da bleiben will. Auch da gehört nachgedacht. Wenn die Familien schon bereit sind, bei uns zu leben, die oft kaum mehr vorhandene Infrastruktur in Kauf nehmen und bereit sind, zu pendeln, dann muss das Wohnungsangebot auch attraktiv gestaltet werden, damit man das kann. Man weiß, dass Wohnungspolitik sehr eng mit der Raumordnungspolitik einher geht, daher müssen wir die Wohnraumverdichtung in den Ortskernen fördern und

nicht an der Peripherie. Das erspart dadurch der öffentlichen Hand immense Infrastrukturkosten. Ortskerne in den ländlichen Räumen müssten höher gefördert werden. Wir müssen auch, so wie die Referentin gesagt hat, das Reconstructing-Modell – also alte Gebäude, die nicht mehr wirtschaftlich zu sanieren sind, einfach abreißen und neu bauen – auf den neuesten Stand bringen. Es ist dann wesentlich attraktiver, die Wohnung anzunehmen. Die Politik muss diese Problematik erkennen und sich dieser Thematik ernsthaft annehmen und nicht mit Almosenzahlungen, so wie im fürstlichen Mittelalter, einmal im Jahr 100,- Euro verteilen. Damit bekämpft man nicht die Symptome, sondern es ist nur eine vorübergehende Betäubung. Man muss der Sache schon auf den Grund gehen. Zentrales Ziel muss es sein, dass die Mieten gesenkt werden bzw. dass die Erhöhungen, die ins Haus stehen, nicht zum Tragen kommen. Wie erreicht man das? Das ist heute schon mehrfach angeführt worden. Erstens einmal müssen die Zweckbindungen der Wohnbaufördermittel, also die Rückflüsse aus den Wohnbaufördermitteln, eingeführt werden. Zweitens: Um hohe Annuitätensprünge bei den Wohnbauförderdarlehen zu vermeiden, müssen die Laufzeiten der Darlehen verlängert werden, damit man eine Steigerung vermeiden oder eine Senkung erreichen kann.

Es ist, glaube ich, höchst an der Zeit, dass wir dringend daran gehen, diese paradoxe Situation – auf der einen Seite wollen wir die Leute draußen am Land halten, damit der ländliche Raum nicht ausgedünnt wird, auf der anderen Seite sind die Wohnungen zu teuer – wirklich anzugehen. Kollege Wieser hat schon gesagt, es muss an vielen Schrauben gedreht werden. Da sind wir alle gefordert. Ich bin guter Dinge, dass wir das auf die Reihe bringen. Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Abgeordneten Ebner! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben die Rednerliste der Aktuellen Stunde erschöpft. Es ist noch eine halbe Minute Redezeit übrig geblieben. Damit kommen wir in der Landtagsordnung vor Eingehen in die Tagesordnung auf Folgendes zu sprechen. Ich möchte Sie darauf

Ing. Rohr

hinweisen, dass die Dringlichkeitsanträge bzw. -anfragen um spätestens 16.35 Uhr einzubringen sind, also eine Stunde nach Eröffnung der Tagesordnung, und dass die Behandlung der vorgezogenen Dringlichkeitsanträge bzw. -anfragen spätestens um 19.35 Uhr vorzunehmen ist, sollte die Landtagssitzung so lange dauern. Aus aktuellem Anlass darf ich allen Regierungsmitgliedern, Abgeordneten und Bundesräten die vom ORF Landesstudio Kärnten produzierte DVD der konstituierenden Landtagssitzung vom 28. März 2013 als Erinnerung heute als kleines Dokument überreichen. Ich werde die Mitarbeiterin des Landtagsamts ersuchen, das an alle Abgeordneten Damen und Herren zu übergeben und natürlich auch an die Mitglieder der Kärntner Landesregierung und auch an die Mitglieder auf unserer Bundesratsbank. *(KO Abg. Seiser meldet sich zur Geschäftsordnung.)* Bevor wir jetzt zum Tagesordnungspunkt 1 kommen, Abgeordneter Seiser, bitte!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

(Der Vorsitzende aktiviert das Mikrofon.) Danke für den Strom! Hoher Landtag! Geschätzter Herr Präsident! Ich stelle einen Antrag zur Geschäftsordnung gemäß § 64 K-LTGO, und zwar mit folgendem Wortlaut:

Die unterfertigten Abgeordneten verlangen gemäß Art. 72 Kärntner Landesverfassung i. V. m. Art. 127 Abs. 7 Bundesverfassung die Überprüfung hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit, Rechtmäßigkeit und Sparsamkeit des Verkaufs der Liegenschaft EZ 788, GB 72/1/58, Reifnitz, samt darauf befindlichen Immobilien im Jahr 2005 aufgrund der im Jahr 2004 geschlossenen Optionsvereinbarung zwischen der Gemeinde Maria Wörth als Optionslegerin und der Kärntner Tourismusholding GmbH als Optionsnehmerin unter Beitritt des Landes Kärnten an die Magna Projektentwicklungs GmbH & Co OHG. Weiters wird die Überprüfung insbesondere hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der 2011 getroffenen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Maria Wörth und der Magna Projektentwicklungs GmbH & Co OHG, mit welcher die Gemeinde Maria Wörth auf die Ausübung des von ihr von der Käuferin vertraglich eingeräumten Wiederkaufsrechts gegen eine

geringe Abschlagszahlung verzichtet hat, beantragt. Das ist eine Überprüfung des Verkaufs der Liegenschaft EZ samt darauf befindlichem Schloss durch die Gemeinde Maria Wörth durch den Bundesrechnungshof. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich übergebe jetzt den Antrag.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Herr Klubobmann Seiser! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Sie haben den Antrag zur Geschäftsordnung gemäß § 64 K-LTGO gehört betreffend die Überprüfung des Verkaufes der Liegenschaft EZ 788, GB 72/1/58, Reifnitz, samt darauf befindlichem Schloss durch die Gemeinde Maria Wörth durch den Bundesrechnungshof gemäß Art. 72 Kärntner Landesverfassung i.V.m. Art. 127 Abs. 7 Bundesverfassungsgesetz. *(KO Abg. Mag. Leyroutz meldet sich zur Geschäftsordnung.)* Bitte, Herr Abgeordneter Leyroutz!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Sehr geehrte Damen und Herren! Der freiheitliche Klub wird entsprechend der Usancen der Vergangenheit jedem Prüfungsauftrag seine Zustimmung erteilen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gut! Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt und ich auch in Erinnerung rufen darf, dass es in der abgelaufenen Legislaturperiode Usance war, dass jeder Prüfungsauftrag von allen Fraktionen des Landtages auch entsprechend unterstützt wurde, frage ich jetzt: Wer diesem Prüfungsauftrag zustimmt, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist einstimmig so erfolgt.

Ing. Rohr

Tagesordnung

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 1:

1. Ldtgs.Zl. 11-2/31:

Debatte über die Erklärung des Landeshauptmannes vom 28. März 2013

Hohes Haus! In der konstituierenden Sitzung hat der neue Landeshauptmann von Kärnten, Dr. Peter Kaiser, die Vorhaben der neuen Landesregierung vorgestellt. Die Erklärung ist der Einladung zu dieser Landtagssitzung entsprechend beigelegt. Der Vollständigkeit halber sei festgestellt, dass auch alle Regierungsmitglieder in diesem Tagesordnungspunkt ein entsprechendes Rederecht haben. Ich darf auch darauf hinweisen, dass wir zumindest für die ersten zwei Runden wieder das Rotationsprinzip der im Landtag vertretenen Parteien vereinbart haben und dann ist die Rednerliste offen je nach einlangenden Wortmeldungen. Ich darf als ersten Redner zum Tagesordnungspunkt 1 daher den Klubobmann der sozialdemokratischen Fraktion, Herwig Seiser, bitten, das Wort zu ergreifen!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Nach einem historischen Vertrauensvotum hier im Kärntner Landtag nach seiner Wahl zum Landeshauptmann hat Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser mit seiner Erklärung zum Regierungsprogramm eine Einladung ausgesprochen. Er hat eine Einladung ausgesprochen an alle politischen Parteien, für die Zukunft dieses Landes, für die Zukunft unseres Kärnten gemeinsam zu arbeiten. Landeshauptmann Kaiser hat dieser Einladung auch eine Handlungsanleitung beigelegt. Und diese Handlungsanleitung, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist das Regierungsprogramm der Zukunftskoalition 2013 bis 2018 unter dem Titel „Gemeinsam für Kärnten.“ Es ist eine Handlungsanleitung für verantwortungsbewusstes, eine Handlungsanleitung für zukunftsorientiertes und vor allem für transparentes Arbeiten. Meine sehr

geschätzten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, es war auch – und ich hatte das Vergnügen, an den Parteienverhandlungen und am Entstehen dieses Regierungsprogramms mitwirken zu dürfen – die Entstehung dieser Handlungsanleitung geprägt von einem neuen Stil in unserem Land. Trotz unterschiedlicher Weltanschauungen, trotz verschiedener politischer Ansätze in verschiedenen Bereichen, in verschiedenen Materien – die Kollegin Lesjak lächelt etwas milde – haben wir uns respektvoll auf gleicher Höhe getroffen. Es hat ein akribisches Arbeiten am Herausarbeiten von gemeinsamen Positionen gegeben und ich habe diese Art zu arbeiten vorher eher selten erlebt. Aber wie gesagt, es ist dieser neue Stil, der von Personen, insbesondere vom Landeshauptmann, selbstverständlich auch von den Parteibleuten der anderen Parteien, von Rolf Holub, von Frank Frey, von Gabriel Obernosterer und von Wolfgang Waldner geprägt wurde. Und dieser neue Stil, meine geschätzten Damen und Herren, dieser neue Stil tut wirklich not. Die Fehler der Vergangenheit werden derzeit in den Gerichtssälen unserer Republik abgearbeitet. Die Fehler der Vergangenheit, mit deren Aufdecken und mit deren Bearbeitung wir uns sehr, sehr lange beschäftigt haben – und diese Arbeit hat weiß Gott genügend Substanz und Kraft gebunden – diese Arbeit war aber notwendig. Und so kommt es jetzt zu einer Vergangenheitsbewältigung, zu einer Bereinigung, an der sehr viele mitgewirkt haben. Ich darf all jenen Kolleginnen und Kollegen im Kärntner Landtag, die in Untersuchungsgremien und in Kontrollgremien tätig waren ganz, ganz herzlich danken! Ich darf ganz, ganz herzlich dem Kärntner Landesrechnungshof danken, der in akribischer Arbeit unzählige Prüfverlangen im Zusammenhang mit Verfehlungen der abgelaufenen Legislaturperiode aufgedeckt hat und ich darf natürlich auch für objektive Berichterstattung in den Kärntner Medien ganz, ganz herzlich danken! Ich darf den Landeshauptmann zitieren, der in seiner Präambel zur Regierungserklärung gemeint hat: „Die zukünftige Politik des Landes wird klare budgetäre und politische Prioritäten zu setzen haben.“ Und ich füge dem hinzu: „Weil wir uns etwas anderes

Seiser

nicht mehr leisten können, meine sehr geschätzten Damen und Herren!“ Wir haben eine Beschäftigungstagnation in unserem Bundesland. Ich habe vor kurzem gelesen, dass die Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2012 um 4,5 Prozent gestiegen sind. Die Folgen dieser Situation, die Folgen dieser Entwicklung sind finanzielle Schäden, Arbeitsplatzverlust, Konsumrückgang und sie führen letztendlich in die Tragödie. Ähnlich einer Tragödie, meine sehr geschätzten Damen und Herren – es ist kein überspitztes Argumentieren meinerseits, sondern es hat tatsächlich stattgefunden – ähnlich einer Tragödie in der italienischen Stadt Civitanova vor einigen Tagen, als sich ein 62-jähriger Mann und seine Frau gemeinsam in der Garage ihres Hauses erhängt haben, weil sie aufgrund ihrer finanziellen Situation weder aus noch ein gewusst haben. Sie hatten € 500,- monatlich zur Verfügung. Der Mann wollte noch irgendwie am Arbeitsmarkt eine Möglichkeit erhalten, das ist ihm nicht gelungen. Aufgrund der strengen Steuervorschriften in Italien war es ihm auch nicht möglich, in die Selbständigkeit zu gehen und daher endete diese Situation in einer Tragödie. Und diese Tragödie müsste uns eigentlich betroffen machen. Sie müsste uns deshalb betroffen machen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, weil es immerhin eine der größten Volkswirtschaften in Europa ist, in der diese Tragödie, die ich nur schlaglichtartig erwähnen möchte, stattgefunden hat. Es besteht daher Handlungsbedarf. Das Programm, das die SPÖ zusammen mit den Grünen und mit der ÖVP entwickelt hat und das als Leitfaden für die kommende Legislaturperiode und auch darüber hinaus dienen soll, ist diesem Handlungsbedarf untergeordnet. Es gibt aus meiner Sicht, wenn man das Regierungsprogramm eindickt, vier Maßnahmen, die unglaublich wichtig, eigentlich die wichtigsten Maßnahmen sind.

Die erste Maßnahme ist ein erhöhtes Wirtschaftswachstum. Dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft in unserem Land sich entwickeln kann, dass Arbeitsplätze gesichert werden und dass neue Unternehmen angesiedelt werden. Der zweite Aspekt ist eine unbedingte Budgetdisziplin. Der dritte Aspekt ist eine Strukturreform in sehr, sehr vielen Bereichen, nicht nur in der Verwaltung, meine sehr geschätzten Damen und Herren, und der vierte Aspekt und das vierte Prinzip sind Offensivmaßnahmen, die in allen

Bereichen, wie sie auch im Regierungsprogramm aufgeführt sind, zu setzen sind. Das Regierungsprogramm unserer Koalition ist diesen Erfordernissen angepasst und wir als Abgeordnete, meine sehr geschätzten Damen und Herren, werden im Rahmen unserer verfassungsmäßigen Kompetenz dieses Regierungsprogramm abzuarbeiten haben und sind dabei nur unserem Gewissen und der Rechtsordnung unterworfen. Daher, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist es an uns, dieses ambitionierte Programm insbesondere im Sinne der Bevölkerung zu entwickeln und in die Tat umzusetzen. Wir haben uns in einer ersten Phase einen Überblick über die tatsächliche finanzielle Lage des Landes zu machen. Wir haben uns in weiterer Folge der Konsolidierung des Budgets anzunehmen und es hat eine nachhaltige Entschuldung, um den finanziellen Handlungsspielraum wieder herzustellen, stattzufinden. Wir werden nach all diesen Prozessen einen finanziellen Handlungsspielraum gewinnen und dieser Handlungsspielraum, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wird es uns erlauben, transparente und vor allem bedarfsgerechte Dotierungen in allen Bereichen, von der Gesundheit über die Bildung, von der sozialen Wohlfahrt bis hin zum Wohnbau, von der Infrastruktur über Alternativenergien bis hin zum Naturschutz, zur Wirtschaftsförderung, zur Forschung, zur Wissenschaft, zur Bildung, zur Arbeitsplatzsicherung, durchzuführen. Es wird auch darum gehen, die Kommunen effizient mit Finanzmitteln auszustatten. Es wird darum gehen, die Land- und Forstwirtschaft entsprechend ihren Aufgaben und der Notwendigkeit zu unterstützen und zu finanzieren. Und es wird auch darum gehen, Kunst und Kultur in unserem Land entsprechend finanziell auszustatten bzw. Kunst und Kultur vielleicht hin und wieder oder ab jetzt durch eine andere Brille zu sehen. Ich glaube, meine sehr geschätzten Damen und Herren, oder ich bin überzeugt davon, dass die Motorsäge, das Schwert und der Dreschflügel in der politischen Auseinandersetzung ausgedient haben. Es haben ebenfalls Lügen, Betrug und Intrigen keinen Platz mehr in Kärnten, in der politischen Landschaft Kärntens. Das Land erwartet von uns, meine sehr geschätzten Damen und Herren, insbesondere die Menschen erwarten es, dass wir nicht permanent über Probleme reden, sondern dass wir Lösungen anbieten. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* Und ich glaube, meine sehr

Seiser

geschätzten Damen und Herren, es ist an der Zeit, dass wir, wie gesagt, diverse Stilmittel der Politik in die Mottenkammer stellen und dass wir die Ärmel aufkrepeln und für unser Land das Beste tun und uns des Vertrauens, das uns die Menschen ausgesprochen haben, als würdig erweisen. Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist von der FPK Klubobmann Mag. Leyroutz. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte interessierte Zuhörer! Eingangs meiner Ausführungen zur Regierungserklärung von Herrn Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser muss ich ihm Recht geben, dass sich am 3. März 2013 die politische Landschaft tatsächlich dramatisch verändert hat. Aber nicht nur aufgrund der massiven Verluste der Freiheitlichen, sondern weil sich in Kärnten eine Koalition links der Mitte gefunden hat, die mit einer Zweidrittelmehrheit Verfassungsgesetze beschließen kann, ohne dass sie auf möglicherweise oder berechnete Anliegen der Opposition Rücksicht nehmen muss. Eine derartige Machtkonzentration benötigt eine unabhängige und wirkungsvolle Kontrolle und diese Verantwortung werden wir im freiheitlichen Landtagsklub sachlich und fachlich wahrnehmen. Ich darf nur aus der Regierungserklärung den Satz zitieren, den der Herr Landeshauptmann bereits in zwei Reden verwendet hat: „Alte Fehler dürfen in der neuen Zeit nicht wiederholt werden.“ Ich glaube, das ist ein wichtiger Satz, zu dem ich auch stehe. Der Herr Landeshauptmann hat auch ausgeführt, dass am 3. März eine Absage an veraltete politische Methoden in der Politik und Parteibuchzwang erteilt wurde und Kärnten nicht das Produkt des Eigentums der politischen Parteien sein sollte. Meine Damen und Herren, Papier ist geduldig und Worte manchmal wie Schall und Rauch. Wenn man sich die derzeitigen Vorgänge in der Kärntner Landesregierung ansieht, merkt man, dass diese in der Einleitung postulierten Grundsätze über Bord geworfen und nicht ein-

gehalten werden, sondern genau das eintritt, vor dem wir Freiheitliche immer gewarnt haben. Gerade die SPÖ ist wieder dabei, ihre alten Fehler in dieser neuen Zeit zu wiederholen. Jene Fehler nämlich, gegen die die Freiheitlichen 1989 angetreten sind, nämlich dass man im Land Kärnten und in der Verwaltung des Landes Kärnten nur dann etwas werden kann, wenn man das rote Parteibuch besitzt. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Wenn man noch weitere Formulierungen aus dem Regierungsprogramm, nämlich auf den ersten drei Seiten herausnimmt, wenn man davon spricht, dass Respekt, Offenheit, Augenhöhe, gepaart mit Grundsätzen und Disputfähigkeit und Bescheidenheit gepaart mit Vertrauen neue Begriffe sein sollen, so hat diese Landesregierung bereits jetzt bewiesen, dass diese Begriffe reine Worthülsen sind. Die Regierungsparteien verkennen offensichtlich – und dies wird in einem Artikel der „Kleinen Zeitung“ vom 8. März 2013 sichtbar – dass die Verwaltung nicht parteipolitisch besetzt werden darf, sondern unabhängig sein muss. In dem angesprochenen Artikel werden fünf Führungskräfte des Landes genannt, die heute das Misstrauen der Regierungspolitiker der Koalition genießen. Und in einem anderen Artikel werden jene genannt, die das Vertrauen genießen. Ich muss an dieser Stelle ausdrücklich auf den Artikel 58 der Kärntner Landesverfassung hinweisen, wonach die auf Zeit gewählten Organe oder ernannte berufsmäßige Organe unter der Leitung der obersten Organe des Landes die Landesverwaltung führen. Diese sind, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, an die Weisungen der ihnen vorgesetzten Organe gebunden und diesen für ihre amtliche Tätigkeit verantwortlich. Diese Verantwortung haben diese Organe, auch diese fünf in dem Zeitungsartikel genannten Personen, in der letzten Legislaturperiode dem Gesetz entsprechend wahrgenommen, wie auch alle anderen Landesbeamten. Ich finde es ungeheuerlich, dass diesen Personen mittels Medien das Misstrauen ausgesprochen und anderen, bekanntermaßen eher politischeren Parteigängern das Vertrauen ausgesprochen wird. Das ist eine Politik und ein Umgang mit Verwaltungsorganen, dem wir Freiheitliche eine klare Absage erteilen. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Wir Freiheitliche sind in der Vergangenheit und werden auch in der Zukunft davon ausgehen, dass unsere Verwaltungsorgane, die Mitarbeiter in der Landesregierung, die ihnen aufgrund des Gesetzes über-

Mag. Leyroutz

tragenen Aufgaben ordnungsgemäß ausüben werden, ausgeübt haben und wir werden auch darauf achten, dass diese Verwaltungsbeamten nicht politisch missbraucht werden. „Alte Fehler dürfen nicht wiederholt werden.“ Genau diese Fehler werden jetzt von der neuen Regierung wieder begangen bei Schlüsselpositionen in der Verwaltung, die nahezu ausschließlich nach parteipolitischen Positionen und nicht aufgrund ihrer fachlichen Eignung besetzt werden. Wir Freiheitliche werden diese aus der Zeit Wagners bekannte und abgewählte, parteipolitisch motivierte Personalpolitik beobachten und unsere Kontrollfunktionen wahrnehmen.

Eingangs der Erklärung wird vom Herrn Landeshauptmann richtigerweise darauf Bezug genommen, dass dem Wahltag am 3. März Skandale vorausgegangen sind, die den Ruf und das Ansehen Kärntens negativ prägten. Unser aller Aufgabe im Landtag, und dazu bekennen auch wir Freiheitliche uns, wird sein, dass sämtliche Skandale der Vergangenheit, nämlich alle, von allen politischen Parteien aufgearbeitet werden und allen Vorwürfen nachhaltig nachgegangen wird. Wir als Freiheitlicher Klub werden unseren intensiven Beitrag zur Aufarbeitung leisten. Wir werden uns vor dementsprechenden Untersuchungsausschüssen, die notwendigerweise kommen werden, nicht verschließen, sondern auch von uns aus dementsprechende Anträge einbringen. Wir vertreten die klare Ansicht, dass der korrekte Umgang mit Steuergeld eine der Grundvoraussetzungen der politischen Arbeit ist und auch sein muss. Wir werden daher auch auf den korrekten Umgang mit dem Steuergeld besonders intensiv achten und unsere Stimme besonders dann laut erheben, wenn parteieigene Werbeagenturen, parteinahe Unternehmen Millionenaufträge erhalten und damit Spielregeln der Unvereinbarkeit einfach übergangen, gebrochen oder möglicherweise sogar Straftatbestände gesetzt werden. Wir werden uns auch dagegen verwehren, wie das auch unser Landesrat Ragger in der letzten Regierungssitzung getan hat, dass Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die im Nahefeld und im Nahebereich der SPÖ stehen, Prüfungsaufträge zugeschanzt werden sollen, die nicht notwendig sind und nicht den Grundlagen der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit entsprechen. Wir Freiheitliche unterstützen die Ausführungen der Präambel der Regierungserklärung, in der es heißt, dass ein gemeinsames Bekenntnis zu einer

sauberen und transparenten Politik zur Sanierung der öffentlichen Finanzen abgegeben wird. Dieses Bekenntnis darf aber nicht – und das ist die Problematik dieser Regierungserklärung großteils – eine reine Worthülse sein, sondern dieses Bekenntnis muss gelebt und auch umgesetzt werden.

Eine saubere und transparente Politik steht jedoch im Gegensatz zu der vorgenommenen Aufteilung der Regierungsreferate, die im Endeffekt die Abschaffung der Proporzregierung ohne Gesetzesbeschluss bereits vorweggenommen hat und die den Oppositionsparteien nur Rumpfreferate überlassen hat. Neue Bescheidenheit, wie es im Regierungsprogramm heißt, sieht meines Erachtens anders aus. Wir Freiheitliche machen keinen Hehl daraus, dies wurde auch in der Vergangenheit von uns immer kommuniziert, dass wir uns immer für die Proporzregierung und für einen entsprechenden Informationsaustausch unter den Parteien des Landtages, welche in der Regierung vertreten sind, ausgesprochen haben. Wir gehen davon aus, dass es zu einer Abschaffung des Proporz kommen wird. Wir werden dem unsere Zustimmung nicht erteilen. Vor allem die SPÖ wird sich auch daran erinnern müssen, dass sie es war, die vor allem im Bereich der Besetzung des Holdingaufsichtsrates in der Vergangenheit immer diese Ansicht vertreten hat, an der Willensbildung beteiligt zu sein, da es sonst zu Informationsdefiziten kommen würde. Wenn man die grundsätzliche Bereitschaft der Koalition ansieht, die Rechte des Landtages zu stärken, so sollte im Sinne der vorstehenden Ausführungen auch beachtet werden, dass die Abschaffung des Proporz nicht parallel zu einem Abschneiden von Informationsflüssen in den landesnahen Gesellschaften und insbesondere in der Landesholding führen sollte, dass aus demokratiepolitischer Sicht bei künftigen Gesetzesvorhaben auch an diese Punkte und an die Kontrollrechte des Landtages und an das Informationsrecht der Parteien gedacht werden sollte. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Wir bekennen uns, wie es auch im Regierungsprogramm genannt und ausgeführt ist, zu einer Stärkung des Landtages, vermissen aber tatsächlich konkrete Vorschläge. Wir sprechen uns aber ganz klar gegen eine Kürzung im Bereich der Mitarbeiter der einzelnen Klubs bzw. der Interessengemeinschaften aus, da die Kürzung bei den Mitarbeitern zu einer Schwächung dieser

Mag. Leyroutz

gesetzgebenden Körperschaft führen würde, die hier gerade als Kontrollorgan gegenüber der jeweiligen Regierung auftreten soll. Wenn man aber die Kontrollen im Minderheitsrecht des Landtages ausbauen und stärken will, so muss auch darauf Wert gelegt werden – und hier werden wir uns in die Diskussion einbringen – dass diese Kontroll- und Minderheitsrechte des Landtages auch für ausgegliederte Rechtsträger und Gesellschaften des Landes gelten sollten. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Wir verweisen auf die bereits ausgeweiteten Kontrollrechte des Landtages und des Landesrechnungshofes. Wir begrüßen auch eine entsprechende Stärkung derselben.

Wir werden uns auch intensiv in geplante Vorhaben betreffend der Neugestaltung der Untersuchungsausschüsse sowohl in Bezug auf die Einsetzung als auch auf die Verfahrensregeln als wichtiges Minderheitsrecht einbringen. Ich darf nur daran erinnern, dass es die Freiheitlichen waren, die damals dem jetzigen Landesrat Rolf Holub als Vertreter der kleinsten im Landtag vertretenen Partei mit ihren Stimmen es ermöglicht haben, diesen Ausschuss zu leiten. Gerade und insbesondere auch wegen der Stärkung der Untersuchungsausschüsse als klares Minderheitsrecht muss die Mitarbeiterausstattung im Landtagsamt als auch in den Klubfraktionen und in der Interessengemeinschaft gegeben sein, damit diese wichtige Kontrollarbeit auch vollzogen werden kann.

Auch wir Freiheitliche vertreten den Grundsatz, dass Finanzen das Rückgrat des Landes bilden und die Leistungsfähigkeit des Landes nur über ein konsolidiertes Budget erhalten und gestärkt werden kann. Bezeichnend ist, dass die Erklärung zu den Finanzen des Landes nur knapp zwei Seiten umfasst. Die Zauberworte der neuen Regierung: Evaluierung und Kassasturz. Meines Erachtens bedeutet das nur, dass sich die Regierungsparteien offensichtlich mit den Grundlagen der Führung des Finanzressorts, nämlich dass dieses auf Gesetzen der Kärntner Landesverfassung, dem Budgetkonsolidierungsgesetz, dem Stabilitätspakt, unter anderem auf der Vorschlags- und Rechnungsabschlussverordnung und auf vielen weiteren Gesetzen wie auch auf kameralistischen Vorgaben beruht, nicht auseinandergesetzt haben. Sämtliche Geschäftsvorgänge des Landes sind im Buchungssystem erfasst und einsehbar. Es gilt der Grundsatz: Keine

Buchung ohne Beleg. Dieser Grundsatz gilt selbstverständlich auch für das Land Kärnten. Alle Zahlen liegen auf dem Tisch. Der Rechnungsabschluss des Jahres 2011 liegt vor. Die Vorgabe des Nulldefizits im Jahr 2015 ist bereits im Budgetkonsolidierungsgesetz fixiert und daher keine neue Zielsetzung dieser Regierung. Vielmehr verweise ich auf die letzte Sitzung der Kärntner Landesregierung, in der vom zuständigen Beamten, dem geschätzten Herrn Dr. Felsner, der ohne Zweifel das uneingeschränkte Vertrauen der alten Regierung wie auch der derzeitigen Landesregierung besessen hat bzw. besitzt, ein vorläufiger Statusbericht vorgelegt wurde. Erwähnenswert ist, dass gegenüber dem Landesvoranschlag 2012, bei dem ein Maastricht-Ergebnis von rund 96,87 Millionen Euro geplant war, sich dieses erwartete Ergebnis um rund 32 Millionen Euro oder um 33,5 Millionen auf 64,46 Millionen Euro verbessert hat. Ich verweise auch darauf, dass es in Kärnten seit 2011 keine Einmaleffekte mehr gibt, wie dies in anderen Bundesländern üblich ist, sodass wir auch darauf achten werden, dass der im Regierungsvortrag erwähnte Liquiditätszufluss in der Höhe von 100 Millionen Euro aus den Einnahmen des Verkaufs der Sonderdividende der Kelag-Anteile wieder im Budget 2013 bzw. in den Folgejahren verwendet wird.

Es wird in diesem Zusammenhang aber auch anzudenken sein – und auch hier sind wir diskussionsbereit – ob der Zukunftsfonds in der derzeitigen Form, insbesondere unter Berücksichtigung des Umstandes, dass niedrige Zinsen aus der Veranlagung erzielt werden und auf der anderen Seite höhere Zinsen im Landesbudget anfallen durch hohe Verbindlichkeiten, ob es nicht zweckmäßig wäre, diesen Zukunftsfonds aufzulösen und möglicherweise in das Landesbudget zurückzuführen. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Dies hätte den Vorteil, dass die Zinsenlast des Landes Kärnten sinkt. Dies würde auch zu einem größeren Spielraum beim Landesbudget führen.

Die SPÖ hat vor der Wahl zur Kleinkindbetreuung gemeint, dass nur eine flächendeckende, kostenlose Betreuung den Eltern Wahlfreiheit und Balance bei Beruf und Familie sichern würde. Diese Forderung kommt jedoch im jetzigen Regierungsprogramm nicht mehr vor. Vielmehr denkt diese Regierung die Streichung von Geldleistungen für junge Familien an und will diese

Mag. Leyrouz

mit Sachleistungen kompensieren. Das ist für uns ein klarer Hinweis darauf, dass die Regierung gerade bei den Familien einen strengen Sparkurs fahren und die für ganz Österreich vorbildlichen besten Familienleistungen in Kärnten abschaffen und damit Familien klar benachteiligen will. Wir Freiheitliche vertreten ganz klar den Standpunkt: Wer bei den Familien spart, gefährdet die Zukunft des Landes Kärnten und gefährdet auch unsere Position als familienfreundliches Land in Österreich. Meine Damen und Herren, Sparpotentiale im Land gibt es genügend. Bei den Familien und den Hilfeleistungen zu sparen, zeugt nicht von sozialer Intelligenz und wird daher von uns auch abgelehnt.

Auffällig ist, dass im Bildungsbereich sowie auch in anderen Bereichen das Förderwesen ständig auf Einrichtungen der Sozialpartner umgestellt werden soll. Meine Damen und Herren, bei den Sozialpartnern handelt es sich – und darauf muss hingewiesen werden – auch zum Teil um Vorfeldorganisationen der SPÖ und der ÖVP. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Wir lehnen eine vermehrte Förderung dieser den politischen Parteien nahe stehenden Einrichtungen ab und fordern transparente und nachvollziehbare Förderrichtlinien in allen Bereichen sowie auch in der Bildung. Wir Freiheitliche bekennen uns zu den Außerstreitstellungen im Bereich der Gesundheitsvorsorge und stehen zu den zustimmenden Beschlüssen zur notwendigen finanziellen Absicherung für das Jahr 2013. Wir vermischen aber in der Regierungserklärung konkrete Vorschläge zum Thema Leistungsangebotsplanung und klare Bekenntnisse zu möglichen modellhaften Ansätzen in dieser Angebotsplanung. Wir verweisen in dem Zusammenhang auf die von uns bereits thematisierten Punkte der Zentralisierung in der Medizin an den Mindestfrequenzen laut dem ÖSG. Es wird erforderlich sein, den Geldmitteleinsatz im Krankenanstaltenbereich zu optimieren und den extramuralen Bereich gemeinsam mit dem ambulanten Bereich der Krankenanstalten zu betrachten. Wir verweisen darauf, dass die SPÖ und hier der Landesgesundheitsreferent der letzten Legislaturperiode für die Umsetzung der regionalen Strukturpläne für Gesundheit und die Anpassung an den ÖSG verantwortlich gewesen wäre. Dies findet sich jedoch nach unseren Ansichten im Regierungsprogramm nicht.

Das Kapitel „Soziales“ im Regierungsprogramm zeichnet sich durch Allgemeinformulierungen aus, genauso durch viele Gemeinplätze. Auch wir stimmen zu, Armut verhindern zu wollen. Die Begriffe Chancengleichheit, Armutsprävention, würdevolle Pflege, Gewährleistung öffentlicher Daseinsvorsorge, familiennahe Pflege, Ausbau der Pflegeeinrichtungen und beste Betreuung für Menschen mit Behinderung wurden schon von der vormaligen Landesregierung mit Nachdruck verfolgt und stellen keine neuen Forderungen dar. Wir begrüßen, dass im Regierungsprogramm nunmehr auch daran gedacht ist, eine Transparenzdatenbank einzuführen. Während SPÖ und ÖVP auf Bundesebene über die Umsetzung gestritten haben, hat Kärnten hier bereits eine Vorreiterrolle eingenommen. In der Humandatenbank sind bereits rund 83.000 Personen erfasst und die Leistungen wie Mindestsicherung, Wohnbedarfshilfe, Müttergeld, Unterstützung der Jugendwohlfahrt sind darin enthalten. Sämtliche Sozialleistungen sind auf einer Suchmaske bündelbar, sodass das unkoordinierte Nebeneinander von Transferleistungen nicht möglich sein kann. Wir stehen daher zur Einführung dieses Transparenzkontos.

Der einheitliche Kulturbegriff und diese Begründung stellt für uns Freiheitliche keine Problematik dar, zumal die Trennung bzw. Betonung der Volkskultur in den vergangenen Jahren weniger Programmatik als Befindlichkeit des ehemaligen Referenten war. Kulturvermittlung ist ein Schwerpunkt und wird von uns unterstützt. Die Schaffung von guten Angeboten und derartige Initiativen wird von uns begrüßt. Missverständlich ist meines Erachtens jedoch der genannte Begriff einer mehrjährigen Kulturstrategie. Nach unserem Selbstverständnis kann es sich dabei nur um eine Förderstrategie handeln, da ja sonst die Freiheit der Kunst, wenn man von Kulturstrategie spricht, nur in Frage gestellt würde. (*Abg. Dr. Lesjak lacht lautstark.*) Es wird darauf zu achten sein, dass die Förderkulisse gleichmäßig gestaltet wird. Dem Regierungsprogramm ist jedoch entgegen zu halten, dass es nicht stimmt, dass der Sektor der Kreativwirtschaft in Kärnten zu wenig beachtet worden wäre. Ich verweise auf den 5. österreichischen Kreativwirtschaftsbericht der Wirtschaftskammer Österreich 2013, denn nach diesem Bericht lag Kärnten im Zeitraum von 2008 bis 2010 mit einem Wachstum von 7,7 Prozent bei Kreativun-

Mag. Leyrouz

ternehmen eindeutig über dem Österreichschnitt. Grund dafür ist das von den Freiheitlichen forcierte und wohl gelungene Projekt des Lakeside Parks.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, zusammenfassend möchte ich nochmals festhalten und an meine Ausführungen am Beginn erinnern. Ich darf hier den Herrn Landeshauptmann beim Wort nehmen: Alte Fehler dürfen in neuen Zeiten nicht wiederholt werden. Daher keine einzige Personalentscheidung nach parteipolitischen Gesichtspunkten, wie dies bereits geschehen ist, sondern ausschließlich nach Qualifikation, kein Abwürgen von Kritik, kein Einschüchtern von unabhängigen Beamten, keine unsittlichen Ansinnen wie Karriere gegen Parteibuch, keine Geldverschwendung á la Top Team! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der ÖVP-Klubobmann Abgeordneter Ferdinand Hueter!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Die Diskussion zum Koalitionsprogramm 2013: Wenn ich jetzt meine Vorredner gehört habe, ja wie soll ich sagen, wenn es so gut gewesen wäre, wäre die Wahl – kurz zusammengefasst – wahrscheinlich anders ausgegangen. Und ich glaube, die Wählerinnen und Wähler in Kärnten (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) haben am 3. März ganz eindeutig einen Systemwechsel insofern gewählt, weil ganz einfach ein anderer Stil, nicht nur hier im Landtag, sondern auch in der Regierung und in der Koalition Einzug gehalten hat. Ich glaube, diesen neuen Stil, dieses Neue spürt man auch im Umgang. Ich möchte dazu aber schon eines sagen: Das liegt auch an uns allen hier im Landtag vertretenen Abgeordneten. Wie wir miteinander umgehen, so trägt sich dieses Bild nach außen und so merken das die Menschen auch. Die Menschen sind Gott sei Dank etwas reifer geworden und genau diesen neuen Stil wollen die Kärntnerinnen und Kärntner. Und nicht, dass irgendjemand herausgeht und sagt, wir sind wir und so wie ich das sage, ist das zu

tun und aus, fertig. Dieses System ist abgewählt worden und ich glaube, wir haben wieder ein bisschen Demokratie „zurückerobert“, sagen wir einmal so. Wir können durchaus – und das ist, glaube ich, dieser neue Stil in der neuen Regierung zwischen SPÖ, ÖVP und Grünen – das sind drei wirklich ganz verschiedene Parteien, aber hier hat man gezeigt, dass man trotz verschiedener ideologischer Auffassungen auch an einem gemeinsamen Ziel arbeiten kann. Schaut, jeder der in einem Gemeinderat tätig ist, wie funktioniert es denn dort? Zeigt mir eine Gemeinde, wo nur gestritten wird oder wo einer sagt, das wird so gemacht, das geht nicht anders. Wie schaut es in so einer Gemeinde aus? Das geht maximal eine Periode. Bei der zweiten merken das die Menschen, denn so viel Gespür haben sie, dass das nicht geht. Deswegen bitte gemeinsam zusammenarbeiten und jeder ein Scherflein dazu beitragen, dass dieser neue Stil auch gelebt wird. Dieses ambitionierte Koalitionsprogramm kann man immer an allen Ecken und Enden zerreißen, gutheißen, weniger gutheißen. Ja! Aber eines steht einmal fest: Hier haben sich drei Parteien gefunden, sehr ambitioniert, und wenn dieses Programm, so wie es jetzt da steht, zu 80, 90 Prozent umgesetzt wird, dann glaube ich, ist dieses Ziel mehr als erreicht, weil die größte Unbekannte, die wir jetzt noch haben, dieser sogenannte „Kassasturz“ ist. Es weiß keiner ganz genau, wo wir stehen, wieviel Spielraum wir haben. Und wenn wir auf der anderen Seite 2015, und das, glaube ich, ist ein sehr, sehr hohes Ziel, ein Nulldefizit – und da reden wir noch gar nicht vom Sparen, sondern nur davon, dass wir gleich viel ausgeben wie einnehmen – zusammenbringen, dann glaube ich, ist das schon wirklich das Hauptziel dieser Regierung, weil das ist bis dato noch nie passiert. Und das, glaube ich, müssen wir einmal festhalten. Wenn uns das gelingt, dann hätten wir einen Riesenerfolg zu verzeichnen.

Die vier Eckpunkte mit der erhöhten Wirtschaftlichkeit, Budgetdisziplin, ich glaube, da muss man auch eines sagen: Die Budgetdisziplin geht auch vom eigenen Ressort aus. Das heißt, jedes Regierungsmitglied hat Selbstständigkeit in der Hoheit des Budgets, kann das selbständig verwalten und ich glaube, das ist auch schon ein Riesenvorteil, muss auch dafür geradestehen, wenn etwas daneben geht oder wie auch immer, aber es hat dort einen Spielraum. Und das, glau-

Ing. Hueter

be ich, ist auch einmal wesentlich unterschiedlich zu dem, was früher war. Die Konsolidierung der Finanzen, wie ich schon gesagt habe, ist eines der wichtigsten Dinge, weil nur durch Spielräume können wir neue Impulse schaffen. Das will man in jeder Gemeinde und ich glaube, auch irgendwie privat daheim. Wenn ich Spielräume habe, dann kann ich innovative Dinge setzen. Nur von Dingen zu reden, was gut wäre und was alles klass wäre, „hätt' i, tät' i, war' i“, das ist alles schön geredet, nur in der Wirklichkeit schaut es anders aus. Da brauchen wir wirklich viel, viel Spielraum bzw. viel, viel Gespür. Schaut, alleine der letzte Verkauf dieser Kelag-Anteile, weil wir das gerade früher gehört haben, war, glaube ich, nicht ganz gescheit, weil jeder weiß, dass gerade im Energiebereich heute Renditen jenseits von 10 Prozent zu erzielen sind. Gerade in einer Zeit wie dieser – ich gehe heute wohl davon aus, dass ich am Kapitalmarkt, was weiß ich, eineinhalb, zwei Prozent Zinsen bekomme – solche Anteile zu verkaufen, also wenn das gescheit ist, bitte, dann weiß ich nicht, dann denke ich Gott sei Dank anders. Es gäbe einige Dinge, ich möchte aber auch eines sagen: Ich bin nicht einer, der Steine zurückschmeißt und sagt, alles, was gestern war, ist schlecht gewesen. Überhaupt nicht! Jeder macht Gutes und weniger Gutes, aber dann muss man auch die Größe haben, wenn man etwas nicht richtig gemacht hat, zu sagen, jawohl, das war ein Fehler und den korrigieren wir, weil es kann jeden Tag jeder gescheiter werden. Jeder! Und das ist auch ein Teil dieses neuen Stils, dass man hier heraußen nicht nur Dreck wirft und sagt, alles, was der oder die gemacht haben, ist schlecht gewesen. Also ich gehöre nicht zu denen, sondern ich will eher haben, man soll darüber diskutieren dürfen, aber aus dem auch lernen und es besser machen. Einen Fehler zweimal zu machen, ist meistens einer zu viel.

Abgewählt wurde am 3. März wirklich der alte Stil und ich glaube, das gilt für alle Fraktionen. Es muss jeder Partei klar sein, dass hier nicht ein Systemwechsel abgewählt wird, egal, links, rechts, Mitte, wie das immer gesagt wird, sondern es muss jede Partei leben und das muss sie auch jeden Tag beweisen. Das Bedürfnis nach einem neuen Stil in diesem Land war und ist übermächtig. Ich glaube, das spürt jeder von euch, wenn er draußen mit den Leuten redet. Das ist glaube ich, der Hauptknackpunkt überhaupt.

Man kann natürlich dieses Programm von vorne bis hinten – ich möchte mir das wirklich ersparen – durchdenken, jeden Punkt einzeln, aber es sind ein paar Eckpunkte drinnen, die einfach erwähnt werden sollten. Hier stehen drei Parteien, die ihre Ideologien nicht über Bord werfen, aber das gemeinsame Ganze sehen, Kärnten gemeinsam nach vorne zu bringen. Das ist, glaube ich, das Um und Auf dieser Koalition. Ich glaube, wir hätten auch in der Vergangenheit schon einiges reparieren können. Ich denke nur an die Abschaffung des Proporz. Das wäre doch ein Klacks gewesen, sagen heute alle oder die meisten, das ist, wie soll ich sagen, das Wichtigste von allem. Den Proporz hätten wir in der letzten Legislaturperiode, wenn etwas guter Wille dagewesen wäre, mit einer Zweidrittelmehrheit ganz einfach abschaffen können. Und ich glaube, auch das haben alle Menschen draußen gespürt. Der Proporz war in der Nachkriegszeit gut, ist überholt. Ich glaube, wir sollten auch bei uns anfangen, zu sparen und es ist auch schon erwähnt worden, jetzt bekommen wir Minireferate. Wenn der Proporz weg ist, dann kann man sehr wohl über die Reduktion von sieben Regierungsmitgliedern auf fünf nachdenken. Das merkt draußen kein Mensch! Kein Mensch merkt das! Nur ist es jetzt aufgrund der Statuten nicht möglich. Und deswegen wäre das etwas gewesen, das wir schon in der letzten Periode ganz leicht machen hätten können, es war leider Gottes der politische Wille nicht da und deswegen sollte man das auch so zur Kenntnis nehmen. Es ist einfach die Zeit dieses Geldverschwendens wirklich vorbei, wir brauchen Projekte, die nachhaltig sind. Ich erwähne jetzt nicht die Seebühne oder das Stadion, aber ich glaube, solche – ich sage es unter Anführungszeichen – „abschreckenden“ Beispiele sollen uns für die Zukunft helfen, solche Dinge vielleicht nicht mehr zu machen. Da gibt es viel innovativere Dinge, gerade im Bereich der Energie, wo wir wirklich nachhaltig Geld, Wertschöpfung wieder zurückbringen, wo wir die heimischen, die hiesigen Ressourcen stärken, wo wir Arbeitsplätze schaffen, wo wir das Geld hier bei uns lassen, diese kleinen Kreisläufe antreiben. Das ist Zukunft, das ist Innovation, das ist das, für das wir eigentlich gewählt worden sind und nicht, um Geld zu verteilen, das wir gar nicht haben. Ich sage immer, „das kann ja ein Tocker, mit fremdem Geld lustig sein“, aber Dinge zu machen, die nachhaltig, die morgen eine Rendite bringen,

Ing. Hueter

die morgen besser sind, ich glaube, dafür sind wir gewählt. Und dafür haben uns die Leute auch gewählt! Zum Streiten ganz sicher nicht! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Das Thema „Kultur“, wenn ich das noch streifen darf – das ist auch ein Spiegel einer politischen Kultur, wie man das im Land gehabt hat, das Museum. Das Landesmuseum, und ich glaube, da gibt mir jeder recht, ist in einem Zustand, der eines Landes Kärnten nicht würdig ist. Jetzt kann das natürlich von allen Seiten diskutieren, ob das jetzt noch passt oder von mir aus, „das brauchen wir eh nicht“, so wie ich das von einigen höre, das können wir eh wegtun und entsorgen. Ganz im Gegenteil, ich glaube, das muss einem Land auch etwas wert sein, die Kultur aufrecht zu erhalten. Und ich bin ein ganz großer Verfechter bzw. ein Gegner, dass man das noch in Hochkultur und in Volkskultur und was weiß ich noch alles teilt. Kärnten hat Gott sei Dank eine Volkskultur. Und ich bin stolz darauf, dass wir im Schnittpunkt dreier Kulturen stehen und überall etwas ableiten können. Da brauche ich jetzt nicht anfangen zu differenzieren und zu sagen, das ist gut und das ist schlecht, oder ich bin nur für die Volkskultur und das Andere sollen andere machen. Diese Teilung ist ein Blödsinn. Wir sind Teil der Kultur, sind stolz drauf und hoffentlich auch in Zukunft, dass wir das noch viel besser machen. Hier ist Nachholbedarf, wir müssen das auch machen.

Zu Grund und Boden, Land- und Forstwirtschaft möchte ich vielleicht nur den einen Satz anbringen, es ist auch im Koalitionsprogramm drinnen – der Biosphärenpark sollte noch einmal neu überdacht werden. Aus dem Grund, Leutl'n, und das ist wirklich ein Appell: Ein Biosphärenpark ohne den Einbezug der Grundbesitzer kann niemals funktionieren! Ich habe das auch damals schon gesagt, das ist so, als ob ich ein Vogelhäuschen habe und keinen Vogel, weil dann brauche ich das Vogelhäuschen auch nicht. *(Der Redner lachend:)* Die Barbara schmunzelt schon wieder! Ich glaube, da müssen wir wirklich zurück zum Start. Und ich kann euch eines sagen: Ich habe mit den Grundbesitzern oben geredet, da ist wirklich eine große Bereitschaft da, hier gemeinsam etwas zu entwickeln. Und das muss auch im Auftrag der Regierung und auch von dir, lieber Landeshauptmann, sein, dass wir hier ein Konstrukt machen, mit dem alle leben kön-

nen, auch der Tourismus, auch die Gemeinden, auch die Bewohner, aber bitte vergesst die Grundbesitzer nicht, denn so etwas kann niemals gegen die Grundbesitzer gehen. Naturschutz ist eine hochsensible Materie und jeder, der selber Grund und Boden hat, weiß, wenn Auflagen drauf sind, habe ich nichts davon. Man ist einmal grundsätzlich abwartend, aber ich glaube, gerade in diesem Biosphärenpark Nockberge gibt es eine Gemeinsamkeit und ich appelliere an diese Gemeinsamkeit. Wir kriegen das zusammen! Auch das sollte ein Beweis dieses neuen Stils sein, dass man hier alle mit einbezieht, gemeinsam versucht, ein Konstrukt zu machen und es dann auch gemeinsam nach außen trägt. Das, glaube ich, sollte es sein.

Insgesamt und abschließend glaube ich, es ist ein ambitioniertes Regierungsprogramm, das vorliegt. Wenn wir davon das Meiste umsetzen, dann bin ich hochzufrieden. Wir von Seiten der Österreichischen Volkspartei werden auf jeden Fall unseren Beitrag leisten, ich bin zuversichtlich. Gehen wir es gemeinsam an, Kärnten hat es sich verdient! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau der Grünen Dr.ⁱⁿ Barbara Lesjak. Bitte sie, zu sprechen!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause vor den Bildschirmen und vor dem Internet! Ich glaube, es ist keine Übertreibung, zu sagen, dass dieses Regierungsprogramm 2013 bis 2018 etwas wirklich Einzigartiges ist. So etwas hat Kärnten noch nicht gesehen. Dieses Regierungsprogramm ist gekennzeichnet von politischer Verantwortung, aber auch von politischer Kompetenz. Es ist getragen von einem sehr starken gemeinsamen Willen, Kärnten wieder aufzubauen in vielerlei Hinsicht, ökologisch, sozial, kulturell, wirtschaftlich, in Bildungsfragen. Hier beweist die Zukunftscoalition nicht nur Sachkenntnisse, sondern auch Verantwortung und Solidarität gegenüber der Bevölkerung,

Dr. Lesjak

denn wir beschreiten hier völlig neue Wege und wir laden die Bevölkerung auch ein, diese Wege mit uns zu gehen. Dieses Regierungsprogramm, würde ich sagen, ist aber auch überaus engagiert und mutig, nämlich angesichts der angespannten budgetären Situation. Wir haben uns hier sehr, sehr viel vorgenommen und ähnlich wie mein Vorredner Herwig Seiser war auch ich bei den Verhandlungen mit dabei und durfte hier mitgestalten. Es war nicht so einfach, die eigenen Vorhaben auch zu realisieren und hineinzuschreiben, wenn man weiß, das Landessilber ist eigentlich großteils verschербelt worden. Aber wir sind alle zuversichtlich und sehr, sehr mutig und haben irgendwie nicht nur diesen neuen Stil gespürt, sondern auch einen Zusammenhalt. Es gibt etwas, das uns drei Parteien, SPÖ, ÖVP und Grüne, wirklich ganz, ganz stark zusammenschweißt und dieser Zusammenhalt, dieser Mut kommt aus dem Widerstand gegen die alte Regierungskoalition, vor allem aus dem Widerstand gegen die politischen Sünden der FPK. Wir haben in der jüngeren Vergangenheit in Kärnten so viele Kollateralschäden durch die FPK erlebt, da sind so viele entstanden, dass die Bevölkerung ganz klar entschieden hat, wer jetzt das Ruder in die Hand nimmt, nämlich diese drei Zukunftsparteien. Diese drei Zukunftsparteien Rot, Schwarz, Grün, das hat es noch nicht gegeben, sind eine Koalition der Vernunft, die angetreten ist, um eine neue politische Ära einzuleiten. Und das Ergebnis aus diesem Zusammenhalt und aus diesem Mut ist hier festgeschrieben. Zugleich ist dieses Koalitionsprogramm, dieses Regierungsprogramm aber auch das Ende von so etwas wie einer Schreckensherrschaft der FPK, von einer nicht enden wollenden Schreckensherrschaft der FPK. Ich habe das erlebt, die zwölf Auszüge aus dem Landtag. Das war etwas, das demokratiepolitisch unerträglich war. Das war so etwas wie eine blaue Schreckensherrschaft, die geprägt war von Hochmut, Gier, Arroganz, Inkompetenz und Selbstüberhöhung und das hat nun Gott sei Dank ein Ende! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Auch das ist aus diesem neuen Regierungsprogramm ganz deutlich herauszulesen, dieser neue politische Stil, von dem Klubobmann Hueter schon gesprochen hat, eine neue Sprache, die frei ist von Halbwahrheiten, frei von Polemik und frei von Worthülsen. Es gibt kein seichtes,

politisches Geschwätz, sondern klare Ansagen, ehrliche, ambitionierte Vorhaben und auch die Bereitschaft, die Fehler der Vergangenheit und auch die Verantwortung dafür, mit zu übernehmen. Ich bin sehr stolz drauf, dass uns das gelungen ist. Kärnten hat den Demokratietest bestanden, das habe ich auch schon am 3. März, am Wahntag gesagt und ich bin sehr zuversichtlich, dass dieses Dreiergespann auch fest halten wird. Wir sind ja sozusagen jetzt schon ein bisschen aneinander geschweißt, weil wir wissen, das ist einfach notwendig und das erfordert die politische Vernunft.

Ich möchte jetzt in weiterer Folge nicht genau auf jeden Punkt eingehen, der hier in diesem Regierungsprogramm beschrieben ist. Ich möchte nur ein paar Highlights herausgreifen. Das erste Highlight ist schon die Präambel, die ganz deutlich eine gemeinsame Handschrift zum Ausdruck bringt. Weder Grün noch Rot noch Schwarz sind hier besonders herauszulesen, sondern alle drei haben wir hier zusammengewirkt. Eine Besonderheit ist das ja auch insofern, weil ich das mit dem alten Regierungsprogramm 2009 bis 2014 verglichen haben, dort gibt es so etwas nicht. Dort gibt es keine Präambel. Eine Präambel ist so etwas wie eine demokratiepolitische Grundsatzserklärung, wo man allgemeine Dinge grundsätzlich vorweg erklärt. Diese Grundsatzserklärung gab es im damaligen Programm nicht. Ich weiß nicht, vielleicht weil es halt auch keine Grundsätze gegeben hat, keine Ahnung. In unseren Grundsätzen haben wir ganz klar den Willen zur gemeinsamen Kooperation festgeschrieben. Dazu gehört auch ein gemeinsames Bekenntnis zur sauberen und transparenten Politik – auch etwas Neues, das hat man vorher in dieser Deutlichkeit nicht so gesagt – die Sanierung der öffentlichen Finanzen ist natürlich etwas, was ein ganz schwerer Brocken für uns ist, die Modernisierung der Verfassung, aber auch die nachhaltige Entwicklung, qualitatives Wachstum, Bekämpfung der Beschäftigungslosigkeit. Wir bekennen uns auch zu einem sorgsamem Umgang mit der Natur, der Umwelt und den natürlichen Ressourcen sowie die Forcierung erneuerbarer Energieformen. Ganz besonders gelungen in der Präambel ist das Bekenntnis zur sprachlichen und kulturellen Vielfalt. Da bin ich sehr stolz darauf. Das ist etwas, was bei uns, in unserer Partei schon lange gelebt wird, das gleichberechtigte Miteinander beider

Dr. Lesjak

Landessprachen. Das wird geachtet und gefördert und das steht jetzt so auch im Regierungsprogramm drinnen. Da bin ich sehr stolz darauf. Da beweist die neue Regierung, also wir beweisen hier Weltoffenheit, Solidarität und vor allem aber auch ein starkes, demokratiepolitisches Selbstbewusstsein.

Selbstbewusst ist auch das 1. Kapitel in diesem Regierungsprogramm, das Kapitel zur Verfassung. Das, würde ich sagen, ist ein ganz großer Wurf und das trägt eine sehr starke grüne Handschrift, weil so gut wie jeder Antrag, den wir in den letzten beiden Perioden hier eingebracht haben, sei es zur Stärkung der Minderheitenrechte und Vieles mehr, Abschaffung des Proporz, das ist hier realisiert. Alles, was wir zur Stärkung der Demokratie in Kärnten in den letzten Jahren haben wollten, ist hier auch abgebildet. Zu erwähnen ist, das steht eh auch ganz laut und deutlich da, der Proporz wird abgeschafft. Damit werden neue Zeiten in Kärnten hereinbrechen. Die Systemänderung wird dann fortschreiten. Wir haben aber auch Möglichkeiten zu mehr partizipativer, direkter Demokratie. Kontroll- und Minderheitenrechte im Landtag werden ausgebaut. Bei Veräußerungen von Landesvermögen muss hinkünftig auch der Landtag befragt werden. Es wird mehr Bürgerbeteiligung geben. Es wird aber auch mehr Transparenz geben. „Open Government“ ist hier ganz groß geschrieben. Ich habe mich ein bisschen gewundert, als ich vom Klubobmann der FPÖ, Leyrouz, gehört habe, er vermisse hier konkrete Vorschläge zur Stärkung des Landtages. Ich würde empfehlen, einfach auch einmal zu lesen, weil das steht da drinnen. Es stehen die Vorschläge tatsächlich da drinnen, was wir da machen werden. Es wird einen Verfassungskonvent geben. Da werden wir uns alle Vorschläge, die es gibt, genau anschauen. Die Verfassung wird geändert. Alles, was die Landtagssitzungen und das parlamentarische Geschehen betrifft, wird neu aufgerollt, neu durchgedacht. Irgendwie werden gute Lösungen herauskommen, die wir noch ordentlich diskutieren werden, das ist ganz klar. Aber hier haben wir ein wirklich gutes Vorhaben. Jetzt muss ich ein bisschen auf meine Stimme schauen, sie verschwindet gerade. Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen.

Das nächste Kapitel „Finanzen“. Das ist natürlich ein harter Brocken, der schwerste Brocken für die neue Regierung. Das ist eine Altlast, die

wirklich erdrückend ist und die jetzt von uns drei Parteien mit Vernunft aber auch geschultert wird. Wir tragen diese Verantwortung und es ist ganz klar, dass man jetzt von heute auf morgen keine Wunder bewirken kann. Wir brauchen jetzt Sachverstand, starke Nerven und Zuversicht. Ich bin ziemlich sicher, dass die zuständige Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaubig diese Eigenschaften auch mitbringt, einen ausgeruhten Verstand und starke Nerven. Wir sind natürlich auch auf die Solidarität der Bevölkerung angewiesen. Wir versuchen, mit gutem Beispiel voranzugehen im Unterschied zur vorigen Regierung. Wir leben diese neue Bescheidenheit vor. Wir sparen auch bei uns selber. Es wird keine Korruption geben. Es gibt keine Selbstbeweihräucherung in einem Ausmaß, das nicht mehr gerechtfertigt ist, keine Großmannsucht, keine Aufblähung der Büros, keine übertriebenen Repräsentationskosten. Eine Wahlkampfkostenbeschränkung haben wir ja schon für uns auch durchgeführt, die Kürzung der Parteienförderung. Es ist einmal ein erster Schritt, um zu zeigen, dass hier der Sparwille wirklich da ist.

Zum nächsten Kapitel „Bildung.“ Auch da ist eine starke grüne Handschrift drinnen. Bildung wird groß geschrieben und das halte ich auch für sehr, sehr wichtig. Eine gute Bildung ist die wichtigste Voraussetzung für das Wahrnehmen von Lebenschancen. Gerade für uns in Kärnten, wo wir so betroffen sind von Abwanderung, brauchen wir hier eine Erhöhung der Qualität auf allen Ebenen. Kärnten wird bildungsfreundlicher werden. Das ist hier zum Ausdruck gebracht auf vielen, vielen Ebenen, sei es in der Kinderbetreuung, die noch flächendeckend auszubauen ist, wo die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie auch noch verbessert werden muss. Es geht aber auch um Qualitätsentwicklung in Schulen. Es geht um bessere Chancen und Möglichkeiten für Lehrlinge. Es geht aber auch um Chancen und Möglichkeiten für lebenslanges bzw. lebensbegleitendes Lernen. Und, was auch sehr schön ist, was im vorigen Regierungsprogramm auch nicht drinnen war, es gibt jetzt ein eindeutiges Bekenntnis zu Wissenschaft und Forschung. Hier gibt es das Bekenntnis dazu, dass Wissenschaft und Forschung etwas Dienliches für die Gesellschaft ist und nicht etwas, wovor man sich fürchtet und deren Ergebnisse man ständig verleugnen muss. Kärnten wird also

Dr. Lesjak

bildungsfreundlicher. Da bin auch schon gespannt und sehr zuversichtlich, dass uns da hier einiges gelingen wird.

Im Bereich „Soziales“ gibt es auch sehr viele Vorhaben. Das ist auch ein Meilenstein, der hier gelegt worden ist. Ich würde sogar sagen, das ist so ziemlich das Gegenteil von dem, was im alten Regierungsprogramm drinnen gestanden ist bzw. enthält das Kapitel „Soziales“ vor allem auch eine Reparatur vom sozialen Raubbau der vorigen Regierungsperiode. Seit der FPK-Landesrat Ragger das Sozialreferat übernommen hat, ist es eigentlich nur mehr bergab gegangen. Die Mindestsicherung ist massiv verschlechtert worden. In den Vereinen, bei den Subventionen ist massiv gespart worden. Einzelne Leistungen sind eingestellt worden. Eine Stelle in der Kinder- und Jugendanwaltschaft ist nicht nachbesetzt worden. Vereine werden ausgegrenzt, ausgetrocknet und so weiter und so fort. Systematisch ist hier sozialer Raubbau betrieben worden. Weil wie kann man sich das sonst erklären, dass wir heute diese soziale Situation haben, die wir haben? Die Armutssituation hat sich nicht um einen Millimeter verbessert, im Gegenteil, sie hat sich verschlechtert. Ich habe das auch noch verglichen. Zum Beispiel „Familie und Kinderbetreuung“, da ist ein Kapitel im alten Regierungsprogramm auf der Seite 9. Wenn man sich das genauer durchliest, es ist nicht einmal so, dass diese Forderungen und diese Vorhaben, die da drinnen stehen, irgendwie erfüllt worden wären, nein, da sind Verschlechterungen passiert. Für die Familien sind wirklich tatsächliche Verschlechterungen passiert. Das ist der Hauptunterschied zum jetzigen Regierungsprogramm. Im Regierungsprogramm/alt ist drinnen gestanden: Almosenverteilung und Aufrechterhaltung der Armut. Man braucht ja die Armut, damit es gut ankommt, wenn man Almosen verteilt, damit es einen Sinn macht, dass ich mich hinsetze und mich als Fürst inszeniere und dann glauben alle Leute, ich tue etwas Gutes für die Menschen, wenn ich ein paar Euro vorne hinschmeiße. Dieses unwürdige Verhalten hat jetzt ein Ende. Weil im neuen Programm ist keine Almosenverteilung vorgesehen, überhaupt nicht, im Gegenteil. Da ist vorgesehen, dass man die Mindestsicherung dahingehend verbessert, dass das ein echtes Instrument zur Bekämpfung der Armut ist. Man muss die ganzen Extraleistungen in die Mindestsicherung mit hineinrechnen. Wir wissen ja, dass

die Menschen essen müssen, es warm haben müssen, wohnen müssen. Das braucht man nicht mit eigenen Leistungen jetzt irgendwie herumverteilen, sondern in einem Betrag zusammenfassen. Das zeigt wirklich Solidarität und Mut. Vor allem wird es keinen Missbrauch mehr geben von der Sozialpolitik für die eigene Inszenierung. Ganz besonders stolz bin ich in diesem Zusammenhang auf die Abschaffung des Regresses. Das war wohl etwas, was ein Schlag ins Gesicht der Angehörigen von zu pflegenden Personen war.

Zum nächsten Kapitel. Dieses nächste Kapitel ist etwas vollkommen Neues: „Nachhaltigkeit, Energie und Umwelt.“ Wir haben die Vorhaben der nächsten fünf Jahre sehr ausführlich beschrieben. Die deutlichste grüne Handschrift ist in diesem Kapitel drinnen. Ich bin besonders stolz, dass es uns gelungen ist, hier so etwas wie eine Energiewende hinein zu formulieren. Es wird eine Energieoffensive geben. Es wird aber auch im Bereich Umwelt und Naturschutz vielerlei Maßnahmen geben, die es bis jetzt noch nicht gegeben hat. Das Programm oder dieses Kapitel „Nachhaltigkeit, Energie und Umwelt“ umfasst fünfeinhalb Seiten. Der Kollege Michael Johann wird dann später noch näher darauf eingehen. Fünfeinhalb Seiten – nur zum Vergleich – altes Regierungsprogramm. Das habe ich mir genauer angeschaut. Da hat die Energieförderung ganze drei Sätze. Ganze drei Sätze werden im alten Regierungsprogramm der Energieförderung gewidmet. Und Naturschutz, auch ganze drei Sätze. Ganze drei Sätze über Naturschutz sind im alten Regierungsprogramm drinnen, wo man ja eigentlich erwarten hätte können von einer Heimatpartei, weil es heißt ja immer, wir lieben unsere Heimat Kärnten, wenn man die Heimat liebt, dann muss man auch die natürlichen Ressourcen, die natürliche Umgebung schützen und pflegen! Weil das ist ja auch Heimatliebe. Für uns ist Heimatliebe das, dass wir schauen, dass das Wasser bei uns bleibt, dass wir unsere Ressourcen bewahren, schützen, aber auch für erneuerbare Energien nutzen. Da haben wir ein ganz, ganz ambitioniertes Programm. Und nicht gleich irgendwo drei Sätze hinschreiben, das ist schon irgendwo ein bisschen armelig.

Zu guter Letzt, was mich auch sehr freut, und das hat mehr eine schwarze Handschrift, weniger eine grüne, ein bisschen schon auch eine grüne,

Dr. Lesjak

das ist das Kulturkapitel. Auch hier werden neue Wege beschritten. (*Den Vorsitz übernimmt 2. Präs. Schober.*) Es gibt einen einheitlichen Kulturbegriff und jetzt endlich auch einen zuständigen Landesrat, der die Kompetenz und auch die Weltoffenheit und auch das Gespür und das Verständnis für Künstlerinnen und Künstler hat, um hier etwas weiter zu bringen. (*Beifall von Abg. Mag. Malle.*)

Ich bin damit schon weitgehend am Ende meiner Rede angelangt. Abschließend ist festzuhalten: Dieses Regierungsprogramm ist wirklich engagiert und richtungsweisend. Kärnten wird aus der Schlusslichtposition in vielen Bereichen herausgeführt werden. Viele Chancen, aber auch viele Risiken werden uns auf diesem Weg begleiten, aber – und davon bin ich überzeugt – gemeinsam schaffen wir das! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich vom Team Stronach der Klubobmann Abgeordneter Dr. Harmut Prasch. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Hohes Haus! Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! VertreterInnen der Medien! Nur vorweg, weil es mich persönlich interessiert: Wie fühlt sich die ÖVP nach den grünen Attacken auf die vorherige Koalition? (*Abg. Dr. Lesjak: Welche denn?*) Die sind jetzt gerade alle nicht da. (*Dies wird humorvoll vorgetragen.*) Aber jetzt zur Sache! Der neu gewählte Herr Landeshauptmann hat in seiner Antrittsrede dazu eingeladen, ich zitiere: „... einen gemeinsamen Aufholprozess zu starten und auf Augenhöhe zusammen zu arbeiten.“ Leider haben wir vom Team Stronach für Kärnten bisher keine Einladung erhalten. Sie wird vielleicht wohl am Postwege verloren gegangen sein. Das macht aber nichts, wir werden uns trotzdem zu Wort melden, sowohl unsere Ideen als auch unser Experten-Know-How einbringen, aber genauso mit notwendiger Kritik nicht hinter dem Berg halten. Von Augenhöhe, neuer Gesprächsbasis und neuer Gemeinsamkeit

war ebenfalls nicht viel zu bemerken. Vielmehr gibt es das viel zitierte Traumbündnis der Dreier-Koalition und die anderen, die halt das bekommen, was so übrig bleibt. Ja, meine Damen und Herren, Macht ist nun einmal verführerisch. Aber auch das sehen wir positiv, ist es doch de facto schon der erste Schritt in Richtung Abschaffung des Proporz, den auch wir forcieren werden. Durch die vielen notwendigen Gesetzesänderungen wird das sowieso ein Megaprojekt dieser Legislaturperiode sein. Das Team Stronach wird in den nächsten fünf Jahren wohl die einzige Kontrolle im Kärntner Landtag sein. (*3. Präs. Lobnig: Nein!*) Wir werden diese Aufgabe auch sehr ernst nehmen. Denn leider sind FPK, BZÖ – wie man täglich sieht – derzeit wohl ziemlich mit sich selbst beschäftigt. Im Programm der Koalition finden sich natürlich positive Ansätze, von denen wir jetzt schon sehr viel gehört haben. Viele davon wurden – könnte man böswillig meinen – auch aus unserem, von 40 Experten erstellten Wahlprogramm entnommen, was uns sehr ehren würde. Aber zuallererst: Was ist aus der versprochenen Sparsamkeit und Bescheidenheit geworden, die Kärnten wieder auf eine gesunde finanzielle Basis bringen sollten? Das Wort „Sparsamkeit“ findet sich lediglich in der Einleitung des Herrn Landeshauptmanns. Einmal marginal und einmal im Regierungsprogramm an sehr bemerkenswerter Stelle. Zitat: „Als Zeichen für das ausdrückliche Bekenntnis zur Sparsamkeit wird für die im Kärntner Landtag vertretenen Parteien eine fünfprozentige Kürzung der Parteienförderung umgesetzt.“ Das, meine ich, ist wohl der Gag des Jahres! Erinnern wir uns doch, dass alle, damals 2009 im Landtag vertretenen Parteien, Orange, Blau, Rot, Schwarz, Grün, in trauriger Einhelligkeit die Parteienförderung fast verdoppelt haben. Ansonsten findet sich in allen Themenbereichen des Regierungsprogrammes gefühlte 100 Mal das Wort „Förderung“. Das zweithäufigste Wort ist „evaluieren“, um festzustellen, ob überhaupt etwas zu ändern ist, frei nach dem Motto „Schau ma amål, dann sehg ma eh.“

Erhöhung von Forschungsbudgets, des Bildungsbudgets, der Förderung von Pelletsheizungen, der Öffis, Investitionsoffensive in der Wirtschaft, Lebensraum- und Jungfamilienförderungsmodelle für potentielle Kärnten-Heimkehrer, Gesundheitsfonds, Mietensenkung – wer soll das bezahlen, meine Damen und Her-

Dr. Prasch

ren? Die im Programm geforderten Maßnahmen würden ca. 200 Millionen Euro kosten, wo doch Kärnten ohnehin knapp am finanziellen Abgrund steht. Im gesamten Programm finden sich keinerlei konkrete Sparvorschläge, genau das würde es aber politisch brauchen. Deshalb – auch von düsteren Vorahnungen geleitet – an dieser Stelle noch einmal: Finger weg vom Zukunftsfonds! Wir wissen, dass die ÖVP bei diesem Thema durchaus anfällig ist und die FPÖ dies ohnedies proklamiert. Wir fordern zudem mehr Ambitionen und klare Ansagen für Kärnten, sofortigen Schuldenstopp und ein ausgeglichenes Budget nicht erst 2015. Alle Ergebnisse des Kassasturzes sind öffentlich zu machen, ebenso wie wir umfassende Transparenz in der Arbeit des Landtages, der Ausschüsse, der Regierung und aller landeseigenen Gesellschaften ab sofort einfordern sowie die Feststellung massiver Einsparungspotentiale in allen genannten Bereichen. Die Bürger haben ein Recht darauf, zu wissen, wie es um die Situation in Kärnten bestellt ist. Viel wird noch zu sagen sein zu den inhaltlichen Bereichen, aber an anderen Stellen in diesen Landtagssitzungen. Vom dringendst zu reparierenden Tourismusgesetz, das nicht erst evaluiert werden soll, sondern grundsätzlich neu aufzusetzen ist, über die alten Hüte im Kulturprogramm bis zur Gesundheitscharta und dem Bekenntnis zu Infrastruktur und Straßenbau, dessen Budget für 2013 bereits jetzt leergeräumt ist. Aber gerade beim Straßenbau sind wir natürlich guter Hoffnung. Immerhin hat gerade – und das haben wir ja heute schon gehört – die SPÖ 2011 mit der Schlaglochpatenschaft auf den desolaten Zustand der Landesstraßen plakativ hingewiesen. Jetzt besteht die Möglichkeit, zu handeln und das dafür nötige Budget auch bereitzustellen. Wir werden uns aber an allen Themen mit Akribie beteiligen und uns ihnen widmen. Wir werden unsere Vorschläge einbringen und wie versprochen, jede gute Idee, die nachhaltig und finanzierbar ist, unterstützen. Wir sind aber nicht die Fahrdienstleiter am Abstellgleis, die jeden Koalitionszug ungeprüft durchrauschen lassen. Meine Damen und Herren, die Zeit der gemütlichen Theaterbesuche ist vorbei, jetzt heißt es anpacken. In aktuellen Krisenzeiten kann und darf es keine Schonfristen geben. Die Frage ist nicht, was will diese Koalition erreichen, sondern, wie will sie es erreichen? Wie wirkt man den zahlreichen Firmenpleiten entgegen? Welche Maßnahmen werden am Arbeitsmarkt ge-

setzt? Wie werden der Wirtschaftsstandort und die Förderstruktur verbessert? Wie will Herr Landesrat Holub 10.000 Green Jobs in dieser Legislaturperiode schaffen? Das sind 2.000 pro Jahr oder fast 6 pro Tag angesichts der wirtschaftlichen Probleme genau in dieser Branche. Und vor allem, wie will man den Spagat zwischen Sparen und Investieren vollbringen? In der Beantwortung und Lösung dieser Fragen wird sich die Qualität dieser neuen Traumkoalition zeigen und daran wird sie gemessen werden. Wir werden unsere Beiträge leisten, ob sie gewünscht sind oder nicht. Wir werden aber auch mit Argusaugen darauf schauen, was aus vollmundigen Versprechen geworden ist, ganz im Sinne eines Aufsichtsrats, der ausschließlich den Kärntnerinnen und Kärntnern verpflichtet ist.

Und jetzt kommt noch ein Zitat zum Schluss: „Mit heutigem Tag – gemeint war der Tag der Bekanntgabe der neuen Koalition – ist die Politik der Verlogenheit und des Populismus beendet“, hat ein Regierungsmitglied der neuen Koalition in der „Kleinen Zeitung“ verkündet. Wir werden diesen Satz in den nächsten fünf Jahren mit Sicherheit nicht vergessen! *(Beifall von der Team Stronach-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Trodt-Limpl vom BZÖ. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Werter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Gäste auf der Tribüne! Zum vorliegenden Regierungsprogramm, welches sich über die Präambel „Gemeinsam für Kärnten“, die Verfassung, Finanzen, Bildung, Gesundheit, Soziales, Nachhaltigkeit, Energie und Umwelt, Wohnbau, Gemeinden, Arbeit und Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft sowie Kunst und Kultur spannt, möchte ich besonders auf den Bereich Bildung eingehen. Positiv finde ich, dass beim flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung das Einvernehmen mit den Gemeinden gesucht wird. Oft werden im Nationalrat oder im Landtag Dinge beschlossen, welche für die Kommunen eine unüberbrückbare finanzielle Last bedeuten. Die Vernetzung von

Mag. Trodt-Limpl

bestehenden Einrichtungen ist zu begrüßen, Synergien sind zu bilden und Parallelstrukturen auszuschalten. Die Bereitschaft, gemeinsam mit dem Bund an einer Verwaltungsreform zu arbeiten, ist notwendig. Es kann wirklich nicht sein, dass es in Österreich so viele Varianten und Verwaltungsebenen gibt. Ich habe einmal versucht, einem Außenstehenden die Schulstrukturen und Verwaltungsebenen zu erklären und er ist dann irgendwann einmal sehr bald ausgestiegen und ich selber habe eigentlich sehr lange gebraucht, bis ich die einzelnen Zuständigkeiten wirklich zuordnen konnte. Endlich ist auch von der Förderung von hochtalentierten Schülerinnen und Schülern die Rede. Ich habe gedacht, die gibt es in Kärnten gar nicht mehr. Wir brauchen innovative Maßnahmen, wir müssen unsere hochbegabten Schüler fördern und fordern. Die landwirtschaftlichen Fachschulen bilden eine solide und praxisnahe Ausbildung, sie sind genauso einzubeziehen wie alle anderen Bildungseinrichtungen und sie werden längst nicht mehr nur von Kindern aus Bauernbetrieben besucht, da sie ein breites Spektrum an Ausbildungsmöglichkeiten bieten.

Bei der Nachricht, dass die Gutenbergschule nicht geschlossen wird, ist mir persönlich ein Stein vom Herzen gefallen. Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen haben das Wahlrecht, wo sie ihre Kinder beschulen lassen. Auch haben diese Eltern ein Recht auf Entlastung. Sie wissen, dass ihre Kinder bestens betreut und gefördert werden und können unbelastet einer Erwerbstätigkeit nachgehen. So sind es meist auch die Mütter, die sonst zu Hause bleiben müssen, die die Kinder betreuen. Ihnen fehlen wichtige Pensionszeiten und sie sind dann irgendwie isoliert mit diesen Kindern und sie können jetzt, wenn sie ihre Kinder wirklich unbesorgt in beste Betreuung geben, dann doch einen Teil ihres eigenen Lebens leben. Die Pädagogik vom Kinde aus muss gefördert werden, denn wir haben oft vergessen, was das Kind braucht, was jedes einzelne Kind braucht. Es haben sehr viele Vereine usw. erkannt, dass das Schulwesen sehr lukrativ sein kann und es werden Eltern, die unsicher sind, die oft verzweifelt sind, dann irgendwie zur Kasse gebeten von irgendwelchen Institutionen, die ihre Daseinsberechtigung gar nicht haben. Das muss man bitte genau hinterfragen und auch genau nachsehen. Im Bereich der Inklusion wartet noch eine Menge Arbeit auf

uns, damit dann am Ende des Tages das drin ist, was drauf steht. Inklusion bezieht sich auf alle Menschen, alle Lebensabschnitte, vom Baby bis zum Großpapa, Menschen aller Hautfarben, aller Nationen und vieler Sprachen. Hier vermisse ich die Auseinandersetzung mit dem Spracherwerb an Schulen und die Bedeutung der Förderung der Erstsprache. Wir haben in Kärnten eine Menge von Sprachen und diese Sprachen soll man als Schatz nützen, als Schatz, als Potential für die Wirtschaft. Ich warte noch immer auf Lehrer mit Migrationshintergrund. Die würden wir dringend brauchen, denn auch der Leistungswille aller muss belohnt werden. Es ist trotz all der verschiedenen Angebote an Bildungseinrichtungen erstaunlich, dass es immer wieder Menschen schaffen, ohne die Grundkenntnisse Lesen und Schreiben durch die gesamte Schullaufbahn zu kommen. Und ohne Qualifikation am Arbeitsmarkt haben diese Menschen dann keine Chance.

In den Sonderschulen wird bestens gearbeitet. Hier haben die Schüler die Möglichkeit, in Kleingruppen das nachzuholen. Sie haben die Möglichkeit, eine Bezugsperson zu haben. Diese Schüler schaffen sehr oft den Abschluss, sie werden in der Wirtschaft gerne genommen. Vielleicht ist die Überlegung, dass wir sie in Förderschulen umbenennen. Die Trendumkehr muss her, es muss der Anreiz da sein, etwas zu tun, und es darf nicht mit der Gießkanne drüber geschüttet werden. Werte müssen und sollen vermittelt werden. Wir alle müssen etwas dazu tun, dass unsere Kinder bestmöglich für das Leben vorbereitet werden. Die Investition in die Grundausbildung ist die beste aller Investitionen. Ich vergleiche das immer mit dem Bau eines Hauses: Wenn das Fundament sitzt, kann man alles darauf aufbauen.

Die Lehrlinge – der Stellenwert des Handwerkers muss gehoben werden. Und das kann nicht nur jeder sagen, der ein Haus baut oder umbaut, wie wichtig gute Handwerker sind. Wir brauchen diese Handwerker und die Berufsschulen, die Art der Berufsschulen und auch die Art der Lehre mit Matura ist bezeichnend für Europa. Das haben wir hier in Österreich und es gibt sehr viele Länder, die uns darum beneiden. Wir alle wissen genau, dass Bildungspolitik ein Thema ist. Es ist ein Thema der letzten Jahre und wird auch ein Thema der nächsten Jahre sein. Dass ihre Kinder, meine Damen und Herren, die Bil-

Mag. Trodt-Limpl

dung bekommen, die sie verdienen, die sie fürs Leben vorbereitet, das sind die Visionen des BZÖ.

Das gesamte Regierungsprogramm, welches aus der Feder der Koalitionsparteien kommt, enthält auch sehr viele Elemente aus dem Wahlprogramm des BZÖ. Deshalb bekunden auch wir den Willen zur Zusammenarbeit, werden aber als Oppositionspartei, welche sich rechts der Mitte positioniert, genau darauf achten, dass die Ausführungen den Bedürfnissen der Kärntnerinnen und Kärntner gerecht wird. *(Beifall von Abg. Korak, von der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke der Frau Abgeordneten Trodt-Limpl! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Andreas Scherwitzl.

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Hoher Landtag! Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause vor den Bildschirmen! Der 3. März 2013 war ein herausragender Tag in der Geschichte Kärntens. Der „Kärntner Frühling“, wenn Sie mir diese Metapher erlauben, wird in den Geschichtsbüchern seinen Niederschlag finden. Der 3. März 2013 wird als Tag der Selbstbefreiung eines Landes aus der Geiselhaft einiger weniger machtbesessener Parteifunktionäre in die Geschichte unseres Landes eingehen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* Ich möchte den Kärntnerinnen und Kärntnern gratulieren! Sie haben ein beeindruckendes Zeugnis demokratischer Reife abgelegt, das in ganz Österreich seinesgleichen sucht. Kärnten hat in seiner Geschichte schon oft eine Sonderrolle eingenommen. 1920 – Kärntner Volksabstimmung, ein demokratischer Akt, der die Freiheit des Landes sichergestellt hat. 1945 – noch ehe alliierte Truppen die Landesgrenze überschritten hatten, haben die bis dahin verbotenen Parteien hier in diesem Haus die nationalsozialistischen Schergen zum Rücktritt gezwungen.

2013: Das Kärntner Volk hat ein Machtwort gesprochen und die bisher herrschende Partei hat

über 100.000 Stimmen und fast zwei Drittel ihrer Landtagsmandate verloren. Ein ganzes Land atmet auf. Das erste Mal in der Geschichte eines österreichischen Bundeslandes, sieht man von den unmittelbaren Nachkriegsjahren ab, haben sich drei Parteien zu einer Koalitionsregierung gefunden, nicht um zu herrschen, sondern um die Zukunft des Landes zu sichern. Drei Parteien, das wurde heute schon erwähnt, die unterschiedliche Ideologien haben und dennoch gemeinsam agieren, weil es nicht um die Partei, sondern um das Land und um das Wohl seiner Menschen geht. Es werden nicht Milch und Honig fließen, das erwarten sich die Menschen in Kärnten auch gar nicht, aber es werden Anstand, Ehrlichkeit und Transparenz in allen Bereichen Einzug halten. Wenn ich davon gesprochen habe, dass Kärnten in der Geschichte oft eine Sonderrolle hatte, dann kommt dieser Regierungskoalition auch eine Sonderrolle zu. Zentraler Bestandteil des Regierungsprogramms ist der Umbau des politischen Systems. Das wird die letzte Legislaturperiode der Proporz- oder Konzentrationsregierung sein. Nicht alles an einer Konzentrationsregierung ist schlecht. Die Konzentrationsregierung ist durchaus eine Regierungsform für Krisenzeiten, daher haben sich auch jetzt drei Parteien zu einer Koalitionsregierung gefunden. Sie war das passende Modell in den Nachkriegsjahren, weil die Demokratie noch nicht so gefestigt war. Viel Zeit hatten ja die Österreicher und Österreicherinnen in der Ersten Republik nicht, Demokratie zu lernen und zu leben. Doch heute zweifelt kein Mensch mehr an der parlamentarischen Demokratie. Im Gegenteil, gerade die Fessel Konzentrationsregierung, das Aneinander-gekettet-sein, lässt manche Menschen eine Parteienverdrossenheit entwickeln. Es wird unsere Aufgabe sein, nicht zuzulassen, dass es zu einer Demokratieverdrossenheit kommen kann, daher muss auch das politische System ständigen Reformen Platz lassen. Politik wird für die Menschen leichter verstehbar und nachvollziehbar, wenn die politischen Rollen zwischen Regierung und Opposition erkennbar werden. Jede Regierungsform, ob Proporzregierung oder Majoritätsregierung hat Vor- und Nachteile. Die größte Sorge, dass in Krisenzeiten bei einem Mehrheitssystem eine starke Opposition ausgegrenzt werden könnte, ist nicht gegeben. Denn auch das Mehrheitssystem lässt es zu, dass mehrere Parteien, selbst wenn es für die Regierungsbildung oder Regierbarkeit nicht

Scherwitzl

zwingend notwendig ist, in die Regierung aufgenommen werden können. Wie bei jeder Gesetzesdebatte ist auch bei einer Verfassungsdebatte sehr viel an Detailarbeit notwendig. Wir werden diese Aufgabe mit dem notwendigen Ernst, der notwendigen Akribie aber auch zielorientiert in Angriff nehmen. Alle im Landtag vertretenen Parteien sind eingeladen, sich hier einzubringen, genauso wie die Bürgerinnen und Bürger des Landes Kärnten. Es wird an uns liegen, die Rechte des Landtages sicherzustellen. Wenn man ehrlich ist, muss man eingestehen, dass unsere derzeitige Verfassung sehr regierungslastig ist, ich würde sagen, nicht die idealtypische Umsetzung der Gewaltenteilung. In Zukunft muss dem Landtag eine stärkere Rolle zukommen. Die Kontrollrechte der Opposition und der parlamentarischen Minderheiten müssen gestärkt werden. Die Rechte des Rechnungshofes sind zu wahren und geänderten Bedingungen ständig anzupassen. Der Rechnungshof ist der stärkste Verbündete des Parlamentarismus. Es ist ein richtiger Schritt, die Anwaltschaften beim Landtag anzusiedeln.

Der zweite Aspekt, dem ich mich noch widmen möchte, ist die Bildungspolitik. Zum einen begrüße ich es, dass der Landeshauptmann Bildung zur Chefsache gemacht hat. Ich möchte nicht die einzelnen Punkte des Regierungsprogramms wiederholen. Ich bekenne mich dazu und halte sie für richtig und vernünftig. Wenn es für ein Land ein Zukunftsthema schlechthin gibt, dann ist es die Bildung. Was können wir jungen Menschen auf ihrem Lebensweg mitgeben, wenn nicht eine umfassende Bildung und Ausbildung? Mit der Bildung werden die Lebenschancen verteilt. Bildung ist umfassend zu sehen: Von der Kleinkindbetreuung über den Kindergarten, die Volksschulen, die Neuen Mittelschulen, die Gymnasien, die Lehrlingsausbildung, die berufsbildenden Schulen bis hin zu den Fachhochschulen und Universitäten. Unser Ziel muss es sein, ein Bildungssystem zu schaffen, das kritische, selbstbewusste und fordernde junge Menschen hervorbringt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)* Wir dürfen die Verantwortung für die Bildung nicht allein den Lehrern überlassen. Es ist auch unser Job als Politiker – und das möchte ich ausdrücklich betonen – auch Aufgabe von uns Eltern, sich a) um die Erziehung und b) um das Bildungsförderung des

Nachwuchses zu kümmern. Dort, wo Eltern und auch Schule oder Bildungsinstitution mit dieser Aufgabe überfordert sind, gilt es anzusetzen. Wir kennen die Probleme im Bildungssystem, etwa Vererbung des Bildungsniveaus oder mangelnde Sprachkompetenz, Nichtbeherrschen der Grundrechnungsarten oder typische Krisen des Jugendlichenalters und Vieles mehr. Dort gilt es, anzusetzen, ohne Standesdünkel und mit dem klaren Ziel, keine Kärntner Jugendliche, kein Kärntner Jugendlicher ohne Schulabschluss, keine Kärntner Jugendliche, kein Kärntner Jugendlicher ohne Ausbildung! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Abschließend noch ein paar Sätze zur Med-Uni. Grundsätzlich ist es natürlich zu begrüßen, wenn zusätzliche universitäre Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Aber man muss a) es sich leisten können und b) es sollte eine qualitative Verbesserung darstellen. Beides trifft im Fall der privaten Med-Uni nicht zu. Weder wäre sie ein großer Meilenstein, noch nicht einmal weiß Gott wie zukunftsweisend. Eine Privat-Uni, deren Studiengebühren dem durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen eines unselbstständig erwerbstätigen Kärntners, einer unselbstständig erwerbstätigen Kärntnerin entspricht, ist kein sehr verlockendes Angebot, um die Bildungslandschaft zu erweitern. Ich lasse jede parteipolitische Polemik weg, aber dass gerade ein Lavantaler Kollege, der nach Graz fast gleich weit fährt wie nach Klagenfurt, die Med-Uni Graz als keine optimale Ausbildung für die Jugendlichen hält, erachte ich angesichts des Umstandes, dass wahrscheinlich weit mehr als die Hälfte der Kärntner Ärztinnen und Ärzte ihre Ausbildung an der Uni Graz erhalten haben, für – gelinde gesagt – erstaunlich. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)* Wenn wir über Ärzteausbildung reden, müssen wir über die Qualität der Turnusärzteausbildung in den Krankenhäusern reden. Die Ressourcen, die dafür notwendig sind, sind zur Verfügung zu stellen, anstatt sie in eine private Med-Uni zu stecken. Damit wäre gewährleistet, dass auch in Zukunft attraktive Arztarbeitsplätze in Kärnten erhalten bleiben.

Zum Schluss kommend noch ein klares Wort an all jene, die Kärnten immer isoliert oder als Freistaat sehen möchten, an die Freistaat-Nostalgiker, wenn ich diese Formulierung ver-

Scherwitzl

wenden darf: Willkommen im Heute! Die Zukunft liegt in der Kooperation, ob regional, ob auf europäischer Ebene oder zwischen zwei österreichischen Bundesländern. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident Lobnig. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Hohes Haus! Zunächst einmal erlauben Sie mir, wenn ich nun als einer der vierten Legislaturperiode angehöriger Abgeordneter den neuen Abgeordneten in diesem Hause alles Gute wünsche, vor allem viel Erfolg bei ihrer Arbeit zum Wohle des Landes, zum Wohle der Kärntnerinnen und Kärntner!

Geschätzte Damen und Herren! Wenn ich sehr aufmerksam den Ausführungen meiner Vorredner gefolgt bin, dann muss ich hier schon eines feststellen, dass ich meine, dass es bereits jetzt schon in der so genannten Dreierkoalition der von mir titulierten linken Einheitspartei sehr große Uneinigkeit gibt. *(Abg. Ing. Hueter: Wo denn?)* Zum Einen, wenn ich höre, dass der Herr Klubobmann Ferdinand Hueter in seiner Rede meint, na ja, ich sage schon, dass es kein ambitioniertes Regierungsprogramm ist, zum Zweiten die Klubobfrau Dr. Lesjak sagt, das ist ein zukunftsweisendes und ein sehr ambitioniertes Programm. Hier dürfte es schon einmal ganz klare Uneinigkeit in der Arbeit der neuen Regierungspartei oder Koalition geben. Wenn auch der Klubobmann Dr. Prasch meint, er würde zunächst einmal sofort hergehen und sagen, keine neuen Schulden, Nulldefizit hier in Kärnten, dann muss ich vielleicht eines in Erinnerung rufen – und da dürfte er diese Erfahrung oder diese Informationen nicht haben – dass wir bereits seit vielen Jahren in Kärnten ein Budgetvolumen von rund 2,2 Milliarden Euro behandeln, in der Budgethoheit hier in diesem Hause beschließen, und dass davon rund 87 Prozent fi-

xierte Verpflichtungen und Ausgaben drinnen sind und 13 Prozent Ermessensspielraum oder Ermessensausgaben. Das heißt, das sind Manövriermassen, wo man sagen kann, da kann ich was wegnehmen oder etwas dazu geben. Alles andere sind Verpflichtungen, das ist das Eine. Zum Zweiten, dass in den letzten Jahren auch Kärnten nicht ungeschoren von den Einsparungen und vor allem von den Ertragsausfällen des Budgets des Bundes betroffen war. Die Finanzkrise hat auch Kärnten mit gestreift. Und so sind auch hier über 150, teilweise bis zu 200 Millionen weniger an Ertragsanteilen des Bundes an den bundesgemeinschaftlichen Abgaben hierher gekommen. Damit war auch das Budget des Landes Kärnten massiv davon betroffen.

Nun aber, geschätzte Damen und Herren, erlaube ich mir als Budgetsprecher hier auf die Ausführungen „Finanzen“ in der so genannten Regierungserklärung oder -ausführung des Programms des Landeshauptmannes einzugehen. Wenn hier, Herr Landeshauptmann, von einer intransparenten Führung des Finanzressorts gesprochen wird, dann meine ich, dass das meines Wissens und meiner Ansicht nach ein Schlag ins Gesicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzabteilung ist, die in den letzten Jahren immer sehr verantwortungsvoll und gewissenhaft die Verarbeitung aller Gebarungsvorgänge aller Referate sowohl die des Landeshauptmannes bis hin aller anderen Regierungsreferate vollzogen haben und damit auch ihrer Aufgabe als Verwaltungsbeamte oder als Vertragsbedienstete nachgekommen sind. Das ist das Eine. Zum Zweiten ist aber für mich diese Aussage auch ein Schlag ins Gesicht eines Abteilungsvorstandes der Finanzabteilung, Dr. Felsner, weil, wie ich meine, er auch unverdächtig ist, vielleicht den Freiheitlichen angehören zu wollen. Nein, er ist für mich ein Fachbeamter, der meines Wissens nach keinen Vergleich bringt, einen für den Leiter der Finanzabteilung anderer Bundesländer in Österreich, der so gewissenhaft und verantwortungsvoll die Budgets, die Vorbereitungen dafür aber auch dann die Rechnungsabschlüsse erstellt und die auch Aussagekraft über viele Zahlen, Daten und Fakten geben. Ich meine, dass die gesamte Vollziehung der Verwaltung und vor allem der Budgetvollzug nicht nur auf den von meinem Klubobmann bereits erwähnten rechtlichen Rahmenbedingungen beruht, sondern darüber hinaus auch über die Zustimmungen und Ermächtigun-

Lobnig

gen hier in diesem Hohen Hause, die von den Abgeordneten den Regierungsmitgliedern mit auf den Weg gegeben werden und daher auch diese rechtens sind und daher hier nicht von einer intransparenten Führung gesprochen werden kann.

Geschätzte Damen und Herren. Somit kann ich feststellen, dass auch alle Geschäftsvorgänge in den Unterlagen, in der Kameralistik – ich sage es global, in den Buchhaltungsunterlagen – aufscheinen. Ich frage mich daher schon, warum hier so lange herumdiskutiert wird über den so genannten Kassasturz, geschätzte Damen und Herren! Wochenlang redet man über einen Kassasturz im Wissen, dass über die Finanzabteilung nahezu auf Knopfdruck festgestellt werden kann, wie die Finanzschulden des Landes aussehen, die budgetären Schulden, die budgetäre Entwicklung des Landes, aber auch die der ausgegliederten Rechtsträger, weil nämlich die auch ebenfalls in all ihren Facetten im Anhang hier in den Budgets oder im Rechnungsabschluss erfasst sind und daher meines Wissens nach auch das keine großen Probleme geben kann. Wenn Sie darüber hinaus sagen, Sie werden diesem so genannten „Blitz-Kassasturz“ Fachbeamte beziehen wie den Landesrechnungshof oder Fachbeamte aus dem Bundesministerium, dann möchte ich schon auch festhalten, dass gerade der Landesrechnungshof jährlich den Rechnungsabschluss prüft, kontrolliert, einen Kontrollbericht abgibt, der im Kontrollausschuss behandelt wird. Meinen Sie denn wirklich, dass Sie hier auch Zahlen haben, die der Rechnungshof übersieht oder dass Sie hier die Arbeit des Rechnungshofes in Frage stellen? Ich meine, ich verwehre mich namens der freiheitlichen Fraktion gegen solche Mutmaßungen, die eben in diesen Aussagen drinnen sind.

Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! Wenn Sie auch von der Einhaltung des Nulldefizits sprechen, dann ist das meines Erachtens nichts anderes als die Fortschreibung der freiheitlichen Finanzpolitik. Wir haben in der letzten Legislaturperiode mit der ÖVP, mit der SPÖ, ein Budgetkonsolidierungsgesetz festgeschrieben, wo wir auch fixiert haben, dass im Jahre 2015 ein Nulldefizit angepeilt wird. Das haben wir bereits im Gesetz drinnen und daher ist für mich schon eines fraglich: Wo sind denn die neuen Zielsetzungen in der Regierungserklärung, in der Ausrichtung der neuen Budgets, die jetzt auch von

der neuen Regierung beschlossen werden, geschätzte Damen und Herren? Wenn ich das Budget 2013 hernehme, dann haben wir bereits im Herbst des vergangenen Jahres ein Budget 2013 vorgelegt. Der Finanzreferent hat es vorgelegt. Es hat an der Zustimmung der Parteien hier in diesem Hause gefehlt. Und so wird es auch ganz sicher meine und unsere Aufgabe sein, ganz genau darauf zu achten, ob das Budget, das vorgelegt wurde, jetzt fortgeschrieben wird oder ob tatsächlich Zielsetzungen erkennbar sind, die eine andere Handschrift tragen, geschätzte Damen und Herren. Da bin ich wirklich gespannt und ich warte sehr gespannt darauf, bis diese Unterlagen dann hier im Hohen Hause vorliegen werden, damit wir dann darüber diskutieren können.

Und vorab, meine Damen und Herren, wenn schon von der Proporzregierung gesprochen wurde, sage ich ganz klar, diese Handlungsweisen, die derzeit über die Regierungsparteien gekommen sind, sind schon die Vorwegnahme der Beschlussfassung, die die Verfassung vorsieht, denn wenn Sie die Ausstattung der Regierungsparteien und der Regierungsreferenten sehen, dann kann ich nur eines sagen, dass sich jetzt schon die Konzentrationsregierung durchgesetzt hat ohne gesetzliche Fundamente. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Dr. Lesjak meldet sich zur tatsächlichen Berichtigung.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Klubobfrau, einen Moment, ich muss schauen, dass ich Ihr Mikrofon in Gang setze. Ist in Betrieb, bitte zur Geschäftsordnung!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Herr Präsident! Zur tatsächlichen Berichtigung begehre ich folgende Richtigstellung: Der vorige Redner, Dritter Landtagspräsident Lobnig, hat behauptet, es sei jetzt schon eine Uneinigkeit in der Dreierkoalition festzustellen und hat dann eine Aussage des Klubobmanns Hueter und von mir zitiert. Ich möchte hier richtigstellen, dass es so ist, dass es keine Uneinigkeit gibt. Ganz im Gegenteil, es gibt Einigkeit. Wir stehen so eng zusammen, dass kein Blatt Papier zwischen uns passt und solche Manöver uns nicht stören wer-

Dr. Lesjak

den. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir setzen die aktuelle Debatte fort. Als Nächster zu Wort gemeldet ist vom Klub der ÖVP-Abgeordneten Damen und Herren der Abgeordnete Herbert Gaggl. Bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Frau Landeshauptmann-Stellvertreter! (*Abg. Dr. Lesjak: -rin!*) – rin! Danke schön! (*Der Redner lachend:*) Ich war ja noch nicht fertig! (*Abg. Dr. Lesjak: Doch!*) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Liebe Damen und Herren! Die Regierungserklärung, die uns der Landeshauptmann in der konstituierenden Sitzung vorgelegt hat, ist das erste Mal von drei Parteien geschrieben worden hier in Kärnten. Und wie ich meine, sehr gut geschrieben worden und wie auch unser Klubobmann Ferdi Hueter zwei Mal heute schon erwähnt hat, nämlich dass diese Regierungserklärung eine zukunftsweisende und eine sehr gute Regierungserklärung bzw. Regierungspapier ist.

Wenn wir diese Erklärung anschauen, so könnte man sie in zwei Teile zerteilen. Der erste Teil ist die Diagnose über den Zustand. Und eine optische oder eine sichtbare, schnelle Zustandsanalyse ist, dass wir hier leider größte Abwanderung haben in Kärnten, die zweithöchste Arbeitslosenrate, geringste Kaufkraft, höchste Pro-Kopf-Verschuldung, eine mangelhafte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das sind nur ein paar der sofort sichtbaren Diagnosen. Und der zweite Teil sind sozusagen die Rezepte und die Medikamente, die man dafür verwendet, um die Probleme zu behandeln. Ein gesundes Land braucht ein gesundes, starkes Herz und das Herz sind die Finanzen. Das war für die ÖVP ein ganz wesentlicher Punkt, dass es eine Erhebung gibt, wie ist der Zustand des Landes, wie ist der Zustand des Herzens Kärntens. Der Kassasturz ist notwendig, um dies festzustellen. Das ist eine Grundbedingung, die gerade erfüllt wird. Die Rechnungsab-

schlüsse 2011 und 2012 sind die Basis für ein Budget 2013 und darüber hinaus natürlich auch für die weiteren Budgets und die Forderung eines Nulldefizits im Jahr 2015 und gleichzeitig auch, die Schulden abzubauen. Nur wenn man weiß, wo man steht, weiß man auch, wo man hingehen kann. Die ÖVP-Forderung „Zukunftsfonds – tabu“ ist erfüllt. Das war uns ein besonderes Anliegen. Auch die Sozialpartner, alle Sozialpartner, sind hier mit eingebunden und haben dieselbe Meinung, nämlich nur die Zinsen zu verwenden und das nur für nachhaltige Investitionen. Was ist nachhaltig? Forschung, Innovation, Bildung, Energie.

Und wenn ich schon auf Bildung zu sprechen komme, dann wird es notwendig sein, gerade im Bildungsbereich – und das ist für uns besonders wichtig – auch Geld in die Hand zu nehmen, um den Bildungsstandard anzuheben. Und dass sich in Kärnten jeder bedienen kann, egal wann, wie und warum, nämlich an einer qualitativ hochwertigen Bildung, Geld in die Hand zu nehmen, dass die Bildung für unsere Jugend, für unsere Kinder, aber auch für die Pädagoginnen und Pädagogen, für die Facharbeiter wesentlich verbessert wird, dass wir Strukturen im Bildungsbereich abbauen und nicht dort Geld verschwenden und nicht 50 Cent von 1,-- Euro nur in diese Verwaltung und in Strukturen stecken, sondern das Geld muss wirklich bei den Kindern und bei der Bildung ankommen. Die Bildung ist ein Medikament gegen die Abwanderung, sowohl im städtischen, vor allem aber auch im ländlichen Raum und gegen den Bevölkerungsschwund und ein Medikament für mehr Vertrauen und Sich-Verlassen-Können, dass das Land eine beste Infrastruktur, nämlich Bildungsinfrastruktur bietet und hier unsere Jugend eine Chance hat.

Für uns sind Familie und Beruf ein ganz wesentlicher Punkt. Wir brauchen ausreichend Kinderbetreuungsplätze, für alle, die sie brauchen, freiwillig und nicht müssen. Wir brauchen ausreichend Kinderbetreuungsplätze, damit Familie und Beruf vereinbar sind, aber auch, damit Familie und Beruf vereinbar sind nicht nur in der Jugend, sondern auch im Alter. Die Familienfreundlichkeit in Kärnten soll von der Geburt bis ins hohe Alter von höchster Qualität sein und die Freiheit, von diesem Angebot zu wählen, ist uns besonders wichtig. Für uns, für die ÖVP und für mich, ist der ländliche Raum der Entwicklungsraum und die Zukunft Kärntens. Wir brauchen

Gaggl

finanzstarke Gemeinden, die Geld zum Investieren haben und nicht nur ausgleichende Gemeinden, die gerade noch den Amtsleiter und den Bauhofmitarbeiter und den Traktor bezahlen können. Diese Gemeinden investieren wieder, schaffen Arbeitsplätze vor Ort und ermöglichen den Wertschöpfungskreislauf dort, wo er sonst nicht stattfindet. Wir können in den Gemeinden Infrastrukturen erhalten. Das ist ein Medikament gegen Schulschließungen und es darf in Kärnten keine Schule geschlossen werden nur wegen finanziellen Notstands. Kinder dürfen nicht zu Pendlern werden, sonst müssen wir die Arbeiterkammer holen und eine Pendlerbeihilfe für unsere Kinder schaffen. Wir müssen fördern und zulassen und vor allem mit Überregulierungen aufhören. Wir regulieren ja jede Ecke, jeden Baum, jeden Strauch, der nicht mehr zu finanzieren ist. Vorschriften sind gut, aber zu viele Vorschriften verhindern unsere Entwicklung. Das wird unsere Aufgabe auch hier im Landtag sein, dass jedes neue Gesetz, das hier beschlossen wird, bedarf, dass wir zwei andere verabschieden, nämlich in den Müll, sonst werden wir in Zukunft den ländlichen Raum nicht entwickeln können. Es ist gefordert, dass wir die Freiwilligkeit im ländlichen Raum unterstützen und nicht behindern. Wie wollen wir ein Gesellschaftsleben aufbauen, das durch Gesetze ständig behindert wird? Schauen wir die Feuerwehren an, schauen wir die freiwilligen Vereine an, vom Gesangsverein usw., wer möchte denn heute noch ein Fest veranstalten, wenn die Tante oder der Ehemann, die Ehefrau, die dort mitarbeiten, schon bei der Gebietskrankenkasse gemeldet werden müssen, wenn sie Steuern zahlen müssen? Das ist nicht mehr tragbar! Wir müssen hier die Freiwilligkeit unterstützen und die Vereine im ländlichen Bereich müssen die Möglichkeit haben, sich zu entfalten. Für etwas möchte ich noch ganz, ganz stark das Wort ergreifen, und zwar für die Kreativen und das ist eine Riesenchance im ländlichen Bereich. Unser Landesrat Wolfgang Waldner hat mit einer Initiative begonnen, die für Kärnten eine große Chance darstellt und diese Chance gilt es in die Hand zu nehmen, aber auch weiterzuführen. Und da bitte ich auch die Regierungsmitglieder, alles zu unternehmen, dass wir diese Chance auch nutzen. Ein wesentlicher Faktor für uns ist auch die Kultur und ich bin stolz darauf, dass es eine Kärntner Kultur gibt und nicht mehr unterschieden wird zwischen Hoch-, Tief-, Volks- und sonsti-

ger Kultur. Eine gute Kultur, glaube ich, ist auch eine Chance für den Tourismus, für die Wirtschaft und für ein neues Selbstbewusstsein in Kärnten.

Das sind Rezepte und Medikamente, aber was helfen Rezepte und Medikamente, wenn sie nicht richtig eingesetzt werden. Wenn die Rezepte und Medikamente zumindest jene, die sie verabreichen und jene, die sie verabreicht bekommen, gar nicht wollen oder einer davon. Deswegen, meine Damen und Herren, Hohes Haus, ist es notwendig, dass wir alle – alle! – mitmachen, aber auch alle mitmachen lassen. Ein gesundes Kärnten braucht alle Kräfte. Sieben Landesregierungsmitglieder – ich würde mir wünschen, dass bei so einer Debatte alle sieben hier anwesend sind – 36 Abgeordnete und alle positiven Kräfte, die für Kärnten arbeiten möchten. Und ich wünsche der Regierung und uns allen ein erfolgreiches Miteinander auf einem hohen Niveau, damit wir und die Generationen, die nach uns folgen, ein starkes Kärnten vorfinden. Glück auf! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Zalka Kuchling. *(Abg. Mag. Leyroutz meldet sich zur Geschäftsordnung.)* Zur Geschäftsordnung! Bitte!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Herr Präsident! Die Frau Abgeordnete Kuchling hat heute in der Präsidiale angekündigt, einen Teil ihrer Debatte zur Regierungserklärung in slowenischer Sprache abführen zu wollen. Wir haben uns bereits in der Präsidiale dezidiert dagegen ausgesprochen. Wir verweisen auf Artikel 5 der Kärntner Landesverfassung, der klar und deutlich normiert, dass die Sprache in der Gesetzgebung Deutsch ist. Ich weise auch darauf hin, dass die Verhandlungssprache nach der Geschäftsordnung Deutsch ist und zitiere aus dem Kommentar: „Sprache der Gesetzgebung bedeutet sowohl, dass die Landesgesetze in deutscher Sprache abzufassen sind als auch, dass die Verhandlungssprache im Landtag und seiner Ausschüsse ausschließlich Deutsch zu sein hat.“

Mag. Leyroutz

Herr Präsident, ich ersuche Sie, in der weiteren Verhandlungsführung auf die gesetzeskonforme Leitung und Einhaltung der Geschäftsordnung und der Landesverfassung Wert zu legen und auch darauf zu achten!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich darf nun die Frau Abgeordnete ... (*Abg. Scherwitzl meldet sich zur GO.*) Zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann-Stellvertreter Andreas Scherwitzl!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Hohes Haus! Ich verweise auf das in der Präsidiale bereits Gesagte. Ich zitiere den Art. 5 K-LVG: „Die deutsche Sprache ist die Sprache der Gesetzgebung und unbeschadet der der Minderheit bundesgesetzlich eingeräumten Rechte die Sprache der Vollziehung des Landes Kärnten.“ Ich habe in der Präsidiale bereits ausgeführt, dass es seitens unseres Klubs insbesondere in einer Sitzung wie dieser, wo es um eine grundlegende Erklärung zur Regierungserklärung des Landeshauptmannes geht und auch um eine grundlegende Stellungnahme der Abgeordneten des Kärntner Landtages, durchaus akzeptabel ist für unseren Klub, wenn ein Angehöriger der slowenischen Volksgruppe in Kärnten einen Teil seines Statements in seiner Muttersprache oder in diesem Fall in ihrer Muttersprache formuliert. Unsererseits gibt es in diesem speziellen Fall – wir sind uns natürlich der Problematik des Protokolls et cetera durchaus bewusst – keine Einwände gegen einige Sätze der Kollegin Kuchling in ihrer Muttersprache. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich danke dem Herrn Klubobmann-Stellvertreter Scherwitzl! (*Abg. Dr. Lesjak meldet sich zur GO.*) Zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet hat sich die Klubobfrau der Grünen. Ich bitte sie, zu sprechen!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Herr Präsident! Zur Geschäftsordnung! Ich möchte auch auf unsere Vereinbarung in der Präsidiale verweisen, wonach wir übereingekommen sind, dass das schon so handhabbar ist. Wir achten die Kärntner Landesverfassung. Die Kollegin Kuchling wird das, was sie auf Slowenisch sagt, auch wortwörtlich anschließend auf Deutsch übersetzen, sodass es gewährleistet ist, dass jeder und jede hier versteht, was sie sagt. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke der Frau Abgeordneten und Klubobfrau Lesjak! (*Abg. Mag. Leyroutz meldet sich zur GO.*) Zur Geschäftsordnung hat sich nochmals zu Wort gemeldet der Klubobmann der Freiheitlichen. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Ich halte nochmals fest, dass wir keineswegs eine Zustimmung zu dieser Vorgangsweise erteilt haben. Ich habe vielmehr klargelegt, die Kommentierung im Regierungsprogramm und die slowenisch verwendeten Worte vom Herrn Landeshauptmann nicht weiter zu thematisieren und darauf nicht einzugehen. Ich bleibe aber dabei, dass die Landesverfassung dies nicht vorsieht und die Geschäftsordnung und die Verfassung einzuhalten sind.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Klubobmann! Ich darf darauf verweisen, dass wir in der Präsidiale ganz eindeutig und klar festgelegt haben – das gebe ich auch bekannt, dass sich die Freiheitlichen dagegen ausgesprochen haben – dass es einem Mitglied der slowenischsprachigen Kärntnerinnen und Kärntner des Kärntner Landtages möglich sein muss, zu einer Regierungserklärung einige Passagen auch in Slowenisch zu sprechen, wenn auch eine entsprechende Übersetzung in deutscher Sprache 1 : 1 gewährleistet ist, damit die Ausführungen dann auch dem Inhalt nach im Protokoll ihren Niederschlag finden. Es ist klar, dass die Niederschrift in deutscher Sprache zu erfolgen hat. Ich

Ing. Rohr

darf nun die Frau Abgeordnete Kuchling ans Rednerpult bitten!

Abgeordnete **Mag. Kuchling** (GRÜ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Sehr geschätzter Herr Landeshauptmann! Sehr geschätzte Regierungsmitglieder! Liebe Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ich vernehme wohlthuend einen neuen frischen Wind im Kärntner Landtag, einen Wind, der viel Hoffnung auf eine gerechtere, ökologische und gesunde Zukunft mit sich bringt, und zwar einen Wind, den es bis jetzt noch nicht gegeben hat. Das ausgearbeitete Regierungsprogramm ist sehr breit angelegt und auch ausgearbeitet. In meinem persönlichen Bestreben für eine bessere Zukunft möchte ich unter anderem – und das ist ganz logisch mit meiner Biographie und auch mit meiner Wahlkampfaktivität – als Sprachrohr für die slowenische Volksgruppe fungieren und mich für eine selbstverständliche, gleichberechtigte Zukunft einsetzen. Die Volksgruppe war in diesem Haus jahrzehntelang Gegenstand mancher Überlegungen und leider auch Polemiken, ohne dass sie selbst die Möglichkeit gehabt hätte, hier zu Wort zu kommen. Das hat sich jetzt geändert.

Das Regierungsprogramm ermöglicht einen neuen Zugang bei der Lösung offener Fragen bezüglich des Miteinanders zwischen der Mehrheitsbevölkerung und der Minderheit. Eines der wichtigsten Themen – und darauf komme ich dann in meinen Ausführungen auch noch zu sprechen – ist auch die Suche nach der Lösung für den Erhalt der slowenischen Musikschule. Natürlich müssen bei der Suche nach Lösungen immer die Betroffenen mit einbezogen werden. Nur so kann es die bestmögliche Lösung geben. Im Regierungsprogramm sind unter anderem Kleinschulen festgehalten, die von der Schließung bedroht sind. In dieser Angelegenheit muss man sich jeden einzelnen Fall genau anschauen. Wir Grünen werden uns auf jeden Fall weiterhin für den Erhalt von Kleinschulen auf dem Land einsetzen. Ein wichtiger Bestandteil des Regierungsprogramms ist auch die Belebung des Dialogforums. Im Rahmen dessen wird über die offenen Fragen der slowenischen Volksgruppe – wie etwa der Förderung von slowenischen Kulturvereinen – in Kärnten diskutiert werden.

Ich möchte betonen, meine Damen und Herren, dass gelebte Nachbarschaft nur funktioniert, wenn die Betroffenen zu Wort kommen, und zwar authentisch zu Wort kommen, und ihre Sichtweisen gleichberechtigt einbringen können. Dies ist auch Ansatz für eine aktive BürgerInnenpartizipationspolitik, für die wir Grünen stehen. Deshalb ist es für unsere Fraktion von großer Bedeutung, im Regierungsprogramm ein klares Bekenntnis zur sprachlichen und kulturellen Vielfalt in Kärnten lesen zu können. Auf der Seite 3 lesen wir: „Das gleichberechtigte Miteinander der deutsch- und slowenischsprachigen Volksgruppen soll geachtet und gefördert werden.“ Lassen Sie mich an dieser Stelle vielleicht etwas detaillierter werden. Das viel zitierte, auch viel bemühte Memorandum aus dem Jahr 2011 ist ein beachtlicher Beitrag für einen besseren Umgang miteinander. Es ist nicht das Ergebnis einzelner Männer, sondern genießt auch einen soliden Rückhalt in der gesamten Kärntner Bevölkerung. Der Schritt zum teilweise schmerzhaften Kompromiss – ich meine nur die Zahl 17,5 Prozent – muss vor allem als ein großer Beitrag der slowenischen Volksgruppe gesehen werden. Wir Kärntner Sloweninnen und Slowenen waren es nämlich schon lange leid, als Spielball einer machtorientierten Landespolitik herhalten zu müssen. Als mündige Bürgerinnen und Bürger, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben wir immer wieder berechtigterweise auf die Notwendigkeit der Lösung von offenen Fragen im Volksgruppenbereich hingewiesen. Diese betreffen bzw. betrafen nicht ausschließlich die zweisprachige Topographie. Zwei konkrete Bereiche, die im Memorandum verpflichtende Erwähnung finden, haben unter anderem auch ihren Platz im geltenden Regierungsprogramm. Das ist einerseits die Frage einer systemischen Lösung der slowenischen Musikschule, andererseits die Sorgfalt für die Vermittlung der slowenischen Sprache im Kärntner Bildungsbereich. Im Memorandum spricht man davon, dass das BRG der Slowenen mehr Unterrichtseinheiten für den Slowenischunterricht erhalten hat oder erhalten soll. Ich begrüße explizit die klare Formulierung zum garantierten Fortbestand der Glasbene šole und schlage vor, dass die nun erfreuerlicherweise vom Land Kärnten wieder aufgenommenen Beratungen auf fachlicher Ebene und immer unter Einbeziehung der Betroffenen weitergeführt und zu einem raschen, langfristigen Ergebnis geführt werden sollen. Ich

Mag. Kuchling

betone das deshalb, weil das von absoluter Wichtigkeit ist. Es ist eine absolute Priorität auch in der slowenischen Volksgruppenpolitik, diese Frage einvernehmlich gut zu lösen. Die Agenden der slowenischen Volksgruppe und eines guten, weil gleichberechtigten Miteinanders im Land sind Chefsache. Der Herr Landeshauptmann nimmt sich dieser Aufgaben an und das ist gut so. In dem Zusammenhang gesagt: Das bei der Landesregierung eingerichtete Dialogforum wird wiederbelebt und soll zum Vorteil der BürgerInnen bei der Muttersprache werden. Natürlich hat die Obsorge für die verstärkte Vermittlung der slowenischen Sprache in erster Linie im Bildungs- sowie im Kulturbereich ihren Platz. Zur Stärkung eines gleichberechtigten Miteinanders ist nach Angaben auch von Experten der Ausbau des Unterrichtsfaches Slowenisch eine logische Notwendigkeit. Das Erlernen unserer zweiten Landessprache sollte für jeden Mann, jede Frau möglich sein. Beginnen wir doch damit, auch in öffentlichen Kindergärten verstärkt die Vermittlung der slowenischen Sprache zu fördern. Ich sage, verstärkt zu fördern, weil es ja hie und da doch geschieht, aber nicht in zufriedenstellendem Ausmaß. Wir wissen, dass in der Volksschule die Anmeldungen zum zweisprachigen Unterricht seit Jahren prozentuell kontinuierlich zunehmen. Das heißt, dass viele Eltern die Chance einer zwei- bzw. mehrsprachigen Schulbildung durchaus wahrnehmen.

An dieser Stelle möchte ich nur kurz eine grüne Lanze für den Erhalt von Schulen vor Ort, auch Kleinschulen, brechen. Den Schulerhaltern, in diesem Fall natürlich den Gemeinden, gehört der Rücken gestärkt, damit sie sich diese Bildungsinstitutionen vor Ort auch wirklich leisten können. Wenn nun im Regierungsprogramm steht, dass Kleinschulen erhalten bleiben, wenn sie notwendig sind, dort, wo es nachvollziehbar notwendig ist, so heißt das für mich im konkreten Fall ganz klar: Die zweisprachigen Volksschulen Radsberg/Radiše und Mieger/Medgorje bleiben den Familien und Kindern vor Ort erhalten.

Nun zurück zu den Überlegungen von vorhin. Warum es dann eben nach der 4. Klasse Volksschule zum Einbruch dieser positiven Entwicklung kommt, nämlich des Spracherwerbs, ist nicht allein eine private oder familiäre Entscheidung. Es ist auch eine Frage des Systems. Wa-

rum bricht das Angebot in so vielen neuen Mittelschulen und auch der Unterstufe unserer Gymnasien einfach weg? Warum wird Slowenisch als Freifach zwar angeboten, aber nur, wenn genug Unterrichtseinheiten vorhanden sind? Es gibt ganz moderne und ganz tolle Möglichkeiten, auch Sprachen zu vermitteln, man muss nicht unbedingt Extrastunden schaffen. Sparpolitik am falschen Platz frage ich mich? Wie schaut es auf diesem Gebiet in den Berufsschulen aus? Die Kärntner Wirtschaft ist für jede zusätzliche Qualifikation dankbar und hat ihre Geschäftspartner und Gesprächspartner natürlich auch teilweise über Kärntens Grenzen hinaus gefunden. Friaul-Julisch-Venetien oder Slowenien stehen für eine Region, die es uns ermöglicht, in allen Lebensbereichen Europa im Kleinen zu leben. Der Schritt zum südosteuropäischen wirtschaftlichen Zukunftsmarkt geht mit Hilfe der Kenntnis der slawischen, in diesem Fall der slowenischen Sprache natürlich bedeutend leichter. Wir als Grüne können darauf verweisen, der Herr Landesrat Rolf Holub betont auch immer wieder, dass er in der Hypo-Causa diese Kenntnis einer slawischen Sprache durchaus nutznießend eingebracht hat. Kärnten braucht eine Sprachoffensive, wobei neben Englisch auch die Vermittlung von Slowenisch und Italienisch – ich betone, Slowenisch und Italienisch! – eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Die vorgegebene Wirklichkeit des Lebens am Treffpunkt dreier Kulturen muss von der Politik mutig mitgestaltet werden. Bildung und lebenslanges Lernen, das sind zwei Schlüsselbegriffe. Kärnten tut gut daran, Bildungsoffensiven auch auf diesem Gebiet mutig und nicht kleinkrämerisch oder verschämt anzugehen. Im Sinne einer neuen politischen Kultur, die wir ja doch fast alle begrüßen, möchte ich betonen, dass es zwar nie zu spät, aber auch nie zu früh ist, sowohl mit dem Nachbarn im Land, als auch mit jenem auf der anderen Seite der Grenze Netzwerke zu suchen, zu finden und zu leben. So toll es auch ist, dass engagierte LehrerInnen vor Ort grenzüberschreitende Projekte durchführen, so notwendig ist es auch für zukünftige Generationen, dass diese Zusammenarbeit auf eine breitere Ebene gestellt wird. Schul-/Studienaufenthalte in allen Lebensbereichen mit Italien und Slowenien gehören verstärkt gefördert und im Schulsystem stärker verankert. Ein regionales Bewusstsein entwickelt sich in erster Linie in gelebten Beispielen. Legen wir unser Augenmerk in der

Mag. Kuchling

kommenden Arbeitsperiode der Landesregierung und auch des Landtages auch auf diesen Aspekt. Nicht Engstirnigkeit, nicht Betonung der Grenzen, nicht Kleinkrämerei sollen unsere Markenzeichen sein, sondern Selbstbestimmung, Klugheit, Offenheit und Mut. In diesem Sinne haben wir wieder im Slowenischen einen tollen Spruch, der lautet ganz einfach „Veselo na delo!“, also übersetzt „Gehen wir es an, aber mit Freude!“ *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nachdem in der vereinbarten Rotation vom Team Stronach und BZÖ keine Wortmeldungen vorliegen, wird jetzt die Reihenfolge der Abgabe der Stimmzettel abgearbeitet. Ich darf also als nächsten Redner den Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Michael Johann ans Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Hohes Haus! Geschätzter Präsident! Herr Landeshauptmann! Die Zukunftscoalition hat sich für den Bereich Umwelt und Energie sehr ehrgeizige Ziele gesetzt. Im Sinne, dass man Stärken stärken soll und Umwelt und erneuerbare Energien unzweifelhaft zu den Stärken des Landes Kärnten gehören, wollen wir hier Vorreiter werden. Wir wollen Investitionen im Bereich Energieeffizienz setzen mit einer Sanierungsoffensive, wir haben es heute schon besprochen. Wir wollen erneuerbare Energie fördern, wir wollen dadurch auch Green Jobs schaffen und Wirtschaftsimpulse setzen. Energieautarkie in Kärnten ist möglich, wir wollen wirksame Maßnahmen zur Verbesserung von Energieeffizienz und der Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien treffen, damit Kärnten bis zum Jahr 2025 im Bereich Wärme und Strom und bis zum Jahr 2035 im Bereich Verkehr energieunabhängig und frei von fossilen und atomaren Energieträgern wird. Hier hat es schon in der Vergangenheit viele gute Absichten gegeben, das ist nicht zu bezweifeln, aber die Umsetzung erfolgte wenig konsequent. Es gibt eine Evaluierung des Instituts für Höhere Studien, die ergeben hat, dass von fünf Zielen der Energieleitlinien 2007 bis 2015 – also das läuft jetzt demnächst ab –

nur ein einziges, und zwar im Bereich des Ausbaus der Nah- und Fernwärme wirklich erreicht werden konnte, drei weitere Ziele, die Steigerung der Energieeffizienz, die Nutzung erneuerbarer Energieträger, die Sicherung der Infrastruktur nur teilweise und die Energieforschung gar nicht angegangen worden sind. Die Umsetzung scheiterte unter anderem daran, dass ausgearbeitete Detailvorschläge der Landesregierung zwar schon 2009 präsentiert wurden, aber diese nie umgesetzt wurden. Wir wollen jetzt in Zusammenarbeit mit den Stakeholdern einen neuen Energiemasterplan erstellen, der Maßnahmen formuliert, die uns in die Lage versetzen, die gesteckten Ziele auch wirklich zu erreichen, damit sie nicht nur auf dem Papier bleiben. Wir wollen das konsequent umsetzen. Es geht auch um die Abklärung, welchen Bedarf an Energieinfrastruktur Kärnten wirklich braucht. Wir haben heute schon über die 110 kV-Leitung gesprochen. Diese ganzen Pläne für den Ausbau von Stromleitungen, von Gasleitungen gehen von einem explosiven Wachstum des europäischen Stromverbrauchs aus. Viele von diesen Plänen sind aber heute obsolet, denn neue Gaskraftwerke in Europa stehen still, weil sich der Betrieb nicht rechnet. In der Steiermark wurde das Gasdampfkraftwerk Mellach gebaut. Das ist nie gelagert, steht fast still, läuft nur 1.500 Stunden im Jahr, und der Verbund musste dafür schon 160 Millionen Euro außerordentlich abschreiben. Das ist sehr viel, weil man ja vorher von Bund und Ländern eine Kapitalerhöhung in der Höhe von 800 Millionen Euro bekommen hat und hier Steuergelder verbrannt wurden. Steuergelder wurden auch verbrannt bei dem Türkeiabenteuer, ebenfalls mit Gas, und bei Investitionen in Frankreich. Wir wollen nicht, dass in Zukunft weiter solche Stranded Investments im Energiebereich passieren, wir werden darauf achten, dass hier Energieinvestitionen sinnvoll geplant werden, dass Gas- und Stromleitungen auch auf ihren energiewirtschaftlichen Bedarf hin geprüft werden. Denn es ist so, wenn diese Projekte, die jetzt vielleicht einmal Investitionen bringen, sich nicht rechnen, dann muss das ja jemand zahlen und das sind letztendlich dann wieder die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und die Stromkonsumenten und Stromkonsumentinnen. Das wollen wir nicht. Wir sehen hier die Rolle der Energie in der Energieautarkie, in der regionalen Versorgung auf Basis erneuerbarer Energien. Wir haben in Kärnten viele Hektar

Dipl.-Ing. Johann

Dachfläche, die darauf warten, mit Photovoltaik und Sonnenkollektoren bestückt zu werden. Wir haben Holz, Wasser, Wind und Geothermie, die wir sinnvoll nützen können und darauf wollen wir setzen.

Ein zweites Anliegen ist uns die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger in Umweltverfahren. Wir haben feststellen können, dass es sehr wenig Unterstützungen gibt für Bürgerinnen und Bürger, die von diversen Projekten betroffen sind. In anderen Bundesländern wurden in den letzten Jahren schon eigene Umwelthanwaltschaften etabliert, die in Verfahren nach dem Umweltverträglichkeitsgesetz, dem Abfallwirtschaftsgesetz, dem Emissionsschutzgesetz usw. auch Parteienstellung haben, aber nicht nur das, sondern auch die Beratung von BürgerInnen und die Vertretung von diesen in umweltrelevanten Verfahren übernehmen. Der Vorteil ist auch da für den Projektwerber, weil hier umweltsensible Projekte von BürgerInnen schon vorab mit der Umwelthanwaltschaft besprochen werden können und Problemfelder schon im Planungsstadium aufgezeigt werden. Wir wollen den Naturschutzbeirat als beratendes Gremium behalten, aber auch eine neue gesetzliche Basis dafür schaffen, damit die Umwelthanwaltschaft in Kärnten dem Standard der anderen Bundesländer angepasst wird. Und wir wollen nicht zaudern, sondern diese Maßnahmen rasch angehen und haben deswegen schon heute entsprechende Anträge zur Neuorganisation der Umwelthanwaltschaft und zur Erstellung eines Energiemasterplans hier in den Landtag eingebracht. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Abgeordneten Johann für seine Wortmeldung! Als Nächster am Wort ist der Abgeordnete Lebersorger. Bitte ihn ans Rednerpult! Und in Vorbereitung, damit man sich die Rednerliste ein bisschen einteilen kann, dann in der Folge die Frau Abgeordnete Schautzer, Abgeordneter Leikam, Abgeordneter Köchl, Abgeordneter Redecsy, Abgeordneter Markus Malle, Abgeordneter Anton, Abgeordneter Strauß und Abgeordneter Pirolt. Das ist die aktuell vorliegende Rednerliste. Bitte!

Abgeordneter **Dr. Lebersorger** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Sehr geehrte Zuhörer! Gestatten Sie mir zu Beginn noch eine persönliche Bemerkung abseits der Tagesordnung: Ich bin mit einem großen Engagement und mit einer großen Zuversicht in diese neue Aufgabe hier eingetreten und ich weiß, dass auch viele andere Kolleginnen und Kollegen hier neu in diesem Forum sitzen. Mein Wunsch wäre es, dass alle, die jetzt mit einem großen Enthusiasmus hier an diese Aufgabe herangehen, sich diesen Enthusiasmus bewahren und wir uns gegenseitig unterstützen, diese Zuversicht und dieses Engagement die nächsten fünf Jahre weiterzutragen.

Ich komme aber jetzt zum eigentlichen Punkt meiner Ausführungen. Ich möchte mich nur auf die Finanzen beziehen, die in der Regierungserklärung erwähnt werden. Ich bin Steuerberater und Unternehmensberater und man könnte denken, dass mein prioritäres Anliegen darin besteht, die Finanzen des Landes in den Griff zu bekommen und zu sanieren. Das ist es natürlich auch, aber eben nicht nur. Ich denke, dass alle Ziele, die wir haben, immer gleichzeitig bedacht werden müssen. Deshalb stimme ich auch der Erklärung zu, wie es so heißt in der Regierungserklärung, „die zukünftige Politik des Landes wird klare budgetäre und politische Prioritäten zu setzen haben, und zwar in den Bereichen Arbeit, Wirtschaft, Soziales und Gesundheit, Energie und Umwelt sowie Bildung im umfassenden Sinn.“ Vereinfacht könnte man sagen, es geht hier um drei Bereiche, das sind die Finanzen, das Soziale und die Umwelt. Historisch gesehen, sind das die drei Bereiche, die den drei Koalitionsparteien zugeschrieben werden. Den Grünen die Umwelt, den Sozialisten das Soziale und der ÖVP die Wirtschaft. Und darin sehe ich eine gewisse Problematik, aber auch eine Chance. Die Problematik besteht darin, dass wir als Koalition in eine Klientelpolitik verfallen könnten und nur das eigene Klientel bedienen. Ich hingegen bin überzeugt, dass die wirklich optimalen Entscheidungen darin liegen werden, dass wir zusammen alle drei Politikbereiche gleichmäßig beachten und so zu Lösungen finden, die für alle Kärntnerinnen und Kärntner eine optimale Lösung darstellen.

Dr. Lebersorger

Noch ein paar Worte zur Budgetkonsolidierung: Das bekannte Ziel der Koalition und offensichtlich auch unserer Vorgänger war es, für das Jahr 2015 das Nulldefizit zu erreichen. Ich denke, es ist ein engagiertes Ziel. Es ist nur die Frage, wie können wir dieses Ziel erreichen? Im Regierungsprogramm heißt es dazu: „Die Bürgerinnen und Bürger des Landes müssen die Maßnahmen der Budgetpolitik nachvollziehen können, nur so wird es auch Verständnis für Sparmaßnahmen geben.“ Ich denke, das ist eine Minimalforderung, die wir erfüllen müssen. Ich denke aber auch, wir müssen über diese Forderung hinausgehen und auf den Prozess der Budgetkonsolidierung besonderes Augenmerk legen, denn nur dann, glaube ich, können wir Maßnahmen und Lösungen finden, die unsere Ziele erreichen. Ich trete deshalb dafür ein, alle relevanten Kräfte in Kärnten mit einzubinden in diesen Prozess, alle Kompetenzen unserer Beamtenschaft, alle Kompetenzen der Regierung, der Abgeordneten, der Sozialpartner, aber auch alle kompetenten Bürger dieses Landes in diesen Prozess mit einzubinden. Was wären die positiven Folgen, wenn wir diese große Bürgerbeteiligung realisieren würden? Wir würden alle Kompetenzen, die es in Kärnten gibt, mit einfließen lassen, alle Ideen, alle kreativen Köpfe könnten mitmachen, wie wir dieses große Ziel der Budgetkonsolidierung erreichen könnten. Der zweite positive Effekt wäre, dass wir die Kluft zwischen der Welt der Politik und der Welt der Bürger wieder einen Schritt verringern könnten.

All dies wird uns nur gelingen, wenn wir wirklich in einen geplanten und begleiteten Prozess eintreten, wenn wir Verantwortungen festlegen, wenn wir Termine festlegen, um diesen Prozess zu einem guten Abschluss zu bringen. Ich denke, ein solcher Prozess der Bürgerbeteiligung würde Kärnten gut tun. Danke vielmals! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Als Nächste zur Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Schautzer. Ich bitte Sie, vom Rednerpult aus zu sprechen!

Abgeordnete **Schautzer** (GRÜ):

Hohes Haus! Geschätzter Präsident! Werte Abgeordnete! Das Regierungsprogramm beinhaltet ein klares Bekenntnis zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs, was wir als sehr erfreulich und dringlich erachten, wir – da meine ich die Grünen und ganz im Speziellen natürlich mich selber, weil ich eine leidenschaftliche Anhängerin des öffentlichen Verkehrs und auch der Radfahrer und Radfahrerinnen bin. Der Individualverkehr ist in den letzten Jahren in Kärnten mehr als in anderen Bundesländern angestiegen. In den Städten wurde sehr viel Geld für Straßen und Parkgaragen investiert. Der Individualverkehr gilt als Hauptverursacher von Schadstoffemissionen und des klimaschädigenden CO₂. Mit den drei S-Bahnen wurde zwar ein erster Schritt gesetzt, den ich sehr gutheiße, aber es bedarf eines Gesamtangebotes und einer Erweiterung, damit das bestehende S-Bahn-Angebot auch besser ausgenutzt wird, wie zum Beispiel günstige Jahreskarten, ein Taktverkehr, sowie – und das ist unerlässlich – eine gute Bewerbung. Mit dem Verkehrsverbund muss ein neues Konzept erarbeitet werden. Besonders an Sonn- und Feiertagen muss das Angebot für Ausflüge und Museumsbesuche verbessert werden. Dafür ist die S-Bahn ideal. Es gibt in Kärnten an die 40 Orte, die in der letzten Fahrgast-Zeitung – die ist mir gestern in die Hände gefallen – rot markiert in einer Kärnten Card, an Sonn- und Feiertagen öffentlich gar nicht erreicht werden können. In den Gemeinden sollen daher andere Alternativen, wie zum Beispiel Sammeltaxen oder Rufbusse, also verschiedene andere Angebote überlegt werden. Auch für Handelsangestellte, die an Samstagen auf die „Öffis“ angewiesen sind, muss die Mobilität sichergestellt werden. Mobilität gehört zur Grundversorgung. Wir hatten einige Beispiele rund um Villach, wo die „Öffis“ an Samstagen eingestellt wurden, wo es durch Proteste wieder gelungen ist, Mobilität zu schaffen, zumindest bei einigen Linien. Außerdem wollen wir für Kinder, Lehrlinge, Schüler und Schülerinnen „Gratis-Öffis“ anbieten.

Ebenfalls wollen wir gute Bedingungen fürs Radfahren schaffen. Radfahren ist bester Bestandteil der Alltagsmobilität. Auf kürzeren Strecken entlastet das Fahrrad den öffentlichen Verkehr. Während für das Radfahren in der Freizeit schon einiges getan worden ist, ist das Fahr-

Schautzer

rad für den Alltagsverkehr noch nicht selbstverständlich akzeptiert. Und, wer glaubt es? In Österreich gibt es 6 Millionen Fahrräder in den Haushalten, eine stattliche Zahl! Damit gibt es in Österreich rund 1,5 Millionen mehr Fahrräder als Autos. In Kärnten werden es vielleicht 300.000 sein. Für diese fahrenden Menschen sollen die Möglichkeiten geschaffen werden, sie zu verwenden. Auch für sie sollten Konzepte erarbeitet werden, deswegen bringen wir einen Antrag ein, der sich für die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Kärnten einsetzt. Herzlichen Dank! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Günther Leikam. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Herr Landesrat! Hohes Haus! Werte Zuhörer auf der Galerie und zu Hause vor den Internetgeräten! Bevor ich zur Regierungserklärung einige Sätze sagen darf, erlauben Sie mir einige Worte und Sätze zu den Ausführungen des Klubobmannes der FPK, Mag. Leyrouz, der am Beginn seiner Wortmeldung gemeint hat, dass man Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen darf, wie sie der Herr Landeshauptmann in seiner Regierungserklärung erwähnt hat und dass die SPÖ drauf und dran wäre, diese Fehler der Vergangenheit jetzt wieder zu wiederholen, indem sie Schlüsselpositionen in der Verwaltung umfärbt und Rot besetzt. Herr Mag. Leyrouz, Sie waren es, der die erste Anfrage heute am Vormittag in dieser Legislaturperiode gestellt hat, der den Herrn Landeshauptmann gefragt hat, wie viele Neuaufnahmen es in der Landesregierung im Zuge der Umbildung der Regierung gegeben hat. Der Herr Landeshauptmann hat Ihnen geantwortet – oder vielleicht haben Sie nicht so gut zugehört – dass er gemeinsam mit seinem Vorgänger, Landeshauptmann Dörfler, noch einige Posten besetzt hat, weil es hier um Fälle gegangen ist, die es verdienen, eine Anstellung zu haben. Es waren also

keine roten Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter, wie überhaupt diese Punzierung vielleicht nicht unbedingt erforderlich ist. Eines muss, glaube ich, schon erlaubt sein, dass man in den Regierungsbüros Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vertrauens anstellt. Das erscheint mir sehr logisch. Das ist bei den FPK-, FPÖ-, BZÖ-Regierungsmitgliedern so, das wird bei den ÖVP-Regierungsmitgliedern so sein, bei den Grünen, beim Team Stronach und natürlich auch bei den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern. Aber es ist halt bitter, wenn man Wahlen verliert. Es ist dann so, dass man halt nicht mehr diesen Einfluss hat. Ich kann Ihnen sagen, das ist auch der SPÖ passiert, dass sie Wahlen verloren hat. Wir haben das auch alles miterlebt, aber ich denke, daraus sollte man lernen. Man sollte in sich gehen, sollte nachdenken, warum man diese Wahlen verloren hat. Ich glaube, ihr habt anscheinend aus dieser historischen Niederlage noch nicht so richtig gelernt. Es ist so, dass man die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen sollte. Wir als Sozialdemokraten, die sicherlich auch Fehler in der Vergangenheit gemacht haben, werden das in Zukunft nicht mehr tun.

Jetzt zum Regierungsprogramm der neuen Kärntner Landesregierung oder der neuen Koalition. Einige Sätze vielleicht zur Ausgangslage, warum es eigentlich zu dieser Regierungserklärung gekommen ist. Ich muss da vor die Landtagswahl zurückgehen. Wo stehen wir in Kärnten? Wo sind wir vor diesen Wahlen gestanden? Wir haben die höchste Verschuldung des Landes seit 1945 mit über 2,6 Milliarden Euro. Wir haben die schlechteste Wirtschaftsentwicklung in ganz Österreich. Wir haben die geringste Kaufkraft in Österreich. Die höchste Abwanderung Österreichs ist leider auch in Kärnten. Die Kärntnerinnen und Kärntner sind am untersten Ende der Einkommenspyramide angesiedelt. Alle, die im letzten Landtag schon dabei waren, aber natürlich auch alle, die aufmerksam die Medien verfolgt haben: Kärnten ist in den vergangenen Jahren wahrlich in einem Korruptionssumpf versunken. Der Ruf Kärntens war völlig ruiniert. Das sind nur einige Beispiele, natürlich neben dem zwölfmaligen Auszug der FPK-Fraktion, warum es in Kärnten zu Neuwahlen gekommen ist und warum diese Neuwahlen am 3. März notwendig geworden sind. Die Menschen, geschätzte Damen und Herren, haben am

Leikam

3. März diese Politik der Abhängigkeiten, diese Politik der Vernaderungen und diese Politik der Korruption abgewählt und somit einen Neustart für Kärnten ermöglicht. Dieser Neustart bietet viele Chancen für die Kärntnerinnen und Kärntner. Aufgrund eben dieser schwierigen Situation, der wir ausgesetzt sind, war es notwendig, rasch eine neue handlungsfähige, eine neue funktionierende Regierung für Kärnten zu installieren. Landeshauptmann Peter Kaiser ist es gelungen, in 22 Tagen eine breite Reformkoalition auf die Beine zu stellen, eine Zukunftscoalition für Kärnten. Wir haben schon bei der Vorstellung des Regierungsprogramms durch Landeshauptmann Peter Kaiser feststellen können, dass es auch eine neue Art der Politik in Kärnten gibt. Gegenseitiger Respekt steht wieder im Mittelpunkt des politischen Handelns, nicht Vernadern. Diese neue sachorientierte und transparente Politik, dieser neue Politikstil ist auch wichtig, geschätzte Damen und Herren, um das Vertrauen der Menschen in die Politik im Allgemeinen wieder zu stärken. Alle elementaren Bedürfnisse der Menschen sind in diesem ambitionierten Regierungsprogramm dieser Zukunftscoalition niedergeschrieben: Beste Bildung für unseren Nachwuchs; gute Arbeit mit einem Einkommen, mit dem die Menschen auch das Auslangen finden; die wirkungsvolle Bekämpfung des negativen Triple A – Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Armut auf Grundlage einer starken Wirtschaft; ein leistbares Leben mit Wohnungsversorgung der Kärntnerinnen und Kärntner zu leistbaren Preisen mit einer Erhöhung der Pendlerförderung auf dem Stand des Jahres 2009, die habt ihr auch gekürzt, und mit der Abschaffung des unsozialen Pflegeregresses; eine gesunde Zukunft mit der bestmöglichen Gesundheitsvorsorge und Nachhaltigkeit in Energie- und Umweltfragen. Das sind also die wichtigsten Rahmenbedingungen, die wir gemeinsam, diese Zukunftscoalition, für Kärnten umsetzen wollen. Die Grundlage dieser Maßnahmen bildet ein solider, ein gesunder Landeshaushalt. Landeshauptmann Kaiser hat in seiner Regierungserklärung festgehalten, dass solide Finanzen das Rückgrat des Landes sind. Dieser Aussage stimme ich voll und ganz zu, daher ist es unumgänglich, rasch einen Kassasturz vorzunehmen, um auch einen Überblick zu bekommen über die finanzielle Lage des Landes, über die finanzielle Lage der Fonds und der Beteiligungen. Dieser Überblick ist notwendig, um heraus-

zufinden, was wir uns in Zukunft noch alles leisten können werden. Wir brauchen einen finanzpolitischen Neustart in Kärnten. Wir müssen uns aber auch bewusst sein, geschätzte Damen und Herren, dass der finanzielle Spielraum in Zukunft ein geringerer sein wird, daher werden wir eine sparsame, eine verantwortungsvolle Budgetpolitik machen mit dem Ziel der nachhaltigen, mittelfristigen Sanierung und Entschuldung des öffentlichen Haushaltes, mit einem Nulldefizit des Budgets bis zum Jahr 2015. Hier ist absolute Budgetdisziplin notwendig.

Ein wichtiger Ansatz für die Zukunft ist aber auch die Nachvollziehbarkeit der Budgetpolitik, daher von uns auch ein klares Ja zur Schaffung einer Transparenzdatenbank, in der alle öffentlichen Förderungen und Unterstützungen dargestellt werden. Und auch die politischen Parteien, das ist heute schon einmal gesagt worden, werden diesem Spargedanken Rechnung tragen. Es wird die Parteienförderung um 5 Prozent gekürzt und es wird eine personelle Verringerung in den Landtagsklubs und in den Regierungsbüros umgesetzt werden, eine notwendige Maßnahme oder notwendige Maßnahmen, damit auch die Bevölkerung Verständnis für Sparmaßnahmen aufbringt.

Ein paar Sätze noch zur Wirtschaftspolitik des Landes. Die Wirtschaftspolitik des Landes muss verändert werden. Neben einem Konsolidierungskurs müssen Strukturreformen dazu führen, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und dadurch auch Mehreinnahmen für das Landesbudget zur Verfügung stehen. Die Landesgesellschaften und der Zukunftsfonds müssen neu strukturiert werden. Die Beteiligungen des Landes sind zu bündeln. Der Bereich der Energieholding ist dahingehend auszurichten, dass es einen weiteren Verkauf der Kelag-Anteile nicht mehr geben kann, so wie wir es in der Vergangenheit im vorigen Jahr gesehen haben, als in einem monokratischen Prozess der Finanzreferent alleine Anteile der Kelag verkauft hat.

Einige Worte noch zum Zukunftsfonds, der auch ein Thema im Wahlkampf gewesen ist. Hier gibt es ein klares Bekenntnis dieser Regierungskoalition zum Erhalt des Zukunftsfonds. Die circa 500 Millionen Euro, die im Zukunftsfonds liegen, müssen als finanzielle Reserve des Landes erhalten bleiben. Mit den Zinsen sind natürlich nachhaltige Projekte zu realisieren und keine

Leikam

Einmalzahlungen oder Einmalgeschenke abzudecken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der 3. März hat eine Wende zu einem neuen Kärnten gebracht. Wir wissen, dass in Zukunft natürlich noch viel zu tun sein wird. Tragen wir, alle hier im Landtag vertretenen Parteien, gemeinsam Verantwortung für Kärnten, geben wir den Kärntnerinnen und Kärntnern neue Chancen, sie haben es verdient! Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Klaus Köchl. Bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Lieber Herr Landesrat! Hohes Haus! Der 3. März des heurigen Jahres ist historisch und die Kärntnerinnen und Kärntner haben entschieden. Sie haben gesagt, sie wollen keine Politik mehr in dieser Art und Weise. Mein Vorredner Günter Leikam hat hier das Sündenregister bereits aufgezählt und ich werde es mir ersparen, aber die Kärntnerinnen und Kärntner haben erkannt, dass in Kärnten in Zukunft eine Politik gemacht werden muss, die moralisch in Ordnung ist, die ganz einfach passt, dass der Ruf Kärntens weit über die Grenzen hinaus wiederhergestellt werden muss. Vor allem muss die Politik in Kärnten wieder sachlich und ruhig sein und ich habe heute hier in diesem Hohen Haus schon den Eindruck, dass es funktioniert. Die Schreiduelle der letzten Periode sind hoffentlich Vergangenheit und ich glaube, dass das ein ganz, ganz wichtiges Thema sein wird hier im Kärntner Landtag, dafür auch in Zukunft zu sorgen, damit sich Jugendliche, wenn sie wieder hier auf dieser Zuschauertribüne sind, nicht dessen schämen müssen, was Abgeordnete hier in ihren Debatten von sich geben. Und es wird schwierig werden. Wir brauchen einen finanzpolitischen Neustart. Der Kassasturz muss sein und es wird – und davon bin ich überzeugt – die Koalition von SPÖ, ÖVP und Grünen das auch zuwege bringen, weil vernünftige Leute am Werk sind und sie sich letztendlich auch dazu

bekennen, dass die Sozialpartner – und ich spreche heute hier für die 132 Gemeinden in Kärnten – der Städtebund und der Gemeindebund in Zukunft mit eingebaut werden bei all denjenigen Entscheidungen, die für die Gemeinden so wichtig sind. Es kann nicht sein, so wie es in der Vergangenheit gewesen ist, dass ein Kindergartengesetz, ein Tourismusgesetz, um nur zwei aufzuzählen, beim Städtebund und beim Gemeindebund vorbeigehen und einfach hier in diesem Kärntner Landtag mit der freiheitlichen Mehrheit durchgewunken wurde. Die Gemeinden fordern nicht allzu viel, aber sie fordern – und das hat auch mein Kollege aus Moosburg gesagt – einfach eine finanzielle Basis, um letztendlich auch handeln zu können, um die Wirtschaft ankurbeln zu können, denn diese kleinste Zelle nach der Familie ist eine der wichtigsten Institutionen und dafür haben wir zu sorgen. Peter Kaiser als Landeshauptmann hat sich in seiner Regierungserklärung auch ganz klar dazu bekannt, dass es in Kärnten auch in Zukunft 132 Gemeinden geben wird und dass die Autonomie der Gemeinden bewahrt wird. Es wird in diesem Haus kein Gesetz geben, das nicht mit dem Städtebund und mit dem Gemeindebund gemeinsam beredet und begutachtet worden ist. In den letzten zehn Jahren haben sich die Nettotransferzahlungen der Gemeinden an die Länder verdreifacht. Dem gegenüber stehen Gemeindeertragsanteile, die um 30 Prozent gestiegen sind. Das steht in keinem Verhältnis mehr. Deshalb ist dieses Transfersystem grundsätzlich zu reformieren. Es muss ein Ziel sein, eine Entflechtung, vor allem eine Vereinfachung dieses Systems. Es müssen die Finanzierung und die Verantwortung dorthin, wo auch letztendlich geredet wird, wie zum Beispiel bei den Krankenanstalten. Wenn die Gemeinden bei den Krankenanstalten nicht mitzureden haben, dann soll das Land bei den Krankenanstalten entscheiden und bei den Kindergärten zum Beispiel die Gemeinden. Diese Diskussion wird in dieser Periode zu führen sein, denn das ist dann eine Kostenwahrheit und wir als Gemeinde und eben auch als Land wissen, wer wo was anschafft und wer dann wo was zu bezahlen hat. Und ich sehe auch in Zukunft nicht ein und hier spreche ich die Wirtschaftskammer an, dass die Gemeinden immer wieder als die Preistreiber herangezogen werden und in den Medien zu lesen ist, dass die Gemeinden bei Wasser-, bei Müll- oder Kanalgebühren willkürlich agieren. Das ist überhaupt nicht der Fall, das

Köchel

ist ein Gebührenhaushalt und die Gebührenhaushalte sind ordentlich zu führen und wir sind hier keine Preistreiber. Preistreiber sind erhöhte Energiepreise und dergleichen, aber nicht, wie oft behauptet wird, die Gemeinden, dass sich die Leute das nicht mehr leisten können. Fakt ist, dass 95 Prozent aller Gemeinden in Österreich bei Wasser, bei Abfall und bei Abwasser ein Defizit machen, dass vom ordentlichen Haushalt zum Teil dazugezahlt wird, damit die Gemeindeglieder hier nicht so sehr bei den Gebührenhaushalten belastet werden.

Geschätzte Damen und Herren, wir bekennen uns auch zu den Feuerwehren in dieser Regierungserklärung und wir haben mit dem Herrn Landeshauptmann einen Feuerwehrreferenten, dem es sicherlich am Herzen liegt, der die Nöte der Feuerwehren und des Zivilschutzes und dieser Organisationen kennt und wir wollen mit den Feuerwehren gemeinsam arbeiten. Die Gemeinden und die Bürgermeister sind dafür, dass ausreichend finanzielle Mittel vorhanden sind, um sie zu unterstützen und das Feuerwehrwesen abzusichern. Und es muss auch eine Lösung getroffen werden: Wie können Feuerwehrleute im Land, wenn sie arbeiten müssen und fast niemand mehr vorhanden ist, wie kann man hier noch richtig vom Rüsthaus ausfahren, wie kann man das Ganze sichern? Ich bin überzeugt, dass die Bundesregierung gemeinsam mit der Landesregierung und den Gemeinden hier eine Lösung finden wird. Es ist ganz, ganz wichtig, dass das mit den Feuerwehren funktioniert und wir stehen dazu und diese Regierung steht dazu und das finde ich ganz einfach sehr, sehr wichtig.

Ich darf vielleicht noch zwei Sätze zum Klubobmann der freiheitlichen Partei sagen, der heute hier herausgegangen ist nach 24 Jahren Regierung seiner freiheitlichen Partei – ob sie letztendlich BZÖ oder FPÖ oder FPK geheißen hat – die dieses Land finanziell an die Wand gefahren hat, dann zu sagen, dass es ein rotes Parteibuch gibt und dann zu sagen, dass hier Machtpolitik gemacht wird. Ich bin froh und stolz, dass es eine Koalition gibt, die keine Machtpolitik macht, die sich zusammengesetzt hat und gesagt hat, wir wollen es besser machen. Wir brauchen aber dazu Rechnungsabschlüsse und ich erinnere an die vergangene Periode, wo wir drei bis vier Jahre gewartet haben, bis wir überhaupt gewusst haben, was im Budget los ist und heute kann man das noch nicht sagen. Ich verstehe schon,

dass man mit so wenig Abgeordneten nach der großen Anzahl, die ihr gehabt habt, letztendlich dann Oppositionspolitik machen muss, aber dann muss man bei der Wahrheit bleiben, bei Null anfangen, einmal genau schauen, wie arbeitet die Regierung, dann vielleicht Fehler aufzeigen. Wir werden uns bemühen, keine zu machen, sondern für die Kärntnerinnen und Kärntner ausgezeichnet zu arbeiten, zufriedenstellend zu arbeiten. Wir werden auch nichts versprechen, wir werden auch keine Wunder wirken, aber was wir machen werden, ist ein solides, ein ehrliches und geradliniges Kärnten aufbauen. (2. Präs. Schober übernimmt den Vorsitz.) Das hat sich die Bevölkerung verdient und das wollen wir angehen in der nächsten Periode und da hoffe ich, dass wir gut zusammenarbeiten. Aber nicht nur die Koalition, sondern auch die, die sich in der sogenannten Opposition befinden. Danke! (Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes hat sich der Abgeordnete David Redecsy zu Wort gemeldet. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Redecsy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Landeshauptmann! Hohes Haus! Meine Damen und Herren auf der Zuhörertribüne! Ich möchte mich heute kurzfristig einem Thema widmen, das eines der wesentlichsten Themen für die Bevölkerung Kärntens sein wird und ist, das ist das Thema Gesundheit. In diesem Bereich geht es darum, dass das wichtigste Gut eines jeden Menschen seine eigene Gesundheit ist, denn nur wenn er seine Gesundheit behält und hat, kann er auch in vollem Umfang unserer Volkswirtschaft zuträglich sein und auch seine Freizeit ordnungsgemäß für sich wohltuend gestalten. Ein gesunder Mensch braucht ein gesundes Budget für die Aufrechterhaltung seiner Gesundheit. Die Aufrechterhaltung seiner Gesundheit teilt sich in zwei große Teile. Der eine Teil ist der sogenannte intramurale, sprich Krankenanstaltenbereich, und der andere der sogenannte extramurale Bereich, die Versorgung, die im Bereich von Ärzten, Einrichtungen vor Ort

Redecsy

durchgeführt wird. Im intramuralen Bereich gibt es einen großen Spieler, das ist die KABEG. Die KABEG als Organisation und Gesellschaft des Landes, die einen großen Teil der finanziellen Ressourcen dieses Landes beansprucht und ich glaube, das tut sie zu Recht. Das tut sie deswegen zu Recht, um eine moderne Medizin für unsere Bevölkerung zu haben, um Personal zu haben, das hohe ethische Anforderungen erfüllt und den Patientinnen und Patienten in ihrem Bereich eine hohe Wertschätzung entgegen bringt. Dieser Bereich darf nicht ein Bereich werden, der zum politischen Spielball wird und der jetzige Landeshauptmann Peter Kaiser hat es im Vorjahr als Gesundheits- und Krankenanstaltenreferent geschafft, die KABEG als sozusagen politfreien bzw. außer Streit gestellten politischen Raum zu institutionalisieren und vorzubereiten. Ich hoffe, dass das auch für die Periode von 2013 bis 2018 Gültigkeit hat, dass wir auch außerhalb der Koalition die Gesundheit und das Wohlergehen der Kärntner Bevölkerung nicht zum politischen Spielball werden lassen. Ich glaube, dass es große Anstrengungen erfordern wird, die aber nicht von heute auf morgen erfüllbar sein werden, um ein ordnungsgemäßes und ein tolles Gelingen in diesem Bereich zu erwirken. Ich glaube, dass ein erster Schritt durch die 15a-Vereinbarung des Bundes mit den Ländern ein guter Weg war, um mittelfristig die Anknüpfung an die Wirtschaftsleistung in Österreich zu sichern und den Versuch zu starten, diese Gesundheitsausgaben der Inflation und der Wertsteigerung anzupassen. Ich denke, der Weg ist ein richtiger. Es wird ein schwerer Weg werden, es wird kein leichter Weg werden, aber es gibt Möglichkeiten, diesen Weg und dieses Ziel zu erreichen und ich denke, es wird ein wesentlicher Punkt sein, die extramurale Versorgung in unserem Bundesland zu stärken, das Hauptaugenmerk auf Prävention und Gesundheitsförderung zu legen. Daher muss man einen klaren Appell für die Aufklärungsarbeit hier aussprechen. Ich glaube, es wird ganz wesentlich sein, vor allem Kinder und Jugendliche – deswegen spreche ich nicht von wenigen Jahren, sondern von vielen Jahren – dahingehend zu sensibilisieren im Bereich der Suchtprävention, im Bereich der Ernährungsberatung, auch im Bereich des Breitensports, um ihnen klarzumachen, welchen Stellenwert diese Dinge für ihr weiteres, für ein gesundes Leben haben werden, denn mit einer gesunden Bevölkerung werden wir in Kärnten

einen volkswirtschaftlichen Nutzen erzielen können. Und wenn ich hier heute gelesen habe, dass der Alkoholismus in Österreich den Staat in etwa 375 Millionen Euro kostet und eigentlich die Einnahmen durch Steuerleistungen nur 350 Millionen Euro betragen, dann kann man davon ausgehen, dass hier schon ein Defizit ist, ohne dass in dieser Statistik – auch vom Institut für Höhere Studien erarbeitet – Auswirkungen der nicht erbrachten Arbeitsleistungen involviert sind und sich das um ein Vielfaches, wenn man es hochrechnet, erhöhen würde. Ich denke, hier muss man weitreichend und langfristig denken und ich würde sehr hoffen, dass wir in diesem Hohen Haus diesen Weitblick alle miteinander haben werden, um diesen Bereich zukunftsorientiert und langfristig wirtschaftlich abzusichern und eine gute Strategie für die Gesundheitsvorsorge in Kärnten zu treffen. Ein wesentlicher Punkt wird es sein, auch die Versorgung vor Ort im ländlichen Raum aufrecht zu erhalten und ich glaube, hier sollte das Motto sein, „so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig“. Aber an diesen zentralen Standorten muss es auch Spitzenmedizin, Highclass-Medizin geben, bei der wir unserer Bevölkerung das Bestmögliche anbieten können, was auf diesem Sektor möglich ist, sogenannte State-of-the-art-Medizin. Ich denke, dass ich mit einem Satz schließen darf, der, glaube ich, vieles aussagt: „Gesundheit ist definitiv nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“ In diesem Zusammenhang wünsche ich uns allen für den Bereich der Gesundheit und Krankenanstalten viel Erfolg für die Periode und die kommenden hoffentlich auch noch und bedanke mich für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Nächster Redner ist der Abgeordnete Markus Malle. Bitte dich zum Rednerpult! Augenblick, die Technik spinnt. Jetzt geht es!

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Werter Herr Präsident! Werte Abgeordnete des Hohen Hauses! Herr Landeshauptmann! Herr Landesrat! Nicht zuletzt Herr letzter verbliebener Bundesrat Christian Poglitsch! Danke viel-

Mag. Malle

mals, dass Sie alle noch im Raum geblieben sind, um mir zu lauschen! Ich sage auch ein herzliches Dankeschön an den Günther Leikam, der bis jetzt als Einziger zum Thema „Wirtschaft“ ein bisschen stärker im Detail gesprochen hat! Ich finde es immer ganz lustig, wenn wir uns über alles Mögliche Gedanken machen, aber leider nicht über den Bereich, der die tatsächlichen Einnahmen bringt, damit wir überhaupt agieren können. Das sind nämlich die Wirtschaft und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, weil – um jetzt bei meinen Vorrednern anzuschließen – Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Denn wenn wir niemanden haben, der uns die Beitragseinnahmen bringt, dann können wir uns auch ein tolles Gesundheitssystem nicht leisten.

Ich will auch nicht wieder darauf eingehen, dass Kärnten trotz einiger Maßnahmen in der letzten Periode leider Spitzenreiter ist, leider Spitzenreiter im Sinne von: Wir sind Erste in der Arbeitslosenstatistik, wir sind Erste in der Pro-Kopf-Verschuldung mit € 3.183,--, wir sind Schlusslicht in der Kaufkraft und wir haben als einziges Bundesland eine negative Bevölkerungsentwicklung. Hier müssen wir ganz dringend Gegenmaßnahmen einleiten. Die beste Gegenmaßnahme gegen Abwanderung ist aber eine Zukunftsperspektive. Das ist das, was im Moment leider in Kärnten vielerorts, vor allem im ländlichen Bereich, fehlt. Eine Zukunftsperspektive vor Ort zu haben, bedeutet, ich habe hier einen Job oder ich sehe hier Zukunftspotentiale für mich als Person. Hier müssen wir, bitte, ansetzen bei den Einzigen, die Arbeitsplätze schaffen. Arbeitsplätze schaffen nämlich nicht dieser Landtag oder die Landesregierung, sondern es sind nur die Unternehmerinnen und Unternehmer. So schaffen 29.000 Unternehmer an die 200.000 Arbeitsplätze in diesem Land. Das muss endlich einmal wertgeschätzt werden. Was wäre Kärnten ohne Mahle, ohne Funder, ohne Treibacher, ohne Infineon? Was wären wir ohne die Unternehmerpersönlichkeiten Mlinar, Springer, Kulturer, Kanduth, Leeb oder Glock? Dann hätten wir nämlich ein massives Problem, dass niemand da wäre, der das Risiko übernimmt, Arbeitsplätze zu schaffen und Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern auch für seine Mitarbeiter zu übernehmen, daher müssen wir unbedingt die vorhandenen Betriebe stärken, um Mitarbeiterzahlen zu halten und auszubauen. Wenn wir uns

die Insolvenzen anschauen – Legat, Griffner Haus oder am heutigen Tag Maschinen-Technik Thaler aus Rangersdorf, Schulden von 1,7 Millionen Euro, 19 Dienstnehmer, 70 Gläubiger – dann müssen wir hier, bitte, unbedingt als Politik Rahmenbedingungen schaffen, damit die Betriebe mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein gesundes und gutes Auskommen schaffen. Das heißt, die Verwaltung muss dafür sorgen, dass unternehmerische Tätigkeit unterstützt und nicht dauernd behindert wird. Wir brauchen gezielte Ansiedelung von Betrieben aber auch von Fachkräften. Wir dürfen nicht dauernd davon sprechen, dass wir die Grenzen dicht machen, sondern wir müssen auch sagen, bitte hereinkommen, bitte unterstützen, hier Chancen und Zukunft schaffen. Wir müssen Betriebsübergeber und -übernehmer besser betreuen. Dachmarke „Erfinderland Kärnten“ ist das große Thema, plus: Wir brauchen unbedingt Kapital. Wir müssen einen venture capital fonds einführen. Das klingt so schön „hochenglisch.“ Aber das größte Problem für die Betriebe draußen ist, eine Finanzierung zu bekommen. Ideen gibt es genug, aber die Finanzierung fehlt und wir müssen unbedingt Internationalisierung forcieren. Jeder zweite Euro, der in Kärnten erwirtschaftet wird, kommt aus dem Export. Wir erwirtschaften eine Milliarde Euro Exportüberschuss. Hier müssen wir weiter ansetzen, damit es nicht nur so bleibt, sondern auch in die Richtung verstärkt wird. Wir müssen von der Politik aus Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung schaffen. Wir waren am 3. Platz in der F & E-Statistik Österreich. Super! Aber leider sind wir mittlerweile schon wieder auf den 5. Platz abgerutscht. Das heißt, nicht nachlassen, sondern hier Aktivitäten schaffen, plus: Wir müssen unbedingt im Tourismus ganz, ganz starke Impulse setzen. Wir müssen Kärnten als Tourismusdestination noch besser in den Köpfen verankern. Da ist viel passiert in den letzten Jahren, auch mit dem Christian Kresse, aber das muss weiter getan werden. Wir müssen das Tourismusgesetz evaluieren und natürlich die notwendigen Adaptionen durchführen, aber ohne die Grundkonzeption zu verlassen. Die Grundkonzeption ist, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer selbst ihre Geschicke in der Hand haben, weil: Der Tourismus ist ein wichtiger Auftraggeber gerade im ländlichen Bereich für Gewerbe, gemeinsam mit den Sozialpartnern. Und ich sage hier im Gegensatz zum Klubobmann Prasch ein Danke an die Sozi-

Mag. Malle

alpartner, dass sie mitmachen! Ich sehe die Sozialpartner nicht als Vorfeldorganisationen. Die würden sich auch ganz, ganz stark dagegen verwehren. Soweit mir bekannt ist, sitzt auch vom Team Stronach jemand im Wirtschaftsparlament. Ich würde das deswegen auch nicht als Vorfeldorganisation vom Team Stronach sehen. Der Herr Fleischhacker ist das. Ich finde es auch super und ich danke dem Herrn Landeshauptmann, dass er die Sozialpartner bei den Regierungssitzungen einbindet, denn nur gemeinsam können wir etwas für Kärnten schaffen. Ich hoffe, dass das nicht nur die Regierungspartner und Koalitionsparteien machen, sondern dass alle Kräfte in diesem Haus gemeinsam mitarbeiten, damit wir Kärnten nach vorne bringen. Danke vielmals! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Hannes Anton. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Anton** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Herr Landesrat! Zuerst muss ich mich einmal bedanken bei der Regierungsbank! Zwei sind noch verblieben. Der Peter Kaiser hat es, wie auch in der Vergangenheit, bewiesen, dass er auch als Landeshauptmann sitzen bleibt. Ich glaube, das ist auch eine Wertschätzung gegenüber uns Abgeordneten, (*Beifall im Hause.*) dass er bei dieser Diskussion, wo es wirklich um das Programm der Zukunftscoalition geht, gemeinsam mit dem Landesrat Holub hier sitzt. Ich vermisse leider Gottes auch andere, die jetzt nicht da sind, und in deren Bereich natürlich auch das eine oder andere Referat fällt. „Aus der Vergangenheit lernen“: Einige haben wahrscheinlich aus der Vergangenheit nicht gelernt, wenn ich das einmal so bezeichnen darf.

Ich möchte eingangs meiner Wortmeldung auf den Kollegen Leikam zu sprechen kommen. (*Vorsitzender: Bitte einen Augenblick, Herr Kollege! Ich würde im Interesse der Würde dieses Hohen Hauses und unter Einhaltung der Geschäftsordnung ersuchen, das Fotografieren von der Zuschauertribüne zu unterlassen! Danke!*

Bitte, fort zu fahren!) Ich möchte vielleicht ganz kurz auf den Kollegen Leikam reflektieren, der unseren Klubobmann hier, sage ich einmal, zur Rede gestellt hat bzw. ich glaube, er hat es nicht so gemeint, wie es vielleicht aufgefasst worden ist. Es ist so, dass eher das Infragestellen dieser hohen Beamtenschaft – und da waren fünf, die in der Kleinen Zeitung angezweifelt wurden. Ich glaube – und das will ich jetzt dem Peter Kaiser in keiner Art und Weise unterstellen – Peter Kaiser hat von uns einen großen Vertrauensvorschuss bekommen. 30 von 36 haben ihn gewählt. Ich war auch dabei. Ich glaube, dass es Peter Kaiser ist, der seinen fünf hohen Beamten diesen Vertrauensvorschuss wahrscheinlich genauso gibt und ihnen auch die Chance gibt, sich zu behaupten. Dementsprechend glaube ich auch, mit dem neuen Regierungsteam, mit der neuen Regierungsmannschaft arbeiten zu können. Das soll einfach auch ein Miteinander sein, wie wir es in der Vergangenheit vielleicht das eine oder andere Mal nicht gehabt haben. Das soll unsere Zukunft sein. Ich bin auch dankbar dafür, dass wir die heutige Gesprächskultur herinnen – und das merkt man einfach – viel, viel besser abführen. Wir sollten kritisch sein, aber wir sollten uns nicht gegenseitig, so wie es in der Vergangenheit war, Dinge an den Kopf werfen und es sollte nicht der Eine oder Andere verletzt aus der Diskussion hinausgehen.

Ich möchte jetzt aber trotzdem noch einmal ein paar Sachen, die hier am Rednerpult schon gesagt wurden, zur Diskussion stellen. Wenn ich jetzt hergehe zu meinem Vorredner-Kollegen Malle: Wir haben schon in der Vergangenheit gemeinsam mit allen Parteien diesen großen Firmen geholfen. Sie werden sicher auch wissen, dass alle Investitionen, die diese großen Firmen in Kärnten getätigt haben, selbstverständlich von allen hier herinnen mitgetragen worden sind. Ob das jetzt die Firma Glock ist, die unlängst noch eine Subvention gekriegt hat, ob das jetzt Mahle ist oder sonst wer, ich glaube, das ist unsere ureigenste Aufgabe, für diese Arbeitsplätze zu sorgen. Aber es sollte natürlich auch so sein, dass man für kleine Betriebe – wenn ich da jetzt richtig informiert bin, liegen wir mit Einmann-Betrieben in einem Prozentbereich von circa 40 Prozent österreichweit gesehen, ich glaube, sogar nach oben, in Richtung 50 Prozent. Es ist ganz wichtig, dass wir – und da spreche ich jetzt die Politik an und das kann nicht nur die Kärnt-

Anton

ner Politik sein – in Wien dafür zu sorgen haben, dass die Einmann-Betriebe und die kleinen Betriebe diese Förderungen auch erfahren, die die großen erfahren. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Zukunftszweig. Wir haben in der Vergangenheit nicht schlecht gearbeitet, weil sonst hätten sich im letzten Jahr nicht 40 Betriebe allein aus Italien hier in Kärnten angesiedelt. Man darf jetzt auch nicht alles schlecht reden.

Bezüglich des Kollegen Gaggl sage ich, dem verzeihe ich natürlich Etliches, was er herinnen sagt, weil er die letzte Periode nicht herinnen war und wahrscheinlich die einen und die anderen Geschichten nicht hautnah miterlebt hat. Ich glaube, lieber Freund Gaggl und Bürgermeister, man sollte das Land nicht schlechter darstellen, als es wirklich ist. Diese Zeit ist vorbei, wir sollten in die Zukunft blicken und wir sollten positive Botschaften nach außen tragen. Was den Zukunftsfonds anbelangt, möchte ich dich vielleicht auch daran erinnern, dass es speziell die ÖVP war, die mit dem Zukunftsfonds in der Vergangenheit wirklich bestens bedient war und eigentlich alle Projekte der ÖVP, diese Wunschprojekte der ÖVP über den Zukunftsfonds finanziert wurden. Kärnten nicht familienfreundlich darzustellen, ich glaube, das stimmt auch nicht, das entspricht nicht den Tatsachen. Wir haben sogar im Rechnungshofbericht österreichweit die Bescheinigung dafür bekommen, dass wir ein familienfreundliches Land waren, sind, und ich hoffe, in Zukunft natürlich auch bleiben.

Dann möchte ich vielleicht noch auf die Situation der Vereine eingehen. Ich möchte auch in Erinnerung rufen, Herr Kollege Gaggl, dass es speziell die Wirtschaftskammer ist, die die Vereine draußen immer wieder kontrollieren lässt und die Finanzpolizei ausschickt und auch das Vereinswesen in einer gewissen Art und Weise so kontrolliert, dass es viele Veranstaltungen in dieser Art und Weise nicht mehr gibt. Da sollten wir auch ein ganz klares Bekenntnis dazu finden, dass es für die Vereine und auch für kleine Betriebe eine Entlastung geben sollte, was das Anmelden der Mitarbeiter bzw. auch der Angehörigen anbelangt. Ich glaube, das ist eine Geschichte, die man auch in Wien regeln kann und die wir nicht allein in Kärnten festsetzen werden.

Wenn ich den Kollegen Hueter, der jetzt leider nicht da ist, angehört habe, dann habe ich mir gedacht, er war die letzte Periode gar nicht im

Landtag. Da ist alles mit einem Schalter umgelegt und es geht in eine andere Richtung. Er hat alles vergessen, wo er dabei war. Die letzten Jahre – 2009 bis Mitte 2012 – war die ÖVP mit uns gemeinsam in einer Regierung. Wir haben jedes Budget mit der ÖVP beschlossen. Also kann man sich heute nicht einfach davon verabschieden und sagen, okay, das war alles freiheitlich, sondern es waren wirklich 14 Jahre freiheitlich, nicht 24 Jahre, sondern 14 Jahre, die letzten vier Jahre davon gemeinsam mit der ÖVP. Der Kollege Hueter geht heraus, legt den Schalter um. Aber bei der ÖVP ist es anscheinend so, die färben sich relativ schnell um und dann sind sie halt bei den anderen mit im Boot und vergessen dann alles andere. (*Abg. Tiefnig: Ihr habt aber auch schon viele Farben gehabt!*) Wir haben im Grunde genommen immer eine Farbe und die ist blau. Wir haben vielleicht einmal einen anderen Namen gehabt, aber wir haben eine klare Linie und die verfolgen wir. Das vermisse ich jetzt leider Gottes bei der ÖVP ein bisschen, aber okay! Ihr werdet die ÖVP noch genauso kennenlernen wie wir. Wir haben sie auch ein bisschen anders kennengelernt. Irgendwann, wenn es so weit ist, dass die ÖVP das eine oder andere nicht bekommt, was sie gerne hätte, wird sie auch noch ihr wahres Gesicht zeigen.

Wenn ich jetzt ein bisschen in dieses Thema „Zukunftsprogramm“ einsteige: Viele Sachen sind wirklich schon in der Vergangenheit aufbereitet worden, die schon in der Vergangenheit initiiert wurden und die weiter zu führen sind. Man kann nicht alles schlecht darstellen, was man in den letzten Jahren gemacht hat. Wir sind da auf einem guten Weg. Dieser Weg ist zum Teil weiter zu verfolgen, zum Teil aber auch zu verbessern. Wir sind alle nicht davor gefeit, aus Fehlern zu lernen und eine Verbesserung zuzulassen. Forschung und Entwicklung sind in Kärnten wirklich an vorderster Stelle. Wir sind in Österreich mit dem 3. Platz ziemlich weit vorne, wie wir es gehört haben. Förderoffensive, Ausarbeitung, Altbausanierung – Ja. Wir sagen zu diesen Punkten sicher überall Ja, aber man sollte auch darüber nachdenken, wenn man in Zukunft Wohnbau angeht und geförderten Wohnbau angeht, dass man den ländlichen Bereich – und ich glaube, das ist etwas ganz Wichtiges – bevorzugt. Wir haben alle ein ganz klares Bekenntnis, und das ist, diese Abwanderung zu stoppen. Wenn der Bereich des Wohnbaus in der

Anton

Stadt billiger ist und höher gefördert wird, dann werden wir halt in Zukunft immer mehr Abwanderung haben und die wird sich Richtung Städte festsetzen und vielleicht auch das eine oder andere Mal Richtung ein anderes Bundesland.

Straßenprojekte möchte ich jetzt noch kurz ansprechen. Nachdem wir ja – und da möchte ich auch etwas in Erinnerung rufen – der Kollege Köfer, der Herr Landesrat, ist ja nicht da, ich möchte ihm auch nur eines sagen, dass wir momentan in einer Zwölfregelung leben. (*Abg. Ing. Hueter: ... alles weggenommen.*) Nein, wir leben in einer Zwölfregelung, Kollege Hueter, das weißt du auch, und diese Zwölfregelung besagt nur eines, dass es, sobald ein Budget steht, auch für weitere Straßenprojekte Geld geben wird. Ich appelliere natürlich auch an die SPÖ. Für zukünftige Straßenprojekte haben Sie ja selber eine Initiative gestartet und diese Initiative sollte auch fortgesetzt werden. Ich glaube, dass es ganz, ganz wichtig ist, viele Straßen zu sanieren. Ich glaube, der heurige Winter hat natürlich auch noch das eine oder andere dazu beigetragen, dass sich der Straßenzustand noch verschlechtert hat. Ich möchte aber auch in Erinnerung rufen, dass es die SPÖ – damals unter Kollegin Schanig – war, die damals einer 30-Millionen-Förderung für dieses Straßensanierungsprogramm nicht zugestimmt hat, denn sonst hätten wir wahrscheinlich das eine oder andere Straßenproblem jetzt nicht mehr.

Tourismusgesetz – ich stehe nach wie vor zum Tourismusgesetz. Ich glaube aber, dass es wichtig ist, dieses Tourismusgesetz so schnell wie möglich zu evaluieren. Aber so zu evaluieren, dass es nicht die Politik evaluieren sollte, sondern dass man dementsprechend mit den Betroffenen, die jetzt mit diesem Tourismusgesetz arbeiten, neue Richtlinien bzw. Veränderungen ausarbeitet. Schaffung von neuen Jobs, das ist die Aufgabe aller, die da herinnen sitzen und wird auch von jedem gutgeheißen. Wir werden ganz genau darauf schauen, wieviel Green Jobs unser Herr Landesrat Holub schaffen wird. Wenn er davon spricht, dass es zwischen 5.000 und 10.000 in dieser Periode sein werden, dann werden wir dazu natürlich recht herzlich gratulieren. Wir werden aber auch darauf schauen, dass wir jährlich vielleicht in einer Anfrage mit dir dementsprechend abklären, wie viele es tatsächlich geworden sind. Ich glaube, wichtig ist es, Jobs zu schaffen. Ich bezweifle nur, dass es

in dieser Größenordnung gehen wird. Ich hoffe aber, ich täusche mich.

Thema Kultur – ich warne davor, diese Begriffe Hochkultur, Volkskultur dementsprechend vielleicht den einen mit dem anderen zu vermischen oder auch darüber zu philosophieren, wer denn der bessere ist. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass wir eine Volkskultur haben. Und wenn wir schauen, was wir in der Volkskultur in den Vereinen draußen für eine Basisarbeit haben, auch mit der Freiwilligkeit, dann ist es wichtig, dass man auch diesen Bereich nicht vergisst, neben der Hochkultur natürlich auch diese Volkskultur dementsprechend nicht vernachlässigt und ins Vereinswesen auch investiert. Der Kollege Seiser hat etwas Schönes gesagt als Abschlussatz: „Nicht über Probleme reden, Lösungen präsentieren und lösen.“ Kollege Seiser – leider momentan nicht da – für unsere Fraktion kann ich dir versprechen, wir werden über die Probleme reden, wir werden aber auch mit dabei sein, wenn es Lösungen gibt und werden mit euch gemeinsam zum Wohle Kärntens weiterarbeiten und dementsprechend Arbeitsplätze schaffen, sichern und unser Land auch weiterhin positiv besetzen. Ich glaube, es ist ganz, ganz wichtig, dass wir jetzt anfangen, nicht nur über die Probleme zu reden, sondern einfach diese Lösungen, die hoffentlich in euren Köpfen stehen – im Regierungsprogramm stehen sie ja nicht drinnen – dementsprechend dargestellt werden, anzugehen, aber eines nicht außer Acht zu lassen und ich glaube, das ist etwas ganz Wichtiges, das Budget, das Nulldefizit von 2015, diesen eingeschlagenen Weg nicht zu verlassen. Mit diesem Regierungsprogramm sollte es auch sichergestellt sein, dass wir auch weiterhin auf dem Nulldefizitkurs 2015 fahren. Danke vielmals für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Mag. Malle meldet sich zur Geschäftsordnung.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Zur Geschäftsordnung! Bitte!

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Danke, Herr Präsident! Zur Geschäftsordnung! Der Abgeordnete Anton hat gemeint, die WK schickt die Finanzpolizei aus, um Vereine zu

Mag. Malle

überprüfen. Bitte um eine tatsächliche Berichtigung! Die Wirtschaftskammer hat keine Hoheit über die Finanzpolizei und kann diese daher nicht ausschicken, um Vereine zu überprüfen.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Somit zur Kenntnis gebracht. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Strauß. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Herr Landesrat! Geschätzte Damen und Herren des Kärntner Landtages! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Zuerst einmal allen ein herzliches Grüß Gott, die neu im Kärntner Landtag sind! Für mich beginnt mit der 31. Gesetzgebungsperiode die dritte Periode als Abgeordneter im Kärntner Landtag und ich habe in vielen Bereichen bei Gesetzesentscheidungen mit positiver oder negativer Haltung dazu beitragen dürfen, dass es in Kärnten zu Veränderungen und zu Beschlüssen gekommen ist. Ich bin aber seit 2004 auch innerhalb unserer Partei und Gesinnung als Sprecher für den Energie- und Umweltbereich nominiert und mache das auch mit jener Überzeugung, weil es in dieser Fragestellung nicht um die Umwelt des Nachbarn geht oder der anderen Staaten, nicht um die Energie von irgendwelchen anderen geht, sondern es ist unsere Umwelt, es ist unsere Energie, die wir einbringen und mit der wir auch in der Verantwortung der Jetztzeit, aber auch der Zukunft dementsprechend auch im Regierungsprogramm gemeinsam die Zukunft für Kärnten gestalten über sechs oder sieben Seiten, in vielen Verhandlungen und Gesprächen – ich habe aber auch die Ehre gehabt, Teil dieser Koalitionsverhandlungen und -gespräche zu sein oder mit dabei zu sein in den Teams – auszuarbeiten. Ein wesentlicher Bereich ist, dass man neben der nachhaltigen Umweltpolitik für die Lebensgrundlagen der Menschen auch bei zu erwartenden Klimaveränderungen dementsprechend Maßnahmen setzt, um hier vorzeitig gegenzusteuern und künftigen Generationen auch die Chance zu geben, intakte Lebensbedingungen und Umweltbedingungen vorzufinden. Der ökologische, soziale und ökonomische Ansatz mit

dem kulturellen ist ein wesentlicher Bestandteil auch in diesem Regierungspapier und in der Aufgabenstellung, die sich die Landesregierung, aber auch der zukünftige und jetzige neu konstituierte Kärntner Landtag als wesentliche Aufgabe gestellt hat. Umwelt ist auch Tourismus, ist auch Land- und Forstwirtschaft, ist Wasserversorgung, ist Infrastruktur und ist Sicherheit, ist die Sicherheit von Wohnraum, die Sicherheit auch im Rahmen der weiteren Entwicklungen. Gerade die letzten Vorfälle und auch die heutige Fragestunde hat gezeigt, dass Umwelt auch in Bewegung ist und die Natur in Bewegung ist und es dementsprechend auch zu Erosionen kommt, zu Hangrutschungen, Vermurungen, Hochwasserschäden. Und da sind wir alle gefordert, gemeinsam, auch hier im Kärntner Landtag, die dementsprechenden Budgetansätze zu finden, um natürlich auch mit der dementsprechenden Fragestellung und Bittstellung die Bundesregierung einzuladen, auch in ihren Budgetstellungen die notwendige Dotierung vorzusehen, um nicht die gesamte Last der einzelnen betroffenen Kommune, aber auch den einzelnen betroffenen Gemeinden zu überlassen. Es wird auch notwendig sein, im Rahmen von Naturschutzprogrammen nicht nur die Natura 2000, sondern auch jene Frage, die der Klubobmann Hueter angesprochen hat, was den Biosphärenpark betrifft, auch in jener gesetzlichen Form, die wir derzeit haben, mit einer Strukturierung jener Situation vielleicht so zu verändern, dass man auch die Menschen und die darin wohnenden Menschen in einer Evaluierung mitnimmt.

Und ich möchte noch einen Bereich mitnehmen, der derzeit zwar nicht in der gemeinsamen Regierungserklärung drinsteht, das ist der Bereich der internationalen Auszeichnung, die vor kurzem auch der Geopark Karawanken erfahren hat, das als eines der 27 UNESCO-Weltkulturerben oder Aufgabenstellungen mit hineinzunehmen. Und es wäre unter Umständen auch eine Überlegung wert, wie weit man hier auch den Geopark Karnische Region und den Geopark Karawanken in eine gesetzliche Situation gibt, ähnlich den Naturparks, den Biosphärenpark, um den hier lebenden Menschen und den Projekten eine gewisse Sicherheit und Mitgestaltung zu geben. Umwelt ist auch Müllvermeidung, Kreislaufwirtschaft, Weiterentwicklung biogener Abfälle, aber natürlich auch jene Ressourcen des Recyclings und der Wiederverwertung, wo sich Kärn-

Strauß

ten in den letzten Jahrzehnten äußerst positiv aufgestellt hat. Aber man kann immer noch besser werden und immer noch darauf hinweisen, speziell wenn man sich Statistiken ansieht. Gerade im Hausmüll gibt es nach wie vor noch viel, viel Fehlwurf und das sieht man auch in den Statistiken oder den Ergebnissen, wenn man sich die große Müllverbrennungsanlage in Arnoldstein anschaut, wie viele Tonnen falscher Müll oder Müll, der falsch deklariert oder abgegeben wurde, sich jährlich über den Hausmüll findet und der unter Umständen einerseits Kosten verursacht, andererseits natürlich, wenn er richtig recycelt worden wäre, vielleicht die eine oder andere Entlastung der einzelnen Müllhaushalte auch noch mit sich bringt. Die Zukunftscoalition steht auch in ihrem Arbeitspapier und den gemeinsam unterschriebenen Grundlagen für die Sicherung und den Schutz des Trinkwassers und für die Beibehaltung von öffentlich-rechtlichen und Wassergenossenschaften innerhalb des Kärntner Gemeindegebietes, um auch hier jene Diskussionen, die in den letzten Monaten gegriffen haben, dass die Europäische Union eine Privatisierung anstrebt und dass viele andere auf das Kärntner Wasser zugreifen. Diese Regierung steht aber auch für jene Situation, was das Thema Energie betrifft, dass zukünftig Einzelpersonen der Landesregierung nicht mehr in ihrer Verantwortung Wasservermögen an Dritte verkaufen werden können. Denn wenn ich KELAG-Anteile verkaufe, verkaufe ich auch Wasseranteile und die Stromproduktion in Kärnten funktioniert großteils durch Wasserenergie. Und wenn ich ein Aktienpaket verkaufe, dann habe ich zukünftig neue Besitzer, die auf die Staumauer Einfluss haben, die aber auch auf das Wasser, das verkauft worden ist, einen gewissen Einfluss haben. Das ist in der Sachlage so gegeben, ohne im Detail darüber zu diskutieren, wie der Vertrag auf- und angesetzt ist. Wir stehen vor einer großen Herausforderung auch im Bereich Umwelt zum Thema Straße, Bahn, aber auch zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes Kärnten im Rahmen des Lückenschlusses 380 kV-Leitungen. Kärnten ist hier isoliert und steht isoliert gegenüber den anderen Bundesländern, aber natürlich auch gegenüber den anderen Staaten da. Hier sind wir alle aufgefordert, natürlich im Speziellen der Referent, aber an der Spitze auch der Landeshauptmann, wie weit wir hier neue Wege gehen, und nicht nur über Verordnungen den Bürgerinnen und Bürgern mitteilen,

passt auf, da wird was passieren, sondern wie groß wir die Chance der Miteinbindung bei diesen Projekten mit der Mediation und mit Bürgerbeteiligungen als Chance der Entwicklung nützen. Hier sind wir gefordert. Es war auch ein großes Thema in den Gesprächen der Koalitionsverhandlungen, und ich glaube, das ist der richtige Ansatz. Nur so wird es uns gelingen, Wirtschaftsimpulse, Infrastrukturimpulse und natürlich auch unter Umständen größere Projekte der Vernetzungen in Kärnten notwendig zu machen. Dass die Energiewende fortgesetzt werden muss und Kärnten hier den erfolgreichen Weg weiter beschreiten soll, wird sich zeigen, wenn das Budget 2013/2014 dem Kärntner Landtag vorgelegt wird. Die letzten Jahre waren geprägt von Aushungerung von Referenten, von Aufteilung auf fünf bis sechs Referate immer zum selben Thema „Energie“ in welcher Form auch immer. Die Koalition bekennt sich hier zu einer Aufgabentrennung, aber zugleich auch zu einer gemeinsamen Entscheidung. Die regionale Energiepolitik muss natürlich auch die Chance einräumen, die Bürger hier mit einzubinden und Förderungen in Zukunft auch so zu gestalten, dass sich ein wesentlicher Förderungsanteil darin widerspiegelt, dass auch sozial Schwächere die Möglichkeit haben, diese Energiewende, diesen Austausch und diese neuen Energieformen hier bei solchen Projekten mitzunehmen. Viele würden gerne investieren, sie sehen sich aber momentan trotz der einen oder anderen Förderunterstützung nicht in der Lage, eine Umstellung von fossilen auf andere Energieträger zu gewährleisten. Wenn man dann hier Projekte hat und dementsprechende Projekte vorstellt, muss die Möglichkeit sein, dass man raumplanerische und raumordnerische Maßnahmen über die Kommunen einfließen lässt, um allen Bevölkerungs- und Gesellschaftsteilen die Möglichkeit zu geben, hier neue Energieformen zu finden.

Das Thema der Isolierungen bzw. der Sanierungen von Gebäuden wird immer ein Thema sein und muss in Zukunft eine dementsprechende Berücksichtigung finden. Die Erzielung von Niedrighausstandards sowie der Wegfall von fossilen Brennstoffen ist eine Verpflichtung. Der Ausbau, die Vernetzung und die weiteren Bestrebungen im Rahmen von e5-Programmen müssen und werden in dem Bereich der gemeinsamen Regierungserklärung auch abgebildet.

Strauß

Last but not least – ich möchte das auch noch ansprechen – dass Kärnten mit der Republik Österreich, mit der österreichischen Bundesregierung nie locker lassen darf, dass ein Ausstieg aus der Atomkraft und aus dem Atomstrom nach wie vor eines der großen Ziele auch der Kärntner Landesregierung und des Kärntner Landtages ist. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Geschätzte Damen und Herren! Heute haben schon einige Rednerinnen und Redner über den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, über die Verkehrsnetze, über die S-Bahn, über viele, viele Situationen gesprochen. Andererseits muss natürlich auch jenen, die diese Forderungen aufstellen, die Möglichkeit gegeben sein, die Steuerungen so zu lenken, dass nicht nur neue Bahnstrecken und Anbindungen entstehen, sondern wir auch die Möglichkeit einräumen, hier mehr Flexibilität an den Tag zu legen. Was meine ich damit? Ich kenne das oft von vielen Diskussionen. Man fordert eine Shuttle-Einrichtung. Jene, die es fordern, sind dann nicht bereit, das anzunehmen. Sie fahren nach wie vor mit ihren eigenen PKWs, aber bei der Forderung und bei der Unterschriftenaktion waren sie die Ersten, die unterschrieben und die das gemacht haben. Hier werden wir alle gefordert sein, wenn wir den Ausbau des öffentlichen Verkehrs weiter in Angriff nehmen, auch bei anderen Unterstützungen zu überlegen, ob wir sie noch gewähren oder ob wir sie gänzlich zu streichen haben werden. Beides wird aus meiner Sicht nicht gehen und auch nicht funktionieren. Zusammenfassend folgende Punkte betreffend Umwelt- und Energiesituation: Der Klimaschutz, die erneuerbaren Energien, die Green Jobs und die Umwelttechnologien, der Strahlenschutz und die Atomenergie, der Natur- und der Artenschutz, die Nachhaltigkeit, die Luft-, Lärm- und Verkehrssituation, das Abfall- und Ressourcenmanagement, der betriebliche Umweltschutz und etwas ganz Wesentliches, die UVPs werden wesentliche Herausforderungen sein, die die zukünftige Landesregierung und der zukünftige Landtag in die Beratungen aufnehmen wollen.

Geschätzte Damen und Herren, ich darf noch einen Punkt von den Umwelt- und Energiethemen in Richtung Tourismus mitnehmen. Der Abgeordnete Hannes Anton hat Tourismusgesetz-Veränderungen ausgeführt. Ja, das passiert halt, wenn man ein Gesetz in einer Nacht- und

Nebelaktion durchwinkt, dann müssen wir es verändern. Wir sind alle aufgefordert, dieses Tourismusgesetz wirklich einer Veränderung zuzuführen, weil viele, viele Gemeinden aber auch Tourismusverbände und unter Umständen auch Regionen, die zu GesmbHs oder Region GesmbHs werden, momentan mit dieser gesetzlichen Formation, so wie es jetzt ist, nicht zusammen kommen. Wir Sozialdemokraten stehen im Wesentlichen oder in groben Zügen schon zu jener Aussage, dass jene Wirtschaftseinheit, die die Summen erwirtschaftet, auch das Recht hat, diese Summe für weitere Maßnahmen umzusetzen. Man darf aber etwas nicht vergessen, wir leben nicht in einem isolierten Raum, hier Wirtschaft, hier nicht Wirtschaft, hier Arbeitgeber, hier Arbeitnehmer, sondern wir leben in einem gemeinsamen Raum, wir leben in gemeinsamen Gemeinden und wir leben in einem gemeinsamen Bundesland. Die Sorge ist nur jene – und das spreche ich auch als Bürgermeister an – dass die Gemeinden und die Kommunen in ihrer politischen Tätigkeit aber auch Verantwortung mit ihren Mitarbeitern zu Verwaltungsstationen werden und keine Möglichkeiten mehr haben, Gestaltungen durchzuführen und jene Mittel, jene Steuern dann womöglich andere in eine Situation bringen, gewählte Mandatarinnen und Mandatare in der Ausübung ihrer Tätigkeiten absolut – ich will nicht sagen – zu beschneiden, aber zu verändern. Das ist der springende Punkt auch bei diesem Gesetz. Es gibt viele Vorschläge dazu. Ich schätze, wenn wir alle guten Willens sein werden, wird es die eine oder andere Novellierung zu diesen Gesetzen und Gesetzes-situationen geben.

Einen Satz noch zur Frau Kollegin der Grünen, Zalka Kuchling. Ich war selbst bei diesen Dialoggesprächen, Dialogforen dabei. Eine meiner Forderungen unter dem ehemaligen Landeshauptmann als Vorsitzführender in der ersten Sitzung – mehr als eine Sitzung hat es nicht gegeben, die zweite hat dann nie mehr stattgefunden – war meine Frage an den damaligen Landeshauptmann und an alle Beteiligten: Wie kann man eine Norm finden, damit das ewige Diskutieren über die Musikschulen und über slowenische Musikschulen zu einem Konzert führt, wo alle im selben Orchester unterwegs sind? Wenn wir guten Willens sein werden – ich denke, das wird mit absoluter Sicherheit unter der Führung des Landeshauptmannes Peter Kaiser so sein –

Strauß

werden wir auch dort einen wesentlichen Beitrag zur Gemeinsamkeit, zur Solidarität in Kärnten finden. Danke sehr! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Franz Pirolt. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Landesrat! Werte Besucher in den Besucherrängen! Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Ich werde mich heute nicht mehr allzu lange aufhalten. Ich werde mir eher den Punkt „Gemeinden“ herausnehmen, natürlich auch als Betroffener, als Abgeordneter und gleichzeitig als Bürgermeister. Erfreulich ist die Erkenntnis, dass man sich zur Gemeindeautonomie im Regierungsprogramm grundsätzlich bekennt. Autonomie bedeutet aber natürlich auch ein hohes Maß an Verantwortlichkeit, an eigener Bestimmtheit, an eigener Kreativität, daher glaube ich, kann man das Programm soweit als gut ansehen, wenn die Dinge auch entsprechend abgearbeitet werden. Zu einer Autonomie gehört ein Maximum an freier Verfügbarkeit über die Finanzen. Es ist an sich nicht einzusehen, dass in etwa 85 Prozent der Gemeindefinanzen über die Mittelströme uns zukommen und über die letzten paar Prozent, über die Bedarfszuweisungsmittel sich das Land eigentlich viel an Mitspracherecht einbehält, vor allem, was die Auszahlung, die Umwandlungen und ähnliche Dinge anbelangt. Da, glaube ich, brauchen wir einfach mehr Freiheit, um entsprechend schneller reagieren zu können, um Aufträge schneller abarbeiten zu können. Es ist auch selbstverständlich, dass die Gemeinderevision auf die Finanzen zugreifen und diese auch prüfen kann. Dessen will ich mich nicht verwehren, aber in der Entscheidungsfreiheit müssen wir einen größeren Rahmen haben.

Eine weitere Hilfe, es ist hier auch im Regierungsprogramm angesprochen, dass wir im Regulativ, was die Widmungen anbelangt, was die Gewerbeberechtigungen anbelangt, was das Naturschutzrecht anbelangt, was auch die Um-

weltverträglichkeitsprüfungen anbelangt, da glaube ich auch, dass wir einen Katalog brauchen, der es den Gemeinden zumindest einmal freistellt, bis zu einer gewissen Größe selber handeln zu können und nicht wegen jedem Schmarren nach Klagenfurt pilgern und bei den hohen Beamten anklopfen zu müssen und beinahe auf deren Gnaden angewiesen zu sein. Das ist für das Jahr 2013, glaube ich, nicht mehr zeitgemäß. Hier erwarte ich mir auch, dass die Regierung/neu, sage ich einmal, den Weg, den man begonnen hat zu gehen, auch konsequent weiter verfolgt. Ich habe natürlich auch die Sorge, dass man in diesem Regierungsprogramm, wenn man von Gemeindeautonomie spricht, gleichzeitig schon wiederum auch durchaus zentralistische Ansätze drinnen wieder findet. Das ist für mich wiederum zu so sehen, wenn man meint, man muss alle Gemeindeverbände irgendwann unter einen Dachverband hineinbringen, um so am Ende wieder riesengroße Einheiten zu schaffen, in denen sich keiner mehr auskennt, in denen der Chef nicht mehr selber mitarbeitet und damit im Prinzip wieder Intransparenz Fuß fassen kann. Wir haben es erlebt, dass die Gemeindeverbände in etwa, glaube ich, um 1990 – zumindest ist es so im Bezirk St. Veit geschehen – auseinandergelegt worden sind. Der Schulgemeindeverband war ein eigener. Jetzt ist der Sozialhilfverband wieder ein eigener geworden und die Verwaltungsgemeinschaft sowieso. Wenn heute ein Verband wie der Schulgemeindeverband, der jährlich um die 5, 7 Millionen Euro verbaut, nicht einen eigenen Geschäftsführer und eine eigene Verwaltung haben soll, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Dasselbe gilt für den Sozialhilfverband. Ich spreche jetzt wieder nur für den Bezirk St. Veit. Da haben wir ein Umsatzvolumen von 8 Millionen. Ich glaube, wenn man 8 Millionen Euro bewegt, dann hat man das Recht, selbstständig zu sein. Das ist das Eine. Die Regulierungen insgesamt müssen weiterhin auch greifen, denn wir sind beinahe nicht mehr handlungsfähig. Wenn ich mir heute als Bürgermeister einer kleinen Gemeinde alleine dieses Bäderhygienegesetz anschau, dann kommt einem wirklich auch punktuell irgendwo das Grausen, weil wir bald nicht mehr in der Lage sein werden, das Bad noch aufzusperren, damit die Menschen dieses überhaupt noch nutzen können. Ich glaube, da müssen alle diese Dinge, die uns im Wesentlichen nur mehr beschränken und nicht mehr helfen, den Bürgern ein gutes

Pirolt

Angebot zu geben, so weit sein – das hat heute schon einer gesagt – wenn wir ein Gesetz beschließen, müssen wir zwei wegräumen. So ungefähr könnte die Richtung vielleicht auch einmal funktionieren.

Zu den Feuerwehren ist auch schon etwas gesagt worden. Da geht es auch um den Punkt, wo die Feuerwehr, die Freiwilligenarbeit insofern unterstützt werden sollte, als dass die Feuerwehrleute während des Einsatzes auch die Entgeltfortzahlung oder wie immer das heißt, bekommen. Ich glaube, da sind Papiere ausgearbeitet worden. Da würde ich aber die neue Regierung bitten, dass sie vor allem beim Bund einwirkt. Denn das sind Dinge, die man nicht auf Landesebene regeln kann, sondern da ist der Bund gefordert, massiv seinen Beitrag zu leisten, damit sich das verbessert.

Die Landwirtschaft kommt natürlich so wie immer eher ein bisschen zum Handkuss. Das ist so, wenn man nur mehr 3 Prozent an Bevölkerungsanteil insgesamt zu verbuchen hat. Die Landwirtschaft kommt da natürlich immer ein bisschen zu kurz. Die Landwirtschaft und die Bauern sind für die Gemeinden wichtige Partner. Wenn ich nur an den Winterdienst denke: Wir lagern das zu 100 Prozent aus. Auf die werden wir einfach mehr schauen müssen. Hier werden die Mittelströme so gehen müssen, dass sie auf Familienbetriebe achten werden müssen. Da ist vor allem euer Bauernbund gefordert und dass man auch in Wien darauf eingeht, denn ich sehe Folgendes, dass wir in 30 Jahren 50 Prozent der Bauern nicht mehr haben. Nicht weil sie faul sind und nicht arbeiten wollen, sondern weil sie einfach mit den Produktionsbedingungen die Lust verlieren, daheim überhaupt noch etwas zu tun. Wenn einer, ich sage einmal, der kleine Einheiten hat, wenig Stück Vieh hat, dort noch investieren muss, der kann sich das buchstäblich nicht mehr leisten. Und da laufen wir Gefahr, dass wir einerseits die Landwirtschaft, den offenen Raum verlieren, zweitens Wohnraum verlieren, weil jeder, der nicht mehr da draußen am Hof bleibt, muss letzten Endes irgendwo hin und sich eine Sozialwohnung besorgen. Also ich glaube, da haben wir durchaus ein Handlungsspektrum, wo es gut ist, sich das genau anzuschauen. Der öffentliche Verkehr ist ebenfalls etwas, das man mittlerweile immer hinausbringt vom Bund zu den Gemeinden, weil das ist recht praktisch, der Kleinste wehrt sich am wenigsten.

Der Bund ist hergegangen und hat überhaupt dem Verkehrsverbund noch einmal die Mittel gestrichen, damit draußen die Linien noch einmal eingestampft werden. Auch da sind sie gefordert, dass der Bund entsprechend den Aufgaben, die er wahrzunehmen hat, auch seine Leistungen gegenüber den Gemeinden und den Bürgern am Land erbringt. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Zur Kultur möchte ich mich nicht weiter auslassen. Hochkultur, Tiefkultur, der Begriff ist nicht von uns geschaffen worden, der ist irgendwo in dieser Hälfte irgendwann geschaffen worden. Und noch ein Punkt: S 37 – der Sicherheitsausbau der S 37 kommt da drinnen auch nicht vor. Da fordere ich für den Bezirk St. Veit ein, dass dieser Sicherheitsausbau im Bereich Pöckstein bis Hirt und bis zur Landesgrenze endlich auch realisiert wird, von Ihnen mitgetragen wird, von der Landesregierung Neu, sodass auch der nördliche oder der St. Veiter Bereich an die Wirtschaftsräume in der Steiermark und den Zentralraum Kärnten/Mittelkärnten seine Anbindung erhält. In diesem Sinne werden wir darauf achten. Es ist nicht allzu Neues, sage ich, herauszulesen, aber wir werden auf das, was da drinnen steht, achten, damit das Maximum davon umgesetzt werden kann. Danke! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Ines Obex-Mischitz. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Danke schön! Herr Landeshauptmann! Herr Landesrat! Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind noch immer in der Debatte der Regierungserklärung und ich finde, diese Regierungserklärung ist ein schöner Neubeginn für Kärnten. Man liest es in allen Teilen der Erklärung, sie zeugt von einer völlig anderen Kultur, von einem völlig anderen Umgang miteinander, mit den Themen, die Kärnten bewegen und die Kärnten braucht. Es ist ja auch erstmalig, dass eine Regierungserklärung von drei Parteien erstellt worden ist. Und so bin ich ausgesprochen stolz und es ist sehr schön, wieder an diesem

Obex-Mischitz

Rednerpult zu stehen mit dem Wissen, wie es der Erste Präsident Ing. Reinhart Rohr in der Antrittsrede vom 28. März versprochen hat, dass in diesem Haus ein neuer Stil eingesetzt wird, umgesetzt wird. Man merkt es ja heute schon und ich freue mich wirklich auf viele interessante Diskussionen in diesem Haus ohne Beleidigungen und ohne persönliche Untergriffe. Unser Landeshauptmann Dr. Kaiser hat in seiner Regierungserklärung über die wichtigsten Themen für Kärnten und seine Bevölkerung gesprochen. Ein großer Teil davon betrifft meinen Kompetenzbereich - Soziales. Und es ist für mich auch wieder sehr schön, in der ersten Arbeitssitzung des Landtages über eine Neuerung zu sprechen, die in der ersten Regierungssitzung schon passiert ist. Man hat in dieser ersten Regierungssitzung beschlossen, den Pflegeregress abzuschaffen und die Zuzahlung ab 1. Mai einzustellen, die Zuzahlung für die Heime, damit das der Vergangenheit angehört. Dieser Pflegeregress ist ein Beispiel aus der Vergangenheit gewesen, wie man völlig, wirklich völlig an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei agieren kann. Bei der Zuzahlung von Heimkosten durch Ehepartner oder durch Kinder geht es nicht darum, wie es so oft erzählt worden ist, dass ein Ehemann oder eine Ehefrau für einen Angehörigen oder dass ein Kind für eine Mutter oder einen Vater etwas zahlen muss, und es geht auch gar nicht darum, ob es viel ist, € 50,--, € 80,--, € 130,--, € 260,-- im Monat an Zuzahlung an ein Heim zu zahlen, sondern es geht einfach darum, dass jeder Mensch in Kärnten oder überhaupt auf der Welt das Recht hat, in Würde zu altern mit der Betreuung, die er oder sie braucht. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und Abg. Mag. Kuchling.*) Und es geht weiters auch darum, dass dieser Mensch, dieser Mann oder diese Frau kein schlechtes Gewissen haben muss, wenn Angehörige zuzahlen. Es geht darum, dass die Kosten, die durch diese Pflege entstehen, auf alle aufzuteilen sind, auf alle zu verteilen sind, weil es ja fast alle brauchen. Das sind wir unserer älteren Generation schuldig und über kurz oder lang uns selber und unseren Kindern. Dass dieser Pflegeregress im Bereich von Menschen mit Behinderung – und diese Zuzahlung war in Österreich einmalig, kein anderes Bundesland hat solch einen Unfug beschlossen – in diesem Bereich auch mit 1.5. eingestellt wird, ist ein weiterer, wichtiger Schritt und ich bin wiederum stolz, dass ich da stehen und das sagen kann, weil wir wirklich

hart darum gekämpft haben. Für uns ist die Zeit des Drüberfahrens vorbei und ich freue mich wirklich über den Beginn einer neuen Sozialpolitik in Kärnten. Ich hoffe, es werden dieser Maßnahme – und da bin ich mir sogar sicher – in den kommenden fünf Jahren noch viele folgen. Wir werden neue Akzente setzen und das wird Kärnten und seinen Menschen sicher gut tun. Einen zweiten Akzent hat die neue Sozialreferentin Dr. Beate Prettnner auch schon gesetzt. Sie hat den Aufnahmestopp für die fFS-Gutenberg beendet. Im Regierungsprogramm bekennt sich die Kärntner Zukunftscoalition zum Erhalt des bfz und der SfS-Gutenberg als Kompetenzzentrum parallel zur Umsetzung der Inklusion, denn dass wir beschlossen haben, dass die SfS-Gutenberg sowie das bfz als Angebot und Kompetenzzentrum erhalten bleiben, schließt für uns die angestrebte Inklusion von Menschen mit Behinderung nicht aus. Es geht ja letzten Endes beim Begriff der Inklusion – und der Begriff geht ja ganz klar und eindeutig über den Begriff der Integration hinaus – darum, dass der Fokus ganz klar auf das ganze System unserer Gesellschaft gelenkt wird und nicht wie bei der Integration auf den Einzelnen mit seinen Defiziten. Die Inklusion zielt darauf ab, ganze Strukturen, die kompletten Rahmenbedingungen, alles zu ändern, um damit ein System für alle gemeinsam zu schaffen. Und dafür muss es bei uns wirklich zu einem Umdenken und zu einem Wechsel kommen. Einem Wechsel vom einzelnen Ansatz hin zum System. Das bedeutet eine komplette Systemänderung in Kärnten. Und an dieser Stelle drängt sich ganz natürlich die Frage auf, inwieweit in diesem Zusammenhang gesellschaftliche Realität und Visionen zur Inklusion aufeinanderprallen. Und dass sie aufeinanderprallen, davon können wir wirklich ein Lied singen. Das merkt man und das ist so und das erfordert viel Diskussion und viel Fingerspitzengefühl. Die Sozialreferentin Dr. Beate Prettnner hat mit dem Zeichen, dass das bfz das Kompetenzzentrum und die SfS-Gutenberg dazu mit dem ganzen Know-how – das ist ja gewachsen in jahrelanger Arbeit, da ist ja wirklich viel Know-how dahinter – so lange erhalten bleiben, bis die Strukturen in Kärnten geändert sind. Und sie hat damit ein ganz wichtiges Zeichen für alle Betroffenen gesetzt, die wirklich – und das habe ich selber erlebt, ich habe mit vielen von ihnen gesprochen – verzweifelt waren. Denn eines kann man ganz klar und deutlich festhalten: Wenn Inklusion in

Obex-Mischitz

Kärnten funktioniert, wenn sie wirklich funktioniert, dann braucht man keine Sonderschule mehr, dann hebt sich das einfach auf, das läuft aus. Es wird dann einfach nicht mehr gebraucht. Darum kann man als Conclusio sagen, Inklusion kann man nicht verordnen, so wie es einfach passiert ist. Mit uns wird es dieses Drüberfahren über die Menschen, in diesem Fall über die Eltern, über die Kinder, die Jugendlichen, die Lehrerinnen und Lehrer, die Behindertenbetreuerinnen und -betreuer im bfz nicht geben, sondern mit uns wird es einen Plan geben, den alle mittragen. Den alle mittragen, weil das macht Sinn und davon bin ich felsenfest überzeugt, dann wird es auch funktionieren. Wir werden diesen fehlenden Plan erstellen und so einen wahrscheinlich langfristigen – weil schnell wird das nicht gehen – gemeinsamen Entwicklungsprozess aller Beteiligten starten, welcher sich unter anderem an den ganzen Grundsätzen, die dazu gehören, die Teilhabe, Chancengleichheit, Selbstbestimmung, Mitwirkung, Bewusstseinsbildung usw. orientiert. So schaut für mich oder für uns nachhaltige Sozialpolitik nämlich aus. In diesem Sinn bin ich sicher, dass die Sozialpolitik der neuen Legislaturperiode viele Akzente im Sinne der Menschen Schritt für Schritt setzen wird und dass die Regierungserklärung, über die wir heute schon sehr lange debattieren, mit vielen Beschlüssen mit Leben gefüllt wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächster Redner ist der Abgeordnete Alfred Tiefnig gemeldet. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Tiefnig** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann! Herr Landesrat! Es ist Zeit für den Sport. Wir haben jetzt ja schon sehr lange über dieses Regierungsprogramm diskutiert und wir sitzen schon sehr lange, deswegen ist es Zeit für den Sport. Und Gott sei Dank gibt es einen Landeshauptmann und Sportreferenten, der Breitensportler und Spitzensportler ist und einen Sportsprecher der SPÖ, der anno dazumal Profi- oder fast Profifußballer war, eine Trainerausbildung in Innsbruck gemacht hat und die von Sport etwas verstehen. Daher ist es sehr

länglich, dass sich der Sport im Regierungsprogramm wiederfindet. Das ist ganz besonders wichtig, weil, dass der Sport ein Abbild unserer Gesellschaft ist, das ist, glaube ich, keine Frage. Es eine erzieherische, gesundheitsfördernde, gesellschaftliche, soziale, aber auch – und Gott sei Dank findet sich das wieder – eine wirtschaftliche Funktion und das findet sich im Regierungsprogramm wieder. Dass gerade der Sport in vielen gesellschaftlichen Bereichen Ansatzpunkt in sozialpolitischen Aktionen ist und dass er ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, das spiegelt sich darin wider, dass jeder fünfte Arbeitsplatz unmittelbar mit dem Sport im Zusammenhang steht. Und der hohe Stellenwert der Ehrenamtlichkeit, ob das die Funktionäre, die Eltern oder Großeltern sind, ich glaube, das gehört in Zukunft noch mehr unterstützt und gefördert. Der Zugang zum Sport soll auch in Zukunft eben ohne Hürden und leistbarer werden, denn es ist ein ganz besonderes Ziel dieser Regierungsperiode, diese Sportpolitik so umzusetzen. Aber was mir ganz besonders wichtig ist, das ist mir in der Vergangenheit abgegangen, ist die Unterstützung der Dachverbände und Fachverbände, denn sie sind die Säulen der Sportpolitik und des Sportlandes Kärnten. Die Breiten- und die Randsportarten bzw. der Spitzensport und der Leistungssport hängen unmittelbar damit zusammen und nur durch eine Breite kann man eine Spitze erreichen. Das weiß auch der Herr Sportreferent so gut wie ich, der weiß, was Spitzenleistungen bedeuten. Für mich als ehemaligen Sportler ist es ganz besonders wichtig, da ich auch Sportfunktionär war, dass dieser positive Aspekt auch ins Regierungsprogramm vollinhaltlich aufgenommen worden ist, weil die Fehler der Sportstättenplanung bzw. Sportstättenbauleitpläne nicht mehr wiederholt werden dürfen. Die Fehler der Vergangenheit dürfen wir nicht mehr machen, das haben wir schon gehört, wie gesagt. Es soll dafür Sorge getragen werden, dass ein gut vorbereitetes, mit Fachwissen gespicktes Sportstättenentwicklungskonzept erstellt wird. Dass die Sportstätten, die manchmal brach liegen, obwohl es tolle Sportstätten sind, frei zugänglich und nachhaltig genutzt werden müssen, ich glaube, über diese Dinge brauchen wir nicht zu sprechen. Im Sinne unserer Sportlerinnen und Sportler, aber auch der vielen motivierten Funktionärinnen und Funktionäre wünsche ich eine gute, eine gesunde und eine leistungsfähige Zukunft im Kärntner Sport *(Beifall*

Tiefnig

von der SPÖ-Fraktion und Abg. Dr. Lesjak.) und ich bin felsenfest davon überzeugt, dass durch eine nachhaltige Sportpolitik das Sportland Kärnten seinem Namen wieder gerecht wird. Also soweit ein Beitrag zu den Sportinhalten im Regierungsprogramm.

Einige Kolleginnen und Kollegen werden sich jetzt wundern, ich als zukünftiger Land- und Forstwirtschaftssprecher der SPÖ Kärnten möchte auch zu diesem Thema ein paar Punkte ansprechen. Meine Beziehung zur Landwirtschaft ist ja eine andere Sichtweise, und zwar, bin ich Konsument, ich bin begeisterter Anhänger von heimischen Lebensmitteln und ich habe einen Brotberuf, wo mindestens 80 Prozent meiner Kunden landwirtschaftliche Betriebe sind.

Und diese Außenseite der Medaille ist auch sehr wichtig, dass man die kennt. Was ich da mitgenommen habe von vielen, vielen meiner Kunden, die immer wieder eingefordert haben, es soll eine flächendeckende, ökologische, ökonomische und gesunde Landwirtschaft geben, da stehe ich voll dahinter! Das findet sich natürlich auch im Regierungsprogramm wieder, etwas ganz Tolles! Die Koalitionsparteien haben sich darauf verständigt, dass diese negative Entwicklung im ländlichen Raum – und das haben wir heute auch schon sehr oft gehört, beim ländlichen Raum geht es nicht nur um den Siedlungsbau, sondern da geht es auch um die Kulturlandschaft und da geht es auch um die gesunden Lebensmittel. Ich könnte da jetzt sehr, sehr viele Punkte aus dem Regierungsprogramm herausnehmen. Ich werde es etwas abkürzen. Aber einige Punkte sind mir sehr, sehr wichtig. Dass die verlässlichen Bedingungen für die Absicherung der bäuerlichen Bevölkerung und der Familienbetriebe – lieber Ferdinand, da bin ich voll bei dir – dass das wirklich nachhaltig passiert und das zentrale Anliegen, die Lebensmittelversorgung, und dass es gesunde, regionale, ökologische und qualitativ hochwertige Lebensmittel gibt. Ich bin auch gleichzeitig ein Hobby-Koch. Wenn man heimisches Fleisch vom heimischen Bauern kauft, dann weiß man, dass das nicht von irgendwo zugeliefert wurde, sondern dass wirklich beste Qualität dahintersteckt, *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und*

von der Fraktion der Grünen.) aber wie gesagt, dass natürlich die Weiterentwicklung der Bio-Landwirtschaft, liebe Barbara Lesjak, auch was sehr, sehr Wichtiges ist und dass wir das auch ablehnen, die berühmte grüne Gentechnik. Das muss man absolut ablehnen! Dass die Landwirtschaft und der ländliche Raum etwas ganz Wichtiges für den Tourismus, für den sanften Tourismus in Kärnten sind – Kärnten ist ein Tourismusland – da brauchen wir nicht darüber nachzudenken, dass man das nachhaltig unterstützen soll. Dass die landwirtschaftliche Bildung, ob das jetzt aus dem Bezirk Spittal Litzlhof, Drauhofen oder Pitzelstätten oder die vielen guten Einrichtungen der landwirtschaftlichen Ausbildung sind, natürlich unterstützt werden muss, das ist, glaube ich, das Amen im Gebet, um auch die Nachfolge in den einzelnen Familienbetrieben zu sichern und zu fördern. Wie gesagt, ich könnte noch sehr, sehr viel ausführen, aber ich bin mir sicher, dass, wenn wir zusammenarbeiten und die Eigeninteressen zurückstellen – das gibt es nämlich auch in der Landwirtschaft sehr, sehr oft, aber ich glaube, das können wir auch in Zukunft hintanstellen – dass wir es gemeinsam schaffen, diese Regierungserklärung in den meisten Punkten umzusetzen und im Sinne der Kärntner Bevölkerung, der Kärntner Landwirtschaft positiv umzusetzen. In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Meine geschätzten Damen und Herren! Wenn es auch nach genauer Interpretation der Geschäftsordnung und nach Durchsicht der Rechte des Präsidenten durchaus möglich wäre, eine Sitzungsunterbrechung zur Durchführung von Sportübungen zu machen, werde ich das nicht tun, denn die Geschäftsordnung schreibt vor, dass vier Stunden nach Eingehen in die Tagesordnung die Dringlichkeitsanträge zu erledigen sind. Ich darf in diesem Zusammenhang den Landtagsdirektor ersuchen, den 1. Antrag vorzutragen!

Schober

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

A) Dringlichkeitsanträge:

Ldtgs.Zl. 33-2/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Maßnahmen für ein leistbares Wohnen in Kärnten mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag möge beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, einen sprunghaften Anstieg der Mieten von über 6.000 Wohnungen durch eine Verlängerung der Laufzeit von Wohnbauförderungsdarlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1992 zu verhindern.

Weiters wird die Kärntner Landesregierung aufgefordert, Wohnungen von gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaften, die aufgrund notwendiger Sanierungen, hoher Mietkosten sowie schlechter Anbindung an die kommunale Infrastruktur leer stehen, durch eine entsprechende Förderung für z. B. Sanierung und/oder Umbau zu kleineren Wohneinheiten wieder nutzbar zu machen.

Abschließend wird die Kärntner Landesregierung aufgefordert, dem Kärntner Landtag ein neues Wohnbauförderungsgesetz vorzulegen, welches insbesondere durch neue Finanzierungsmodelle im geförderten Wohnbau sicherstellt, dass das Wohnen für die Menschen leistbar bleibt.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich der Abgeordnete Ebner gemeldet. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf verweisen, dass die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt ist. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Ebner** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Ich werde die fünf Minuten wahrscheinlich nicht ausschöpfen, denn dieses Thema ist heute schon in der Aktuellen

Stunde behandelt worden. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Leistbares Wohnen ist nicht nur in Kärnten, sondern auch in Österreich in aller Munde. Umso wichtiger ist es, dass wir das auch in Kärnten nicht nur populistisch, sondern auch seriös angehen und seriös diskutieren. Wir haben derzeit einfach viele leer stehende Wohnungen. Ein vielfacher Grund dafür ist auch, dass es zu teuer ist. Auch wenn das Wohnen, so wie wir es am Vormittag schon gehabt haben, in der Stadt gleich teuer ist wie am Land, dann kommen wir gleich drauf, dass das auch ein Raumplanungsproblem ist. Diese Wohnungspolitikmaßnahmen müssen einhergehen mit der Raumplanungspolitik, daher muss, wie wir es schon im Antrag drinnen haben, die Zweckbindung der Wohnbaufördermittel wieder eingeführt werden. Die Darlehenslaufzeiten sollten verlängert werden, damit so die Mieten gesenkt bzw. zum Stagnieren gebracht werden, damit es zumindest einmal keine Verteuerung gibt. Leistbares Wohnen ist unbedingt notwendig. Ein Dach über dem Kopf ist ein Grundbedürfnis der Menschen, deswegen bin ich guter Dinge, dass wir ein neues Wohnbauförderungsgesetz nicht Husch-Pfusch, aber dann mit seriöser Diskussion im Ausschuss diskutieren und auch auf die Reise schicken werden. Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes hat sich der Abgeordnete Pirolt Franz gemeldet. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Hoher Landtag! Grundsätzlich ist es erfreulich, dass dieser Dringlichkeitsantrag noch einmal gestellt worden ist. Im Grunde ist am 30. Januar mit einem einstimmigen Regierungsbeschluss Ähnliches bereits schon beschlossen worden. Ich gebe der Frau Kollegin Lesjak durchaus recht, dass man den Scherbenhaufen aus dem 92er-Jahr, aus den 80er-Jahren und aus den 90er-Jahren einmal repariert, weil wenn ich daheim schaue, die Wohnungen aus dieser Zeit sind die

Pirolt

teuersten. Die, die wir vor drei oder vier Jahren gebaut haben, sind wesentlich günstiger. Die günstigsten Wohnungen sind überhaupt die gemeindeeigenen. Das ist wirklich erstaunlich! Da muss man sich ja fragen: Wo sind die Kostentreiber bei den Wohnbaugenossenschaften? Da müsste man einfach einmal tief hineinschauen in diese ganzen Genossenschaftsstrukturen. Insgesamt glaube ich, ein nochmaliger guter Antrag und wir werden diesem ebenfalls zustimmen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes hat sich der Abgeordnete Herbert Gaggl gemeldet. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Hohes Haus! Geschätzter Herr Präsident! Wir werden dem Dringlichkeitsantrag zustimmen, weil leistbares Wohnen ein Grundbedürfnis überhaupt jedes einzelnen Menschen ist und weil leistbares Wohnen vor allem auch für uns im ländlichen Raum ein ganz entscheidender Faktor ist. Sonst können wir von Abwanderung reden, wie wir wollen, wenn wir im ländlichen Raum nicht Wohnraum schaffen, der leistbar ist, dann werden wir daran kläglich scheitern. Deswegen gibt es die Zustimmung von der ÖVP-Fraktion zu diesem Dringlichkeitsantrag. Herzlichen Dank! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen zum Abstimmungsverfahren. Bitte, die Plätze einzunehmen! Es ist die Zweidrittelmehrheit erforderlich. Wer dem Antrag zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Das ist einstimmig so beschlossen. Mir liegt zur Sache keine Wortmeldung vor. Ich lasse nochmals über den sachlichen Inhalt abstimmen. Wer damit einverstanden ist, noch einmal ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich Einstimmigkeit fest. Somit ist dieser Dringlichkeitsantrag erledigt. Ich darf den Landtagsdirektor ersuchen,

den zweiten vorgezogenen Dringlichkeitsantrag vorzutragen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Ldtgs.Zl. 36-1/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs und des Grünen-Klubs betreffend Aufrechterhaltung der Bahnverladestationen in Kärnten mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag möge beschließen:

Die Kärntner Landesregierung, insbesondere der zuständige Landesrat Mag. Christian Ragger, wird umgehend aufgefordert, in Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen und der Rail Cargo Austria zu erreichen, dass in Kärnten bestehende Güterverladestationen aufrecht erhalten bleiben, um eine nachhaltige Netzinfrastruktur zu gewährleisten und den Gütertransport für den Wirtschaftsstandort Kärnten abzusichern.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Bei diesem gemeinsamen Antrag von ÖVP und den Grünen wurde vereinbart, dass der Abgeordnete Dipl.-Ing. Michael Johann begründet. Ich bitte ihn zum Rednerpult! *(Abg. Dr. Lesjak: Die Abgeordnete Schautzer hat sich zur Dringlichkeit gemeldet.)* Mir liegt eine Wortmeldung von Herrn Dipl.-Ing. Michael Johann vor. Wenn das geändert werden soll, dann mir das bitte zu sagen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Tut mir leid, dass wir darin noch nicht so geübt sind. Wir hoffen aber, eine Meldung zur Dringlichkeit von der Frau Schautzer und eine Meldung zur Sache von mir abgeben zu können. Ich kann das gerne auch in einem vornehmen. Die ÖBB Rail Cargo Austria haben bereits im Herbst letzten Jahres angekündigt, mehrere Güterverladestationen in Kärnten zu schließen. Betroffen ist vor allen Dingen der Südkärntner Raum, die Rosentalstrecke. Da sind die Verladebahnhöfe in Weizelsdorf und Feistritz gefährdet, wo jährlich

Dipl.-Ing. Johann

80.000 bis 100.000 Festmeter Rundholz verladen werden. Es sind weiters Firmengleise der Firma Urbas, der Firma Mahle auch gefährdet, die hier zum Teil auch Schwertransporte oder Sondertransporte abwickeln. Das Land Kärnten hat beim Bau der Hochleistungsbahn 140 Millionen Euro mitgezahlt, damit Kärnten hier als Wirtschaftsstandort besser anschließen, das Bahnnetz besser nützen kann. Das wird allerdings für Kärnten keine wirklichen Vorteile abwerfen, wenn wir hier keine Güterverladestellen mehr haben. Es ist sehr wichtig, dass die Firmen ihre Gleise auch direkt vor Ort haben für den Standortvorteil, deswegen ersuchen wir die Landesregierung und insbesondere den zuständigen Landesrat Mag. Ragger, hier Verhandlungen mit der Rail Cargo Austria und mit den ÖBB aufzunehmen, um diese Güterverladestellen weiter zu erhalten! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes hat sich der Abgeordnete Franz Wieser gemeldet. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Wieser** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer! Es handelt sich hier um einen Dringlichkeitsantrag, einen Antrag, den wir auch in der vergangenen Periode bereits einmal diskutiert und eingebracht haben, weil wir alle miteinander mit der Errichtung der Koralmbahn viele Erwartungen gehegt haben, viele Erwartungen seitens der Kärntner Politik in diese Koralmbahn gesetzt wurden, aber ich glaube auch seitens der Kärntner Wirtschaft und seitens der Kärntner Bevölkerung. Es ist eine Verbindung von Norden nach Süden, die dazu beitragen soll, dass uns zum einen auch der Personenverkehr an große Städte anbindet und hier viele Kilometer mit dem Privat-PKW überflüssig werden vor allem für Leute, die sich beruflich in anderen Städten aufhalten und auf Transportmöglichkeiten angewiesen sind. Wir erwarten uns davon auch im Tourismus einige Belebungen, indem die Leute in Zukunft, wenn der Verkehr auf der Straße noch teurer wird, noch unattraktiver wird, vielleicht doch mit der Bahn an-

reisen können. Aber wir erwarten uns vor allem auch für die Wirtschaft, dass wir hier die Möglichkeit haben, Betriebe anzusiedeln, dass wir Gewerbeparks errichten, Industrieparks errichten im Umfeld von der Bahn. Hier nützt uns eine Koralmbahn nichts, die durchrauscht, wo wir nur nach links und nach rechts nachschauen können, wenn wir keine Bahnanschlüsse haben, wo die Industrie, wo das Gewerbe wirklich die Möglichkeit hat, an Ort und Stelle zu verladen und damit den Transport über die Bahn abzuwickeln. Jede Betriebsansiedelung bringt auch Arbeitsplätze. Ich glaube, Arbeitsplätze brauchen wir in Kärnten dringender denn je. Wenn wir über die Abwanderung aus Kärnten reden, dann glaube ich, ist damit das Fehlen von speziellen Arbeitsmöglichkeiten verbunden, die die Jungen haben, wenn sie irgendwo hingehen, um zu studieren, wenn sie woanders ihre ersten beruflichen Erfahrungen sammeln. Viele würden gerne zurück nach Kärnten kommen, wenn sie hier Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten vorfinden würden. Ich glaube, dass hier die Gewerbeparks, Industrieparks an der Bahn eine Möglichkeit sind, dass wir attraktiv werden für Betriebsansiedelungen, sei es vom Ausland, vor allem aber auch, dass sich heimische Betriebe dementsprechend entwickeln können, um hier Arbeitsplätze zu errichten.

Ich möchte ein Beispiel aus dem Raum Kühnsdorf berichten, wo die Gemeinden herangegangen sind, einen interkommunalen Gewerbepark im Bereich von Kühnsdorf zu errichten, wo bereits viel investiert wurde, nicht nur an Wissen, sondern vor allem auch finanziell. Wenn die Rail Cargo und die ÖBB heute hergehen und diesen Bahnhof schließen wollen mit der Begründung, dass er zu wenig ausgelastet ist, berauben sie uns eigentlich der Zukunft unseres Landes, weil wir wirklich an die Zukunft denken und hier alles daransetzen müssen, dass wir diese Bahnhöfe erhalten für die Zukunft unserer Wirtschaft, für die Zukunft der Forstwirtschaft und damit eben auch der Landwirtschaft, aber ich glaube, vor allem auch für unsere Umwelt und die Zukunft unserer Bevölkerung. In dem Sinn bitte ich euch alle, diesen Dringlichkeitsantrag auch dementsprechend zu unterstützen. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächster Redner zur Dringlichkeit ist der Abgeordnete Jakob Strauß gemeldet. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Aufrechterhaltung der Bahnverladestationen in Kärnten – ich komme mir fast vor wie in einem falschen Film, was da jetzt von Abgeordneten, speziell der ÖVP, gesprochen worden ist. Die Auskunftsfrage waren politische Entscheidungen vor knapp zehn Jahren, die Privatisierung war an oberste Stelle gesetzt, man hat die ÖBB zerstückelt. Das Paradeunternehmen des österreichischen Staates, die Österreichische Bundesbahn, wurde zerstückelt in sieben einzelne Betriebe. Und ein Teil dieser Betriebe ist die Rail Cargo. Verantwortlich waren zu diesem Zeitpunkt ÖVP und Freiheitliche in der Bundesregierung. Und das habt ihr noch abfeiern lassen. Und heute herauszukommen ans Rednerpult und zu sagen, „Mensch Meier, was ist denn jetzt passiert? Die Rail Cargo bedient nicht mehr!“ Die Rail Cargo bedient Gesamtösterreich, nur muss jemand auch das Interesse haben, speziell die Wirtschaft, der Rail Cargo einen Auftrag zu geben! Die Rail Cargo wurde privatisiert und nach einer Privatisierung in eine Gesellschaftsform ist die Rail Cargo in eine Holding verpackt und in dieser Holding ist auch die GmbH der Rail Cargo vorhanden. Wenn die Rail Cargo keine Aufträge aus der Wirtschaft bekommt, wenn die Rail Cargo keine Aufträge hat und wenn in Kärnten viel zu wenig aufgelegt wird, dann kann die Rail Cargo nicht fahren und wenn sie defizitär unterwegs ist, dann müsste sie den Konkurs anmelden. Wir haben in Österreich 430 Möglichkeiten, an Verladestationen zu verladen. Wenn man das Beispiel einer Privatisierung in großem Stil in Frankreich anschaut: Das gesamte Bundesgebiet in Frankreich hat 42 Verladestationen, um Güter aufzuladen. Und dementsprechend sind wir alle aufgefordert, nicht nur die Kunden, auch jene, die die Wirtschaft betreiben, zukünftig von jener Frächtersituation wegzukommen, weil sie scheinbar die beste und angenehmste und womöglich die idealste ist. Wir kriegen alles auf dem LKW, regen uns aber alle auf, weil die Straßen kaputt sind, weil die

Emissionen nicht passen, weil der Lärm zu hoch ist, aber es legt niemand auf die ÖBB auf. 360.000 Festmeter beträgt allein im Bezirk Völkermarkt der jährliche Holzeinschlag. Wieviel wird auf die Bahn verladen? 10 Prozent! Und dann zu erwarten, dass die Rail Cargo Wunder wirken kann? Geschätzte Damen und Herren, wir werden dem Dringlichkeitsantrag die Unterstützung selbstverständlich geben, ich erwarte mir aber im Ausschuss vielleicht einen dementsprechenden Antrag, um allen Abgeordneten und jenen, die sich dann womöglich bei einer Zuweisung in einen Ausschuss mit dieser Thematik befassen, jene Situation vorzustellen. Wir diskutieren hier um Schließungen. Die Rail Cargo schließt keinen einzigen Bahnhof, die Rail Cargo schließt und baut kein Gleis ab, die Rail Cargo sagt nur Folgendes: Aufgrund der Unterentwicklung des Frachtaufkommens können wir nicht mehr fahren. Es steht aber jedem Unternehmer, jeder Industrie und jedem frei, unter Umständen auch Dritte – die Netze sind offen, in Europa sind sämtliche Schienennetze offen – zu holen. Und wenn unter Umständen das Gefühl, mit der Bahn zu verladen und mit der Bahn zu transportieren so stark ausgeprägt ist, steht es auch jedem Unternehmer, jedem Wirtschaftstreibenden und jeder Industrie frei, sich unter Umständen auch eine Lokomotive und ein paar Waggons zu kaufen und selbst auf den Gleisen der österreichischen Netze und der internationalen Netze unterwegs zu sein. *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)* Das ist meine Situation. Geschätzter Herr Abgeordneter Franz Wieser! Das hat schon überhaupt nichts mit den Personenbahnhöfen zu tun, das hat schon überhaupt nichts mit dem Tourismus zu tun, die Wirtschaft muss das Interesse zeigen. Ich war selbst dabei, als der Generaldirektor des Konzernes der Österreichischen Bundesbahnen am 8. Oktober im Spiegelsaal der Kärntner Landesregierung gesessen ist. Es gibt einen großen Holzunternehmer im Lavanttal: „Ich brauche die Eisenbahn nicht, mir ist das nur recht, wenn wir mit dem LKW unterwegs sind. Somit habe ich nur mehr einen Ansprechpartner und kann die Frächter unter Druck setzen.“ *(Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!)* Das ist der Beitrag. Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Die Sozialdemokratie wird diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung erteilen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächster Redner hat sich der Dritte Präsident Josef Lobnig gemeldet. Bitte dich zum Rednerpult!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In aller Kürze zu dem vielen, bereits Gesagten. Interessant finde ich es von der Textierung her, dass der Herr Landesrat Mag. Ragger aufgefordert wird, wobei man immer wieder diskutiert hat, man soll die Zuständigkeiten zusammenführen. Hier haben wir zwei Zuständigkeiten, einerseits hat man den Personenverkehr Herrn Landesrat Holub zugeteilt und den Güterverkehr Herrn Landesrat Ragger, also eine interessante Konstellation. Wenn man schon von Zusammenführung spricht, hat man hier genau das Gegenteil gemacht, aber wir werden aus freiheitlicher Sicht dem Antrag die Zustimmung geben, weil es hier nur um eine rechtliche Materie geht, die die Zuständigkeit des Landesrates Ragger betrifft. Und wenn – ich gehe davon aus – es eine positive Entwicklung in diesem Bereich geben wird, dann wird auch die Rail Cargo oder auch die ÖBB Geld einfordern und sagen, ja wir machen es, aber dann bedarf es einer Zuzahlung des Landes Kärnten oder von wem auch immer. Ich denke einmal, es würde mich schon interessieren, was der Dipl.-Ing. Kern von der ÖBB als Vorstandsdirektor oder Herr Schiefer von der Rail Cargo dazu sagen könnten, wenn dieser Antrag in dieser Form trotzdem einmal in einem Ausschuss behandelt werden könnte. Das glaube ich schon, weil wir hier immer von falscher Solidarität reden, die hier gelebt wird, wenn man sagt, „ja, wir sind dafür.“ Nur, wer nutzt dann das Ganze? Das ist für mich immer die große Frage. Das ist dasselbe, als wenn ich sage, ich brauche den Lebensmittelhändler als Nahversorger im örtlichen Raum, nur einkaufen geht keiner, alle fahren zum Supermarkt. Das ist für mich eine falsche Solidarität, die wir gegenüber solchen Institutionen leben, auch wenn es richtig ist, dass wir natürlich im Vorfeld Investitionen von Gemeinden erfahren haben, um in diesem Raum einen Gewerbepark zu errichten, damit wir dort eine Belebung hineinbekommen. Wenn natürlich jetzt diese Linien überhaupt im Güterverkehr mangels Wirtschaftlichkeit eingestellt

werden, kann ich das niemandem verwehren in einem privatwirtschaftlichen Unternehmen, Gewinnmaximierung ist die Maxime und wenn ich Verluste habe, habe ich das einzustellen. Das ist eine ganz gewöhnliche Handlung im betriebswirtschaftlichen Sinn und daher werden wir trotzdem diesem Antrag, sowohl bei der Dringlichkeit als auch dem Inhalt, unsere Zustimmung geben. Wie gesagt, wenn die Zuzahlung oder was auch immer verlangt wird, dann ist nicht Landesrat Ragger, sondern sind andere Herrschaften am Zug. Danke! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Mir liegt zur Dringlichkeit keine weitere Wortmeldung mehr vor. Bitte die Plätze einzunehmen, wir kommen zum Abstimmungsvorgang. Es ist wieder die Zweidrittelmehrheit erforderlich. Wer dem Antrag zustimmt, bitte ein Zeichen mit der Hand! – Das ist einstimmig so angenommen. Zur Sache hat sich der Abgeordnete Dipl.-Ing. Michael Johann gemeldet. Bitte ihn zum Rednerpult!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Zum vorher Gesagten möchte ich schon noch ergänzen, Herr Strauß, dass es wirklich zu bedauern ist, dass die ÖBB zerschlagen worden ist, aber man muss auch schauen, was in der Zwischenzeit passiert ist. Die Rail Cargo Austria hat in Ungarn und in Italien hunderte Millionen Euro verloren mit Expansionsprojekten, die dort schiefgegangen sind. Hier in Kärnten geht es um ein paar hunderttausend Euro, die da an Verlusten gebaut werden. Man sollte schon auch die Vorleistungen sehen, die hier von Seiten des Staates, auch von Seiten des Landes Kärnten kommen. Der Bau der Koralmbahn kostet 5,2 Milliarden Euro. Es ist so, dass das Land Kärnten, wie gesagt, 140 Millionen Euro aus eigenen Mitteln hier freiwillig dazuzahlt, ebenso das Land Steiermark. Es ist so, dass hier erhebliche Investitionen da sind und das muss auch berücksichtigt werden. Diese Bahnhöfe, diese Güterverladebahnhöfe werden gebraucht, das sind 100.000 Festmeter allein im Rosental. Es besteht eigentlich der Bedarf nach mehr, nur können die ÖBB nicht mehr Waggon liefern.

Dipl.-Ing. Johann

Warum können sie nicht mehr Waggons liefern? Weil sie ihre Waggons verkauft haben und teuer wieder zurückmieten müssen. Ihnen gehören weder die Schienen noch die Waggons noch irgendetwas und natürlich ist es dann schwer, damit noch ein Geschäft zu machen. Für die Kärntner Wirtschaft ist es aber ganz wichtig, dass das erhalten wird, deswegen sind hier auch Lösungen zu finden und es sollten auch Lösungen gefunden werden, die nicht nur – wie im November – für ein paar Monate bis nach der Wahl oder nach der nächsten politischen Entscheidung andauern, sondern die längerfristig sind. Bei der Rosentalbahn zum Beispiel geht es ja darum, dass die Steilstrecke zur Hollenburg sehr viele Kosten beim Güterverkehr verursacht, weil man da mit einer eigenen Lok fahren muss. Das geht nicht mit einer normalen Lok, und deswegen wäre es wichtig, dass die andere Strecke, nämlich über Rosenbach nach Fürnitz, auch weiter erhalten bleibt. Die ist ja auch für den Personenverkehr eine Gefahr. Und das ist schon eine Strecke, die auch in den nächsten Jahren abgebaut wird, wenn da kein Güterverkehr, kein Personenverkehr mehr laufen wird. Deswegen glaube ich, ist es ganz wichtig, jetzt einzuschreiten und jetzt tätig zu werden, weil, wenn diese Schienen einmal verkauft sind, baut die nie wieder wer dorthin. *(Beifall von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Zur Sache hat sich weiters Abgeordneter Klaus Köchl gemeldet. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Lieber Abgeordneter von unserem befreundeten grünen Klub! Das

stimmt so einfach nicht! Ich als Eisenbahner kann dir sagen, die ÖBB kann Werkzeug liefern, nur es wird nicht bestellt. Und ich verstehe die Österreichischen Bundesbahnen, die nach dem Aktiengesetz verpflichtet sind, so zu arbeiten, wie sie arbeiten müssen, dass das in Zukunft einfach nicht gehen kann und auch nicht gehen wird. Wir können jetzt da im Kärntner Landtag sehr viele Anträge einbringen, nur es wird in dieser Art und Weise ganz einfach nicht gehen. Es ist damals unter der Regierung Schüssel und Haider ganz einfach so beschlossen worden und wenn das die Österreichische Bundesregierung und der Nationalrat nicht rückgängig machen, dass man als ÖBB volkswirtschaftlich denkt, wird kein vernünftiger Wirtschaftler bei den ÖBB das so machen. Es tut mir leid, Waggons wären sicherlich genug vorhanden. Wenn es eine Garantie gibt, dass hier jeden Tag 20 Waggons verladen werden, dann werden eigens Waggons dafür gebaut und zur Verfügung gestellt und das über Jahre, das kann ich euch versprechen, das ist ein gutes Geschäft. Nur so geht es leider nicht. Das wollte ich nur sagen, dass die ÖBB das sehr wohl liefern kann. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen zum Abstimmungsvorgang. Bitte die Plätze einzunehmen! Es ist wiederum die Zweidrittelmehrheit in der Sache erforderlich. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich wieder Einstimmigkeit fest. Somit sind die vorgezogenen Dringlichkeitsanträge abgearbeitet und wir fahren in der Tagesordnung, nämlich zu Punkt 1, fort.

Tagesordnung (Fortsetzung)

Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Ebner gemeldet. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Ing. Ebner** (SPÖ):

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir in der Debatte um die Regierungserklärung weitergehen, dann darf ich vielleicht eingangs

Ing. Ebner

anknüpfen an den Kollegen Redecsy, der gesagt hat, ohne Gesundheit ist alles nichts oder Gesundheit ist nicht alles oder an den Kollegen Malle, der gesagt hat, Wirtschaft ist nicht alles, nur ohne Wirtschaft ist alles nichts. Ich möchte das ein bisschen salopp erweitern und sage: „Verkehr ist nicht alles, aber ohne Verkehr steht alles still.“ Damit bin ich beim Thema und damit meine ich den öffentlichen Verkehr und auch den Individualverkehr. Den öffentlichen Verkehr hat ja die Kollegin Schautzer schon sehr ausführlich dargelegt und da decken sich die Meinungen sehr, deswegen werde ich das nicht alles wiederholen. Vielleicht nur noch ein paar Worte dazu: Ich glaube auch, dass es unbedingt notwendig ist, dass der Taktverkehr, der Gott sei Dank eingeführt worden ist und auch gut angenommen wird – da hat ja Kärnten, muss ich sagen, jahrzehntelang geschlafen, die anderen Bundesländer, Tirol, Vorarlberg, mit der gleichen Dichte der Bevölkerung haben das schon längst gehabt. Da muss ich fairerweise dem Gerhard Dörfler auch Danke sagen, dass der das in der Richtung sehr engagiert gezeigt hat. Aber es ist auch notwendig, diesen Taktverkehr noch zu intensivieren, vor allem auch im Hinblick darauf, dass es neue Haltestellen gibt, nämlich dort stehen zu bleiben, wo die Leute wohnen. Historisch hat es sich oft entwickelt, dass der Bahnhof – was weiß ich – in zwei Kilometern Entfernung ist und sich die Siedlung irgendwo anders hin entwickelt hat. Ich weiß, wovon ich rede. 1990 in meiner Gemeinde in Weißenstein – in Gummern ist der Bahnhof gewesen und die Ortschaft hat sich drei Kilometer weg entwickelt. Dann haben wir über lange Verhandlungen dort endlich eine Haltestelle hinbekommen. Da ist auch Handlungsbedarf gegeben. Wenn ich allein Spittal anschau: Spittal entwickelt sich nach Osten und der Bahnhof ist im Westen. In Spittal/Ost wäre längst eine Haltestelle für den Nahverkehr notwendig. Das nur so am Rande. Natürlich ist es auch ganz, ganz wichtig, dass die öffentlichen Verkehrsmittel im ländlichen Raum nicht zusperrten, sondern dass sie attraktiver gestaltet werden. Ich weiß schon, man kann nicht überall mit der Eisenbahn hinfahren, aber es gibt ja auch Busse und Sammeltaxis und diverse andere Konzepte. Das gibt es alles, aber ich glaube, die Koalition hat sich einig gezeigt, dass in diese Richtung aktiv gehandelt werden soll.

Ich bin auch dafür, dass es günstige Jahresnetz-

karten geben soll. Denn dieses vielfältige Sonderangebot, dort Muttertagsfahrt gratis, das kostet einen irren Werbeaufwand. Ich weiß nur, dass sie in Schweden schon vor 20 Jahren mit einem Schlag die Fahrkartenpreise halbiert haben. Dann haben sie die ganze Marketingabteilung einsparen können, weil die Züge auf einmal voll waren. So einfach geht das! Über das muss man nachdenken, ob man nicht eine günstige Jahreskarte mit einem Tarif für alle Kärntnerinnen und Kärntner anbietet, (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*) dann braucht keiner mehr nachzudenken, wann man einsteigt, wann man nach Hause fährt, ist es Samstag, ist es Sonntag und so weiter. Das wäre auf alle Fälle zu forcieren, natürlich auch im Zusammenhang mit einem neuen Verkehrsverbundkonzept. Zu diesem Thema sage ich: Es darf nicht nur die S-Bahn, es muss auch S-Busse geben.

Die zweite Thematik betrifft auch den Verkehr, natürlich den Individualverkehr und den Wirtschaftsverkehr. Da bin ich vom Beruf her ein bisschen vorbelastet. Das Straßen-Thema ist ein Thema, das auch in der letzten Legislaturperiode schon sehr hohe Aufmerksamkeit erregt hat. Wir haben einmal eine Aktion gestartet und darauf hingewiesen, dass es in Kärnten mit dem Straßenzustand der Landesstraßen nicht allzu gut aussieht. Wir haben in Kärnten 2.600 Kilometer Landesstraßen L und B, also die klassischen ehemaligen Bundesstraßen und die Landesstraßen. Die haben 1.750 Brücken. 1.500 davon haben eine Stützweite, die kleiner als 20 Meter ist, 250 davon haben eine Stützweite, die größer als 20 Meter ist. Wir haben auch 3.500 Mauern - Stützmauern, Futtermauern. Wir wissen alle, dass die Verkehrswege eine wichtige Lebensader für ein funktionierendes Gemeinwesen sind, daher haben wir alles daranzusetzen, dass der Erhaltungszustand dieser Verkehrswege auf hohem Niveau erhalten bleibt. Der dem Kärntner Landtag vorliegende Straßengütebericht aus dem Jahre 2009 – ich sage 2009, es gibt keinen neueren – für die Landesstraßen L und für die Landesstraßen B aus dem Jahre 2010 sagt aus, dass 30 Prozent der Landesstraßen L nur die Güteklasse 1 bis 2 haben – es gibt da ein Schulnotensystem von 1 bis 5 – und 70 Prozent der Landesstraßen L weisen die Güteklasse 3 bis 5 auf. Da ist also dringendst Handlungsbedarf gegeben! Wenn wir die Straßen nicht rechtzeitig sanieren,

Ing. Ebner

wir wissen, was dann passiert: Der Asphalt beginnt auszumagern, Risse entstehen, Wasser dringt ein, Frostschäden entstehen und dann kommen die berühmten Schlaglöcher. Das ist die Folge. Dem Bericht der Abteilung – vorher 17, jetzt 9 – ist zu entnehmen, dass, die Zahl ist heute schon einmal gefallen, 500 Millionen Euro erforderlich wären, um diese Landesstraßen L in einen guten Zustand zu bringen. Wir wissen alle, dass das eine utopische Summe ist, aber wir müssen endlich darangehen, uns dieser Thematik ernsthaft anzunehmen und auch zu erkennen, dass wir nicht überall teure Umfahrungen bauen müssen. Wir müssen einmal schauen, dass wir die Straßen, die wir haben, erhalten, weil sonst wird alles irgendwann einmal zusammenbrechen. Daran ist zu erkennen, dass es wichtig ist, hier die Mittel für die Erhaltung gezielt einzusetzen. Vor Jahren haben wir 70 Millionen Euro gehabt, jetzt haben wir 35 und davon müssen wir noch Bad St. Leonhard mit dem Forfaitierungsmodell abfinanzieren. Das ist nicht das, was das Ziel sein sollte. Wir sollten unbedingt schauen, dass der Straßenzustand in Kärnten verbessert wird. Wir müssen so wie beim Kassasturz auch da schauen, dass wir da eine Art Kassasturz in der Form machen – wir werden heute noch einen diesbezüglichen Antrag einbringen – dass dieser Straßengütekataster auch öffentlich und transparent einsehbar ist. Man kann das dann im KAGIS abbilden. Dann sieht man genau von Note 1 bis Note 5 grafisch dargestellt: Wo sind die Straßen gut? Wo sind sie besser? Wo sind sie schlecht? Damit erreicht man nämlich eines, dass man an die Straßenzustandssanierungen seriös herangeht. Damit erreicht man, dass es dann nicht mehr sein kann, dass der, der am lautesten schreit, die Straßenbaustelle bekommt. Damit erreicht man eines, dass man mit dieser Freunderlwirtschaft aufhört: Nur weil vielleicht dort ein bekannter Bürgermeister ist, kriegt halt der die Baustelle. Das soll nicht sein! Das soll aus meiner Sicht in Zukunft seriös angegangen werden. Einen diesbezüglichen Antrag für den Verkehrsausschuss bringt die SPÖ heute ein. Ich hoffe, dass wir ihn auch seriös und ausreichend diskutieren. Das ist dann, glaube ich, eine gute Basis für eine ausreichende, notwendige Straßenerhaltung in diesem Lande. Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes hat sich Herr Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Danke! Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Werte Beamtenschaft! Liebes Protokoll! Ich möchte, wenn Sie es mir gestatten, eine sehr lange Rede, weil ich versuchen wollte, auf jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten einzugehen, doch etwas kürzen und mich auf wesentliche Dinge konzentrieren. Gestatten Sie mir, dass ich vorweg generell für alle Rednerinnen und Redner aus meiner Sicht festhalte: Erstens danke für den Vertrauensvorschuss! Ich hatte beim letzten Mal nicht die Gelegenheit, das auch im Namen meiner Regierungskolleginnen und -kollegen darzustellen. Es tut gut, wenn man auch trotz Oppositions- und Koalitionssituation im Kärntner Landtag große Bestätigung findet. Ich werte das als Vertrauensvorschuss der Damen und Herren Abgeordneten gegenüber dem Regierungsteam. Wir werden versuchen, wenn ich das namens meiner Kolleginnen und Kollegen sagen kann, dem auch gerecht zu werden. Das Zweite: Ich möchte ein Kompliment aussprechen. Herr Präsident, du gestattest, dass ich das generell formuliere. Der Stil, die Inhalte und auch die Qualität der heutigen Wortmeldungen und die Diskussion des Regierungsprogramms sind aus meiner Sicht dem erstens gerecht geworden und zweitens haben sie auch gezeigt, dass trotz gewisser Unterschiede, die es einfach aufgrund der unterschiedlichen Historie gibt, sehr wohl das Wohl des Landes Kärnten eigentlich in jeder einzelnen Wortmeldung – und ich habe mir jede angehört – zum Durchbruch gekommen ist. Ich glaube, das ist ein guter Start, ohne jetzt von übertriebener Harmonie, Gemeinsamkeit und Gleichförmigkeit zu sprechen, es ist ein guter Start in einer gewissen Vielfalt, bei der, wenn das Ziel, das fokussierende Ziel dasselbe bleibt, eigentlich auch der Weg dorthin zwar unterschiedlich sein mag, aber letztendlich das Ziel erreicht wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)* Ich empfinde es - als jemand, der seit 1989 in die-

Mag. Dr. Kaiser

sem Hause in unterschiedlichen Funktionen tätig war - als äußerst wohltuend, nämlich den Stil, die Atmosphäre, in der die heutige Debatte, obwohl inhaltlich manchmal kontroversiell, abgelaufen ist. Wenn ich nur kurze Zeit zurückblicke an das erste Quartal dieses Jahres hier im Hohen Haus, dann ist hier wirklich etwas passiert, das, hoffe ich, auch im Sinne der Kärntner Bevölkerung, für die wir ja letztendlich tätig zu sein haben, positiv registriert wird. Meine Damen und Herren, eine Regierung kann eigentlich nur so gut sein, wie es ein Kärntner Landtag zulässt, ermöglicht und mit seinen Auftragstellungen gegenüber der Regierung auch darstellt. Das sagend möchte ich einmal mehr und noch einmal genauso deutlich wie in der Regierungserklärung namens meiner Regierungskolleginnen und -kollegen darstellen, dass wir einer Aufwertung des Kärntner Landtages, einer klaren Trennung der Zuständigkeiten zwischen Legislative, Exekutive und in politphilosophischer Form auch der Jurisprudenz in diesem Lande auf alle Fälle das Wort reden. Ich bin der Meinung, dass der Souverän in letzter Konsequenz der Kärntner Landtag zu sein hat und dass die Regierung umzusetzen hat, was der Kärntner Landtag in seinen politischen Entwicklungen darzustellen hat. Realist seiend und selbst auch Parteivorsitzender und wissend, dass entscheidende Personen natürlich auch aufgrund der gewissen hierarchischen Struktur einer Partei in der Landesregierung sitzen, erwarte und erhoffe ich mir vom Kärntner Landtag, dass er trotzdem im Interesse der Kärntner Bevölkerung jene Wegmarkierungen, jene Weichenstellungen vornimmt, die notwendig sind, dass wir in der Regierung in Umsetzung ihrer Beschlüsse auch das Entsprechende erreichen können. Dass die Budgethoheit dem Kärntner Landtag anheim gestellt ist, zeichnet dieses Gremium aus. Es wird daher letztendlich jede einzelne Forderung auch der Kärntner Landesregierung, jedes einzelnen Kollegen, jeder einzelnen Kollegin von Ihnen zu prüfen, zu bewerten und letztlich mit Zustimmung auszuzeichnen sein.

Wir haben einige Schwerpunkte in den verschiedenen Wortmeldungen gehört. Besonders wesentlich herausgefiltert aus den Wortmeldungen, die Sie gesagt haben, meine Damen und Herren, würde ich fünf große Überschriften für Entwicklungslinien, die Kärnten nehmen sollte – und ich werde das jetzt in jovialer Form so benennen,

Kärnten als XY-Land et cetera. Ganz klar durchgekommen in den Wortmeldungen in allen Fraktionen ist die Bedeutung, dass sich Kärnten als Bildungsland zu etablieren hat. Wir haben hier gute Chancen. Meine Damen und Herren, ich rufe in Erinnerung, dass Klagenfurt von allen österreichischen Regionen die höchste Maturantinnen-, Maturantenquote hat. Wir haben eine zwar noch sehr, sehr junge Universität mit gerade 43 Jahren. Wir haben ein junges Fachhochschulwesen. Wir haben eine Pädagogische Hochschule, die auch noch nicht so lange als Hochschule tätig ist. Das ist in Universitätsjahren gemessen – Kollegin Lesjak wird mir das bestätigen – ja fast schon jungfräuliches Alter. Aber wir werden sukzessive – und denken Sie nur allein an die 11.000 Studierenden an der Klagenfurter Universität – auch in diesem Bereich sehr viel gut machen. Wir werden hier auch wissenschaftlich-politisch gesehene, kritische Größen erreichen, die notwendig sein werden, um das, was an Potential vorhanden ist, auch in entsprechender Form umzusetzen. Daher: Kärnten als Bildungsland ist für mich ein großer Auftrag, den ich von den Damen und Herren Abgeordneten hier mitnehme.

Der zweite Bereich, soweit ich mich erinnern kann, nahezu ausnahmslos auch in vielen Wortmeldungen aller Fraktionen vorgekommen, ist das Bekenntnis zu einem Gesundheitssystem. Wir wissen, dass Gesundheit zwar nicht alles ist, aber letztendlich ist alles ohne Gesundheit, wenn sie nicht vorhanden ist, auch nichts und nur die Hälfte wert, daher werden wir dieses Gesundheitssystem, und das kann ich Ihnen als ehemaliger Gesundheitsreferent berichten, ich weiß es auch bei der Beate Pretzner in guten Händen, dass kärntenweit eigentlich in den letzten 15 Jahren Großes gelungen ist. Ich sage das deswegen, weil immer wieder auch der Konnex zwischen Finanzierbarkeit und Qualität des Gesundheitswesens benannt und betitelt wird. Wir haben von 1999 – Kollege Redecsy kann das bestätigen – bis zum heurigen Jahr an der Kostensteigerung die zweitgeringste Kostensteigerung nach Wien. Wien ist aufgrund der Konzentration seiner Krankenhäuser nicht unmittelbar im Maßstab 1 : 1 vergleichbar. Wir haben aber das Ganze erreicht durch eine Leistungsplanung, die parallel geht zu den verschiedenen Entwicklungen, die wir im Gesundheitswesen genommen haben. Daher ist für mich auch ein klares Be-

Mag. Dr. Kaiser

kenntnis in sehr erweiterter Form, basierend auf dem Wichtigsten, was wir hier wahrscheinlich lange Zeit im Kärntner Landtag gemacht haben, nämlich die Außerstreitstellung der Gesundheitspolitik und eine gemeinsame Gesundheitscharta als politische Entwicklungslinie zu deklarieren. Wir haben hier beste Ausgangsposition, die keines der anderen acht Bundesländer auch nur annähernd parallel hat. Daher sage ich, Kärnten als Gesundheitsland ist das zweite große Diktum, das ich von heute mitnehme.

Dass Kärnten als Sportland – und das ist in einer der letzten Wortmeldungen von meinem Freund, Kollegen Tiefnig, gekommen – auch seine Meriten und seine Chancen hat, hängt damit zusammen – und Sie gestatten, dass ich ein geflügeltes Wort eines Vorgängers in dieser Funktion als Landeshauptmann heranziehe – er meinte damals, ganz Kärnten sei eine Landesausstellung und hat das auf die Schönheit des Landes und nicht auf andere Eigenarten bezogen. Ich sage, ganz Kärnten ist eine Naturarena, was den Sport betrifft, sowohl was den Breitensport betrifft, aber auch die Möglichkeit, dass sich aus dieser Breite auch Spitzen entwickeln können. Daher ist für mich Kärnten als Sportland auch eines jener Ziele, dem ich in meinem Referat auch Folge leisten möchte.

Kärnten als Kultur- und Tourismusland wird eine große Aufgabenstellung für uns sein. Ich denke, dass wir so manche Ressource noch nicht gehoben, so manche Synergie noch nicht zustande gebracht haben, gerade was die eigentliche wunderbare Dominanz des kulturellen, des Kärntner Kulturlebens in seiner Vielfalt und Reichhaltigkeit durch Sprachen, durch verschiedene Kulturentwicklungen, durch unterschiedliche Ethnien auszeichnet, dass wir hier noch nicht alles so optimiert haben, dass wir daraus auch die größtmögliche – und das sage ich auch bewusst – touristische Nutzung haben, aber nicht nur im Sinne von kommerzieller Nutzung, sondern auch im Sinne von Nutzung für Geist, Seele und anderen Erholungsfaktoren, die dann wiederum zu Gesundheit, Sport, Bildung eigentlich sehr passend, identisch dazu gehören.

Und wir haben auch wörtlich in der Regierungserklärung dazu vereinbart, dass wir ein arbeit- und unternehmerfreundliches Land, ein Land Kärnten sein möchten, das diesen Entwicklungen Vorzug gibt. Wir wissen, dass wir uns

nur das leisten können, was wir selber erwirtschaften. Dass man über Finanzausgleiche, noch dazu bei sinkenden Kopffzahlen, zusätzliche Mittel akquiriert, ist dann und nur dann möglich, wenn die Steuereinnahmen des Bundes steigen. Und dass wir hier bei Steuern bei sechs Parteien hier im Kärntner Landtag gravierend unterschiedliche Auffassungen haben, nicht nur, ob Steuern für Steuerungen der öffentlichen Hand wichtig sind, sondern auch, wer – wenn man schon dafür ist – wen besteuert und zu welchen Lasten das gehen sollte, das ist mir völlig klar. Trotzdem sage ich, die einzige Steigerung, die wir an Ertragsanteilen bekommen können, ist, wenn es auf Bundesebene, die ja 92 Prozent der Einkommen über Steuern für das gesamte Bundesland Kärnten in ihrer Steuerhoheit entscheiden können, dann und nur dann möglich, wenn wir uns zu einer sozial gerechteren Steuerpolitik des Bundes durchringen und diese mit Mehrheiten absichern können. Das ist aber jetzt gerade, sechs Monate oder fünf Monate vor einer Nationalratswahl eher unwahrscheinlich. Das heißt, ich sage es auf den Punkt gebracht: Wir werden uns auf das, was wir haben und was wir auch im nächsten Jahr haben werden, bevor der FRG neu verhandelt wird, konzentrieren müssen und das ist für mich ein Grund, der unter anderem dazu geführt hat, dass ich gemeint habe, wir werden uns nur mehr das leisten können, was wirklich finanzierbar ist und was, so wie es meine Kollegin Gaby Schaunig heute am Beispiel Wohnen gesagt hat, mit einmaligem Einsatz von Euros versucht, mehrere Problemebenen zu minimieren, Arbeitslosigkeit, Abwanderung und die Vermeidung von Armut.

In den einzelnen Punkten, die gekommen sind, erlauben Sie mir, dass ich nicht in Details eingehen möchte. Ich möchte es in Richtung der Fraktionen, wenn Sie es mir gestatten, kurz erwähnen. Ich möchte zum Kollegen Leyrouz stellvertretend für verschiedene Wortmeldungen aus dem FPK-Bereich eines festhalten: Wir haben eine Zweidrittelmehrheit, ja, das ist klar, aber das ist im Wesentlichen nicht neu für den Kärntner Landtag. Wir haben in der letzten Periode eine ganz andere Machtgestaltung gehabt, wo es trotz Koalition eine absolute Mehrheit in einer Regierungssituation gegeben hat. Ich kann nur von meiner Seite her versichern, ich werde jeden Vorschlag, den wir als Koalition einbringen, verteidigen, weil wir ihn vorher geprüft haben.

Mag. Dr. Kaiser

Ich werde dahinterstehen, bis man mich eines Besseren belehrt. Das ist für mich lebendige Demokratie. Ich werde aber auch zuhören, wenn es Vorschläge der Opposition gibt, Anträge für leichte Veränderungen, denn ich nehme eines für uns, weder als SPÖ noch als Koalition in Anspruch, dass wir immer die absolute Wahrheit gepachtet haben. Ich bin einer, der eher dem sehr trivialen System folgt, dazulernen und gescheitert werden ist für mich angewandtes Prinzip der Dialektik. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Ich möchte in einem weiteren Punkt etwas sehr Deutliches sagen: Es ist der Vorwurf mitgeschwungen, ich wüsste nicht, „worauf er derzeit realpolitisch fußt“, dass wir wieder die alten Fehler, die ich wie in meiner Eingangsrede bereits im Jahr 1989 von dieser Stelle aus wiederhole und am 28. März dieses Jahres gesagt habe, alte Fehler in neuen Zeiten nicht mehr zu wiederholen, dass uns das passiert sei. Ich wüsste nicht, in welcher Form das bislang der Fall war. Dass wir natürlich Positionen den Stärkeverhältnissen entsprechend besetzen, ist für mich völlig klar. Wir werden aber auch – und das sage ich hier erstmals, weil die Gesetzesänderungen erst in Kraft gehen werden und geändert werden müssen, aber in der Koalition von allen drei Parteien ausverhandelt worden sind – dafür Sorge leisten, dass beispielsweise im Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds a) die Regierung abgebildet ist in den Aufsichtsräten, b) die in der letzten Legislaturperiode gefassten Geschäftsführungen bzw. Vorstände nicht verändert werden – wir akzeptieren das, obwohl wir die Mehrheit für Änderungen hätten – und wir auch schauen werden, dass dort, wo die Förderanträge, jeder einzelne Förderantrag des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds besprochen, geprüft und letztendlich zur Beschlussfassung vorgelegt wird, auch das Team Stronach, auch die Grünen drinnen sind. Das heißt, wir werden das Gesetz ändern, dass von fünf Vertretern bisher auf sieben abgestellt wird und die SPÖ wird, damit die Sozialpartner vertreten bleiben, auf zwei ihr zustehende Sitze verzichten. Das ist für mich in einer Frage ein Gegenbeispiel zu dem, was Sie argumentiert haben. Es wird wahrscheinlich auch andere Beispiele geben, wo Ihre Argumentation richtiger ist, aus Ihrer Sicht richtiger ist. Ich sage letztendlich, dass ich mich bemühen werde, auch als Vorsitzender der Sozialdemo-

kratie, dass wir eine Politik machen können, die die Unterschiede klar macht, die aber letztendlich eine Behandlung auf Augenhöhe in der Koalition, aber auch hier im Hohen Haus jederzeit ermöglicht.

Eine Korrektur gestatten Sie mir, geschätzter Herr Klubobmann! Die Verbesserung des Maastricht-Ergebnisses, die sich zahlenmäßig im Regierungsbericht wirklich so auswirkt, ist leider keine effektive, es ist eine Umstellung gewesen in der Berechnung und in der Zurechnung von Zuschüssen und Förderungen. Netto oder tatsächlich in Geldwert hat sich leider nichts verbessert, obwohl die Summe von 28 Millionen Euro Differenz natürlich sehr positiv wirkt. In einem Punkt, da bleibe ich dabei, auch wenn Sie das kritisiert haben, ja, ich bin der Meinung, wir sollten auch in Kärnten überlegen, ob wir in manchen Bereichen mit dem Abgehen von monetären Geldleistungen zu Sachleistungen die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht mehr treffen. Es wird nicht in jedem Fall stimmen und immer zutreffend sein, aber in vielen Bereichen ist das Zurverfügungstellen von Infrastrukturen, das Ermöglichen der Nutzung von Infrastrukturen, ohne hier jemandem subjektfördernd Geld in die Hand zu geben, wahrscheinlich in vielen Belangen besser. Stellen Sie sich nur ein Gegenmodell vor im Bereich der Pflege: Stellen Sie sich vor, wir würden jeder älteren Kärntnerin und jedem älteren Kärntner ein gewisses Geld auf die Hand geben. Ob man dann die unterschiedlichen Pflegestufen, ob man dann die unterschiedlichen Bedürfnisse, ob man dann die unterschiedlichen Grade von Einschränkungen des persönlichen Lebens so austarieren könnte, wie es bei Sachleistungen und Infrastrukturen der Fall ist, möchte ich bezweifeln.

Zum Kollegen Hueter und zu den Freunden der ÖVP: Ich glaube, dass die Einbringungen, die vor allem die ÖVP gemacht hat, was die Budgetverantwortlichkeit, was die tatsächliche Referatszuständigkeit ist, auch schon einiges an Zukunft vorweggenommen hat. Wir sind in manchen Bereichen auch bei der Budgetplanung, bei der Haushaltsführung leider gesetzlich noch nicht so weit, weder auf Bundes- noch auf Landesebene. Ich halte es aber für den richtigen Weg, das anzustreben, denn in manchen Bereichen muss sich die Politik dann, wenn sie Steuergelder heranzieht, verwaltet und einsetzt, auch ökonomischen Grundbedingungen beugen. Und

Mag. Dr. Kaiser

ich halte das für einen richtigen Weg, den wir von uns aus auch mitverfolgen wollen. Was ich als sehr positive Entwicklung sehe, ist, dass es den Koalitionsparteien gemeinsam durch die Überzeugungsarbeit des Kollegen Waldner gelungen ist, im Bereich Landesmuseum hier eine mehrjährige Planung und Gegensteuerung zu machen. Ich hoffe und wünsche mir, dass manche kleine Ungereimtheiten, wie es sie im personellen Bereich gibt, Ausgrabung am Magdalensberg etc., ausgeräumt werden können. Sie sind einer gedeihlichen Zusammenarbeit so nicht dienlich.

Wenn ich zu meiner Kollegin Barbara Lesjak von den Grünen kommen kann, die hat, glaube ich, einen Begriff geprägt, der diese breite Benennung der Koalition von Zukunftscoalition bis zu meiner eigenen Interpretation von Kenia-Koalition – Sie erinnern sich an meine Rede hier bei der Regierungserklärung – um eine weitere ergänzt, um eine Koalition der Vernunft. Ich bekenne mich dazu, sehe mich als integrierter Bestandteil derselben, lege nur Wert darauf, dass das im Wesentlichen auch für einen Landtag der Vernunft für alle sechs Parteien hier im Kärntner Landtag gelten kann, gelten soll. Jedenfalls soll das mit ein Ziel sein, das wir gemeinsam anstreben. Was ich sehr, sehr unterstreiche, Kollegin Lesjak, was du gesagt hast, ist endlich das Weggehen vom Selbstinszenieren. Es ist a) teuer, b) bringt es in der Sache nichts und c) zeigt es ein übertriebenes, manchmal überhaupt nicht notwendiges Selbstbewusstsein an. Ich denke, dass wir eher die Stärke im Gemeinsamen, die Stärke im Inhaltlichen, auch die Stärke in einem fruchtbringenden Disput suchen sollten, denn dann werden wir einiges drüberbringen. Zweifelsohne ein Verdienst auch der Grünen in Gemeinsamkeit mit den anderen Koalitionsparteien ist es, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit auch in der Kurzfassung der Referatszuerkennung „Nachhaltigkeit, Energie, Umwelt Neu“ im doppelten Sinne des Wortes und in seiner Bedeutung eigentlich anzeigt, dass wir auch hier zumindest versuchen werden, neue Wege zu beschreiten, deren praktizierte Umsetzung kommen wird.

Zum Kollegen des Team Stronach: Es freut mich, dass wir hier einer Meinung sind, was die Abschaffung des Proporz betrifft. Ich akzeptiere natürlich auch andere Argumente, wie sie von der FPK gekommen sind, denke aber, wenn ich alle Für und Wider, die es auf beiden Seiten

an Argumenten gibt, abwäge, dass letztendlich in der heutigen Zeit auch zur Belebung der Demokratie das klassische Modell von Regierung und von Opposition lebendiger ist, vor allem wenn ich mit einbeziehe, dass Oppositionsrechte entsprechend auszugestaltet sein werden. Die Zielsetzung, die wir uns hier gesetzt haben, die wir in der Regierungserklärung festgelegt haben, ist Ende 2014 und dann entsprechend Zeit auch für die Etablierung von Kontrollrechten, Sanktionsmöglichkeiten, Informationsbereichen und anderes zu haben. Ich sage aber im selben Atemzug, ein bisschen hinter mich blickend, dass das auch bedeuten wird, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, dass der stabile Faktor und der sichere Faktor auch in der Verwaltung eines Landes, nicht in der Politik, aber in der Verwaltung eines Landes, sich mehr auch auf die Beamtenschaft mit auswirken wird, genauso wie mehr darauf abzielen sein wird, dass Kontrollmöglichkeiten des Landesrechnungshofes und anderer Instanzen so gestärkt werden, dass die Demokratie auch in einem ständigen Wechsel politischer Parteien und Machtverhältnisse letztendlich stabil bleibt und gelenkt werden kann. Ich bin mir bewusst, dass wir mit diesem Schritt, den Proporz in Kärnten abzuschaffen, neue Wege beschreiten, die sehr viel Herausforderung eigentlich für jede verwaltende und gestaltende sowie politische Instanz des Landes bringen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion, der Fraktion der Grünen und der Fraktion des Teams Stronach.)*

Eine persönliche Bemerkung sei mir erlaubt: Ich habe mich mit dem Rolf Holub und mit dem Wolfgang Waldner ausgetauscht, als wir nach der konstituierenden Sitzung des Kärntner Landtages gemeinsam in der Loge des Landeshauptmannes waren und wir dort vom Theaterpublikum sehr freundlich empfangen worden sind, als ich dann eine Reaktion darauf hörte, wir sollten in der neuen Bescheidenheit doch eher was anderes tun und nicht ins Theater gehen. Ich sage ganz offen, ich habe seit meiner 5. Klasse Gymnasium ein Theaterabo. Ich bezahle und habe dieses Theaterabo auch in dieser Saison. Ich habe sogar dieses Theaterabo jemandem anderen weitergegeben, ohne es groß in die Medien zu geben und habe mich irrsinnig gefreut, dass wir zu dritt diesem Theater und damit der Kunst, den Künstlerinnen und Künstlern, in einer nicht leichten Zeit des Stadttheaters derzeit in der

Mag. Dr. Kaiser

öffentlichen Bewertung die Reverenz erweisen konnten, weil ich auch wollte, dass – und jeder, der mich kennt, weiß, dass ich weder am Fußballplatz noch sonst irgendwie ein begeisterter Logengeher oder VIP-Klub-Mensch bin, sondern lieber dort bin, wo die Leute sind – man auch im Theater einmal sieht, dass sich das offizielle Kärnten zu diesem Stadttheater, zu den Ausgaben von Kultur und Kunst bekennt und ich weiß, dass ich beim Klubobmann des Teams Stronach, der ja auch selbst ein begabter musealer Mensch ist, ein Museumsleiter mit viel internationaler Erfahrung ist, ich glaube, sogar Vorsitzender des Weltbundes der Museumsleiter, also ich weiß, dass ich hier bei dir auf Verständnis stoße, aber das ja auch nur leicht politisch und nicht inhaltlich gewertet.

Zur Kollegin Trodt-Limpl jetzt auch für das BZÖ: Danke für die Kritik von rechts der Mitte, wie die Eigendefinition lautet. Ich freue mich, dass wir im Bildungsbereich sehr, sehr viele positive Ansätze haben. Ich möchte noch einmal mit einem Satz zu dem, was Ines Obex-Mischitz so wunderbar erklärt hat, zur Gutenbergschule, die ja zu einem Symbol geworden ist, das eher unter Verquerung grundphilosophischer, politischer Grundhaltungen in Fragen der Integration oder Inklusion die Rollen eigentlich anders zuteilt und das österreichweit mit einer gewissen Kampagnenfähigkeit, eines sagen: Ich bekenne mich zur Inklusion, nur möchte ich nicht für dumm verkauft werden. Und ich möchte der Letzte sein, der Menschen für dumm verkauft. Und ich möchte der Allerletzte sein, der möchte, dass jenen Menschen, die darunter leiden und die mehr auf sich nehmen müssen als sich wahrscheinlich irgendjemand von uns herinnen vorstellen kann, dass denen Dinge vorgegaukelt werden, die von einem Tag auf den anderen oder von einem Budget auf das andere so nicht realisiert werden können. Daher sage ich Ja zur Inklusion, schauen wir uns aber bitte, wenn wir UNO-Konventionen zitieren, auch die Übergangsphase der österreichischen Umsetzungen im Bildungsplan an, die lauten 2020. Und machen wir nicht eines, schließen wir nicht jene Institution, die Kompetenz hat, die die meisten Erfahrungen hat, die vielen Eltern, die nach anderen Möglichkeiten gesucht und gerungen haben, die letzte Hoffnung gegeben hat und die auch – und das wird nie erwähnt – auch Arbeitsstätten und versuchte Integration im Arbeitsbe-

reich dort vor Ort innerhalb der Maßgabe der Möglichkeiten der Klientel auch versucht, anzubieten, werfen wir nicht solches Gut und damit Kapazitäten, Expertisen von einem Tag auf den anderen weg. Wenn wir die Institution in ihrer derzeitigen Form nicht mehr brauchen würden, dann sind am allererfreutesten darüber die Eltern und die betroffenen Kinder. Das sollten wir ausmessen und das ist keine politische Bewertung, das ist die Realität von mehr als 100 Leuten, mit denen wir geredet haben. (*Beifall im Hause.*) Ich nehme auch gerne für meine weitere Argumentation, Frau Kollegin Trodt-Limpl, den Begriff Sonderschule geistig in eine andere Richtung. Ich sehe sie als eine besondere Förderschule und ich glaube, dass das vielleicht der Zugang ist, der die Gegnerschaft zwischen Inklusion, Integration, zwischen örtlichen Bereichen etwas überwinden helfen soll. Sie können sicher sein, es wird in Kärnten, solange es diese politische Zusammensetzung gibt, keinen Weg zurück ins Mittelalter der Pädagogik geben, dazu hätte ich dann, glaube ich, das Falsche studiert.

Ich komme zum Abschluss. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, dass eine Regierungserklärung natürlich nur ein Wille sein kann. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir in der Koalition versucht haben, möglichst tief in Denken, Überlegen und Planen zu gehen. Wir haben keine Luftschlösser gebaut. Wir haben versucht, auf Basis einer konkreten Analyse der Kärntner Situation – und die ist prekär in vielen Bereichen – das Bestmögliche zu machen. Ich möchte aber heute die Gelegenheit nutzen, auch darauf hinzuweisen, dass viele Probleme, deren Gesamtauswirkungen nicht einmal die besten Wissenschaftler geschweige denn irgendjemand hier herinnen im vollen Ausmaß einschätzen kann, noch auf uns zukommen werden. Ich sage nur einen Begriff, von dem Sie alle wissen, was damit gemeint ist: Hypo-Haftungen und die jetzige Situation im Bankenwesen in Europa, ich sage die Situation der Europäischen Union, ihres Briefes an die österreichische Bundesregierung und eines möglichen Bescheides, der sofortiges Handeln ermöglicht. Ich habe auch in meiner Funktion als Landeshauptmann gemeinsam mit der Finanzreferentin – und wir werden das kontinuierlich weiter tun – mit allen möglichen Kontakten in Wien versucht, das, was aus Kärntner Sicht das Wichtigste ist, darzustellen. Ich sage Ihnen aber offen, in allen Entscheidungen, in

Mag. Dr. Kaiser

allem, was passiert, sind wir quasi ohnmächtig und wir haben darauf gefasst zu sein, dass das, was dann letztendlich wo auch immer beschlossen wird, Auswirkungen auf Kärnten haben wird. Daher sage ich, sind neue Bescheidenheit, sind Zurückhaltung, sind Transparenz nicht nur politische Begriffe, sie sind, glaube ich, jene Eigenschaften, die wir brauchen, um diese schwierigen Zeiten, die einige Zeit noch andauern werden und die aus meiner Sicht für Kärnten auch gravierende Veränderungen noch zur Folge haben könnten, von uns aus so zu betrachten, dass wir jederzeit, so gut es geht, handlungsfähig sind. Aber wir müssen wissen, dass die größten Probleme des Landes, die schlagend werden von Haftungen und Ähnlichem, von uns selber nie und nimmer selbst in den Griff zu bringen sein werden. Wir werden auf die Hilfe, auf das Verständnis und auf die Kooperation mit anderen angewiesen sein.

Ich möchte nicht mit einem negativen Ausblick, der realistisch ist, enden. Ich glaube, dass eines in Kärnten passiert ist – und ich hoffe, dass das nicht als negativ angesehen wird von jenen, die derzeit eher die Oppositionsrolle in dem Haus haben – ich habe seit dem 3. März persönlich politisch in Kärnten, in anderen österreichischen Bundesländern, auch im Ausland so etwas wie eine geänderte Atmosphäre in Kärnten und für und über Kärnten gemerkt. Ich habe gemerkt, dass viele Menschen sagen, man kann wieder freier atmen. Ich meine auch sehr wohl selbstkritisch, dass vielleicht die Intensität dessen, was auf Kärnten gelastet ist und was an Veränderungen gewünscht wurde, von manchen, auch von manchen politisch Tätigen egal welchen Coleurs in seiner Tiefe, in seiner Gesamtheit nicht ganz erkannt wurde. Jetzt, glaube ich, ist es vielen klar. Für mich heißt das, und das sage ich jetzt nicht stellvertretend, sondern nur persönlich, für mich heißt das, dass wir noch mehr als bisher auf die Menschen hören, ihre Empfindungen aufnehmen, kanalisieren sollten und daraus gestärkt versuchen sollten, das Beste für Kärnten zu machen. Ich bedanke mich für Ihre Redebeiträge, sie zeugen von hoher Qualität des Kärntner Landtages! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Meine geschätzten Damen und Herren! Herr Landeshauptmann! Ich bedanke mich als vorsitzführender Präsident für das Lob, das du diesem Haus ausgesprochen hast und gebe es jeder einzelnen und jedem einzelnen Abgeordneten weiter, was den neuen Stil und den Verlauf der heutigen Landtagssitzung betrifft! Ich denke aber auch, und ich denke, dass ich das stellvertretend tun kann, dir ein Lob aussprechen zu können, denn es war in der Vergangenheit keine Selbstverständlichkeit, dass ein Landeshauptmann vom Anfang bis zum Ende einer Debatte gefolgt ist. Das zeigt, dass du die Wertschätzung dieses Hauses groß hältst und dass du vor allem deine Sache in deiner Funktion ernst nimmst! Danke! *(Beifall im Hause.)*

Als mir vorläufig letzte Wortmeldung zu diesem Punkt liegt mir die Wortmeldung von Herrn Landesrat Holub vor. Ich darf dich bitten, zu sprechen!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn ich vor kurzem noch auf dieser Seite saß und gegenüber hinschaute, habe ich mich meistens beim Peter Kaiser bedankt als einzigem Regierungsmitglied. Heute wäre das relativ unsinnig, für die Anwesenheit der Abgeordneten zu danken, weil es eine Selbstverständlichkeit ist für euch, aber normalerweise auch für die Regierungsmitglieder. Vielleicht wird sich das wieder einführen lassen. Ich möchte mich auf jeden Fall beim Kärntner Landtag bedanken für diese für mich sehr erhebende, schöne Sitzung, vor allem bei den Herrschaften, die eine Jungferrede gehalten haben! Ich möchte mich auch beim Klubobmann Leyrouz bedanken für die Inhaltlichkeit und für den, ich meine, neuen Stil, der von dieser Richtung kommt! Ich möchte mich beim Mag. Schalli bedanken für die erste mündliche Anfrage an den Holub! Das ist doch etwas, was man sich wahrscheinlich die kurze Zeit für den Rest des Lebens merken wird. Ich möchte mich bei allen Abgeordneten bedanken für den Stil, der, wie ich hoffe, ein neuer ist und bleiben wird!

2004 sind die Grünen relativ schwer in den Landtag gekommen. Da hat es noch diese 10

Holub

Prozent-Hürde gegeben. Wir waren auf einmal mit Barbara Lesjak ein grüner Punkt im Proporzsystem. Wir haben ein System kennengelernt, das von Anfang an relativ unbelehrbar schien. Wir haben es dann doch mit der Zeit geschafft, auch durch persönliche Gespräche, das System langsam aufzuweichen. Ich sehe es immer noch so, dass die Opposition und die Demokratie eine Art Immunsystem ist. Und ein Körper ohne Immunsystem ist zwar nicht krank, aber gleich tot, deswegen ist es auch so wichtig, dass die Demokratie in dem Haus gestärkt wird. Deswegen bitte ich alle, vor allem die Oppositionsparteien – wir haben zwar gesagt, wir werden keine alten Fehler machen, ich bin mir aber sicher, ich werde neue Fehler machen – deswegen bitte ich auch die Opposition, besonders mich darauf hinzuweisen, weil das ist der Spiegel, den ich habe. Wenn der Spiegel nicht funktioniert, werden die, die handeln, immer dümmer und immer eitler und das will ich doch nicht werden. Wir haben dann 2013 das Mandat der Wählerschaft bekommen, in die Regierung zu gehen. Das haben wir sehr ernst genommen, auch bei den Regierungsverhandlungen. Da ist dann dieses Programm in relativ kurzer aber sehr dichter Zeit herausgekommen. Wir haben uns sehr viel vorgenommen, so wie ich es gespürt habe, sehr, sehr ehrlich. Ob wir das alles umsetzen können, weiß ich nicht. Aber wenn ich durch die Straßen gehe, so wie heute am bis jetzt schönsten Tag des Jahres, bekomme ich sehr viel Zuspruch. Wir wissen auch, dass Mut und Zuversicht auch Märkte beeinflussen können und dass ein Gemeinschaftsgefühl doch ein bisschen zumindest die Kärntner Welt verändern wird. Ich hoffe, wir bleiben alle auf dieser Linie. Wir haben unseren Wählerinnen und Wählern einiges versprochen vor allem von grüner Seite. Wie gesagt, das System der Checks and Balances, die Demokratie, muss wieder funktionieren, ansonsten hat der Landtag keinen Sinn, wenn er nicht aufgewertet wird, wenn er nicht bereit sein kann, die europäischen Probleme auch von hier aus zu lösen, vor allem durch Information, die auch von Brüssel kommt. Wir werden hier Verfassungsjuristen ansiedeln. Wir werden hier die gesamten Anwaltschaften ansiedeln. Das ist so gedacht. Ich werde mich auf die nächsten Landtagssitzungen freuen. Was wir noch versprochen haben, ist die Transparenz. Ich versuche sie jetzt auch schon zu leben. Ich habe schon mit einigen hundert Beamten gesprochen, die in unseren Abteilungen

arbeiten. Die freuen sich auch alle. Ich habe wunderbare Menschen kennengelernt. Momentan ist sehr viel Energie da, aber auch sehr, sehr viel Arbeit mit noch wenig Personal. Wie die Wenigsten wissen, die Grünen schreiben ihre Jobs noch aus. Wir haben jetzt für zwei Jobs schon allein 170 Bewerbungen bekommen. Das wird in den nächsten zwei Stunden spannend, das auszusortieren.

Was wir noch versprochen haben, ist die Energiewende, Green Jobs. Natürlich werden wir an dem gemessen werden. Ich fahre schon in ganz Österreich herum und kuffere die besten Modelle ab. Wir wissen, dass bei 1 Million Euro Investition in erneuerbare Energie 18 Arbeitsplätze möglich sind. Bei fossiler Energie sind es nur drei. Wir haben auch versprochen, dass wir den öffentlichen Verkehr stärken. Das ist das gleiche Problem wie beim Finanzausgleich, weniger Köpfe, weniger Geld, weniger Schüler, weniger Cash für den öffentlichen Verkehr. Diese Spirale werden wir durchbrechen müssen, weil das macht keinen Sinn, einfach nur einer sinkenden Nachfrage zu folgen mit niedrigerem Angebot. Das ist natürlich eine Herausforderung bei den Finanzen, die wir haben werden. Wir haben es gerade vom Landeshauptmann gehört: Die Hypo wird uns noch einige Sorgen bereiten, so oder so. Gott sei Dank haben wir eine Bundespolitik, die das „auffangen muss“ und wird. Trotzdem werden wir deswegen nicht mutiger und stolzer werden in Bezug auf die Haftungen. Ich hoffe nur, dass es noch ein bisschen dauert, dann sinken sie ein bisschen.

Mir bleibt nur mehr, dem Haus meine Wertschätzung auszusprechen. Das ist auch der Stil der Politik, die wir mit dem Peter Kaiser und auch mit dem Wolfgang Waldner vorhaben. Etwas mehr Demut und Glaubwürdigkeit, wir wollen es ehrlich angehen. Ein kleiner Spruch noch zum Theater: Auch ich war in dieser Loge. Wenige wissen, dass ich einige Theaterstücke am Klagenfurter Stadttheater gespielt habe, aber ich habe nie so viel Applaus bekommen wie in der Loge. Danke schön! (*Heiterkeit im Hause. – Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 1 vor. Somit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs.Zl. 20-1/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten betreffend Ansuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Kärntner Landtag Ing. Reinhart Rohr

Zahl: 10 St 51/12g

Berichterstatter ist der Abgeordnete Scherwitzl als Obmann des Ausschusses. Dieser vorliegende Antrag wurde ja vom zuständigen Ausschuss bereits in der letzten Gesetzgebungsperiode dem Landtag zugewiesen, weshalb mangels Neuwahl eines Berichterstatters der Obmann des nunmehr zuständigen Ausschusses, das ist, wie gesagt, Abgeordneter Scherwitzl, die Berichterstattung vornimmt. Ich darf dich ersuchen, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Das hat es auch in der Geschichte noch nie gegeben, der Kärntner Landtag fest im Griff zweier Magdalensberger. Aber wie gesagt, auch das eine Novität. Der Herr Präsident hat ja bei der Einbegleitung eigentlich schon alles gesagt. Es gibt einen Antrag des Ausschusses zur Aufhebung der Immunität des Herrn Abgeordneten Rohr aufgrund des Ersuchens der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftssachen und Korruption.

Ich stelle den Antrag, in die Generaldebatte einzugehen.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Diese ist somit eröffnet. Mir liegt keine Wortmeldung vor und sie ist somit auch geschlossen. Ich darf dem Berichterstatter das Schlusswort erteilen!

Berichterstatter Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und ersuche gleichzeitig, in die Spezialdebatte einzugehen!

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Spezialdebatte wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Ich stelle hier Einstimmigkeit fest. Bitte, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Es gibt einen Antrag des Ausschusses. Dem Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption vom 15.3.2013, Zahl: 10 St 51/12g zur strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Kärntner Landtag, Ing. Reinhart Rohr, wird die Zustimmung erteilt. Ich ersuche, diesem Antrag im Landtag die Zustimmung zu geben!

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich Einstimmigkeit fest. Somit ist der Tagesordnungspunkt erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

3. Ldtgs.Zl. 16-2/31:

Bestellung der kollegialen Schulbehörden des Bundes

Hohes Haus! In Entsprechung des Landesschulaufsichtsgesetzes hat der Landtag 35 Mitglieder des Kollegiums des Landesschulrates mit beschließender Stimme, und zwar aus dem Kreis der Lehrerschaft und der Väter und Mütter schulbesuchender Kinder zu bestellen. Vollstän-

Schober

digkeitshalber sei angeführt, dass die Bestellung der Vertreter in den Bezirksschulräten in einer der nächsten Sitzungen erfolgen wird. Die Bestellungen erfolgen nach dem Verhältniswahlrecht. Grundlage ist das Wahlergebnis der letzten Landtagswahl für das Land. Es liegen sechs Bestellungsvorschläge vor. Die Bestellung erfolgt dann, wenn ich dazu auffordere, mit Handzeichen. Ich ersuche den Schriftführer, den ersten Antrag vorzulesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Wahlvorschlag von der SPÖ-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

A) Lehrervertreter:

Mitglieder:

Stefan Sandrieser, Siebenbürgengasse 63/8, 9073 Viktring; Johann Schnögl, Frauensteinerstraße 24, 9300 St. Veit/Glan; Mag. Georg Unterkofler, Goethestraße 20, 9020 Klagenfurt am Wörthersee; Mag. Margit Macho, Seestraße 1, 9141 Gösselsdorf; Dipl.-Päd. Ing. Wilhelm Manfred Steiner, Walddorf 66, 9020 Klagenfurt am Wörthersee; Mag. Beatrix Reichmann, Johann Pacher Straße 10, 9300 St. Veit/Glan;

Ersatzmitglieder:

Mag. Isolde Glanznig-Zimmermann, Urtlstraße 17c, 9300 St. Veit/Glan; Franz Holzer, Flurweg 3b, 9061 Wölfnitz; Dipl.-Ing. Hubert Sabitzer, Akazienhofstraße 98, 9020 Klagenfurt am Wörthersee; Joachim Kogler, Weißendorf 9, 9565 Liebenfels; Dipl.-Ing. Gerhard Alberer, J. F. Perkonigstraße 6, 9300 St. Veit/Glan; Ing. MMag. Gerald Jarnig, Tirolerweg 6/1/8, 9073 Viktring;

B) Elternvertreter:

Mitglieder:

Margit Racynski, Reauz 103, 9074 Keutschach; Dr. Ulf Sereinig, Karnerstraße 2, 9020 Klagenfurt am Wörthersee; MMag. Gerhard Buchacher, Lerchenfeldsiedlung 30, 9314 Launsdorf; Mag. Arno Arthofer, Fischergasse 15, 9020 Klagenfurt am Wörthersee; Mag. Franz Hudelist, Sir-Karl-Popper Straße 11, 9020 Klagenfurt am Wörthersee;

Christian Rischawy, St. Ruprechter Straße 10/73, 9020 Klagenfurt; Anja Drussnitzer, Georg-Lora-Straße 32/1, 9020 Klagenfurt. Die

Ersatzmitglieder als Elternvertreter: Erich Malle, Lilienthalstraße 2, 9020 Klagenfurt; Mag. Thomas Jank, Auenstraße 230, 9535 Schiefing am See; Silvana Krassnitzer, Harbacher Straße 19/1, 9065 Ebenthal; Jürgen Spitaler, Windischbach 8, 9062 Moosburg; Mag. Dr. Heimo Strampfl, Felix-Hahn-Straße 23, 9073 Viktring; Ines Griesser, Kraßniggstraße 58, 9020 Klagenfurt und Mag. Sabine Haas, Lerchenfeldstraße 12, 9020 Klagenfurt; sowie ein sonstiges Mitglied: Hermann Pansi, Pierlstraße 29, 9020 Klagenfurt und dessen Ersatzmitglied Mag. Sandra Haimburger, Am Birkengrund 8, 9073 Viktring.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Das war der Bestellungsvorschlag der SPÖ, den Sie gehört haben. Die Wahlzahl dazu ist 8. Wer dem zustimmt, bitte ein Zeichen mit der Hand! – Das ist mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP, der Grünen und des Teams Stronach gegen die Stimmen der FPK so beschlossen. (*Schriftführer Dir. Mag. Weiß: BZÖ war dafür!*) Entschuldigung! Auch den beiden Stimmen vom BZÖ. Bitte den Vorschlag der Freiheitlichen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Wir kommen zum Wahlvorschlag der freiheitlichen Fraktion. Lehrervertreter – Mitglieder: Dipl.Päd. Otto Markus Hoffmann, Hausergasse 37/13, 9500 Villach; Dipl.Päd. Jasmin Possegger, 9805 Baldramsdorf 197; Ing. Paul Korak, Unarach 4, 9100 Völkermarkt. Deren Ersatzmitglieder: Dipl.-Päd. Verena Eberhard, Fabriksteig 12/10/12, 9500 Villach; Barbara Buchner, Kras 68, 9851 Lieserbrücke; Christina Ball, Grabengasse 7, 9620 Hermagor. Die Elternvertreter – Mitglieder: Gerhard Reinisch, Oberlerchergasse 8, 9020 Klagenfurt; Doris Eichholzer, Hauptstraße 92, 9871 Seeboden; Gottfried Reiter, Innerfragant 24, 9831 Flattach. Deren Ersatzmitglieder: Christine Schneider, Seestraße 21, 9871 Seeboden; Mag. Silvio Zauchner, Eichenweg 3, 9871 Seeboden; Isabella Lehner, Urban-Görtschacher-Straße 8/6, 9500 Villach.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Das war der Bestimmungsvorschlag der Freiheitlichen. Hier beträgt die Wahlzahl 4. Wer dem die Zustimmung erteilt, bitte ein Zeichen mit der Hand! – Das ist mit den Stimmen der Freiheitlichen, des Teams Stronach, BZÖ und der Stimmen der ÖVP so beschlossen. Bitte den Bestimmungsvorschlag der ÖVP!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Als Lehrervertreter die Mitglieder Dipl.-Ing. Dr. Rüdiger Stonitsch, Heimgasse 21, 9020 Klagenfurt; Mag. Karl Heinz Rosenkranz, Andrähofweg 50, 9061 Wölfnitz; deren Ersatzmitglieder: Mag. Eva Schwarz, Kreuzergegend West 9, 9130 Poggersdorf; Mag. Norbert Santner, Zopfenkopfweg 277, 9872 Millstatt. Die Elternvertreter – Mitglieder: Claudia Schöffmann, Hunnenbrunn/Wimitzstraße 4, 9300 St. Veit an der Glan; Mag. Dr. Michael Archer, Unternarrach 28, 9122 St. Kanzian. Deren Ersatzmitglieder: Mag. Martin Miessl, Dorfplatz 12, 9121 Tainach; Mag. Wilfried Thaler, Friedlweg 7, 9161 Wölfnitz. Sonstige Mitglieder der ÖVP-Fraktion: DDr. Hans Prijatelj, Glockenturmweg 5, 9241 Wernberg und dessen Ersatzmitglied Ing. Reinhold Moser, Geiersdorf 3, 9064 Pischeldorf.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Das war der Bestimmungsvorschlag der ÖVP. Hier beträgt die Wahlzahl 3. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Das ist einstimmig so beschlossen. Bitte den Bestimmungsvorschlag der Grünen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Wahlvorschlag als Lehrervertreter – Mitglieder: Mag. Elvira Marlene Suppanz-Holub, Wörthersee-Südufer-Straße 89, 9073 Viktring; Jochen Weiss, Polanastraße 306, 9181 Feistritz im Rosental. Ersatzmitglieder: Daniela Miksche, Pertitschach 71, 9074 Keutschach; Mag. Anita Sekalo, Siebenhügelstraße 128/27, 9020 Klagenfurt. Als Elternvertreter – Mitglieder: Almira Repnig, Am Teller 29, 9071 Köttmanskendorf und Mag. Daniela Burger, Keutschacher Straße 128,

9073 Viktring. Deren Ersatzmitglieder: Mag. Hans Repnig, Am Teller 29, 9071 Köttmanskendorf und Mag. Anja Schneider, Koschatstraße 20, 9020 Klagenfurt.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Das war der Bestimmungsvorschlag der Grünen. Hier beträgt die Wahlzahl ebenfalls 3. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Das ist den Stimmen der SPÖ, der ÖVP, der Grünen, des Teams Stronach und des BZÖ gegen die Stimmen der FPK so beschlossen. Bitte den Bestimmungsvorschlag vom Team Stronach!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Dieser lautet für die Lehrervertreter – Mitglieder: MMag. Evelyn Susanne Klein, Edlinger Straße 34a, 9800 Spittal an der Drau und Mag. Martin Tänzer, Völkermarkter Straße 294, 9020 Klagenfurt am Wörthersee. Als Elternvertreter – Mitglieder: Mag. Daniela Moser-Thaler, Wilfriedgasse 10, 9020 Klagenfurt und Dr. Helmut Schmiedt, Niederhof 1, 9423 St. Georgen im Lavanttal.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Das war der Bestimmungsvorschlag vom Team Stronach. Die Wahlzahl ist ebenfalls 3. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Das einstimmig so beschlossen. Um zum Schluss noch jenen des BZÖ!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Wahlvorschlag als Lehrervertreter – Mitglied: Mag. Udo Kasper, Scheltengasse 2, 9360 Friesach, als Ersatzmitglied: Klaus Kotschnig, Steingasse 155, 9020 Klagenfurt. Die Elternvertreter – Mitglied: Robert Hohlberger, St. Josefstraße 7/4, 9500 Villach. Das Ersatzmitglied: Dieter Galautz, Priesterhausgasse 22, 9020 Klagenfurt.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Das war der Bestimmungsvorschlag des BZÖ. Hier ist die Wahlzahl 2. Wer dem die Zustimmung erteilt, bitte ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich Einstimmigkeit fest. Somit

kann die Konstituierung des Kollegiums des Landesschulrates erfolgen. Die Tagesordnung ist somit erschöpft und ich ersuche den Herrn Landtagsdirektor, den noch ausstehenden Dringlichkeitsantrag vorzutragen.

Mitteilung des Einlaufes (Fortsetzung)

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Der Dringlichkeitsantrag Nummer 2, der verteilt wurde, wurde zurückgezogen. Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag titulierte Nummer 4:

Ldtgs.Zl. 15-1/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Kleines Glücksspiel mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag möge beschließen:

Das zuständige Mitglied der Kärntner Landesregierung, Landesrat Mag. Christian Ragger, wird aufgefordert, zu überprüfen, ob die erfolgten Lizenzvergaben betreffend das Kleine Glücksspiel in Kärnten rückgängig gemacht oder vorzeitig gekündigt werden können.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich die Frau Abgeordnete Obex-Mischitz gemeldet. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Hohes Haus! In diesem Antrag wird der zuständige Landesrat, Christian Ragger, aufgefordert, zu prüfen, ob die Lizenzvergaben, die an das Kleine Glücksspiel kurz vor der Landtagswahl am 27. Februar 2013 vergeben wurden, rückgängig gemacht werden können. Es ist so, dass die Bewerbungsfrist für diese Lizenzen mit 21. Jänner 2013 geendet hat und in kürzester Zeit, schon vier Wochen später, war dann ganz klar, dass diese vergeben wurden. Was uns so traurig

stimmt und was wirklich auch für die Suchtprävention und für die Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, die unter diesem Kleinen Glücksspiel auch so leiden, ein Wahnsinn ist, für 15 Jahre. Das heißt, das ist so eine ad hoc-Aktion, 15 Jahre lang wird es gestattet, 465 Automaten zu betreiben und wir haben gerade vor zwei Wochen oder vor zehn Tagen eine Veranstaltung von der Klagenfurter Spielsuchtberatung gehabt, wo wir die erschreckenden Zahlen mitgeteilt bekommen haben, was das Kleine Glücksspiel eigentlich in der Bevölkerung auslöst und dass es nur ein Geldeintreiben ist, zwar für das Land Kärnten über 7 Millionen Euro bringt, aber dass es in keiner Relation zu dem Leid steht, das ausgelöst wird bei den Spielsüchtigen. Wenn man österreichweit die Medien verfolgt, ist es auch so, dass es in der Steiermark derzeit einen Prozess von einem Spielsüchtigen gibt. Ich glaube, diese Art der Klage sollte man auch nicht ganz außer Acht lassen. Sie ist gegen das Land gerichtet und es wird in diesem Prozess darum gehen, ob das Land ausreichend kontrolliert hat, um Menschen vor der Sucht zu bewahren. Wir wissen alle, dass bei uns in Kärnten zwar darauf geschaut wird, wer nimmt ein, wer kann Automaten aufstellen, aber dass der ganze Spielerschutz nicht wirklich kontrolliert wird, weil ja das Personal gar nicht da ist. Also auch vor dem Hintergrund dieser Tatsache würden wir um die Zustimmung ersuchen, dass man prüft, dass man schaut, dass man bei diesen Lizenzvergaben zumindest den Zeitpunkt oder die Anzahl der Jahre rückgängig machen kann. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die nächste Wortmeldung liegt mir von Abgeordnetem Anton vor. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Anton** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich war ja selbst einmal – wie viele von euch wissen – im Casino Velden tätig und ich möchte aus diesen Erfahrungen vielleicht auch etwas berichten. Ich glaube, dass die Casinos Austria auf den Spielerschutz sehr viel Wert legen und ich glaube auch, dass der jetzige Lizenznehmer des Kleinen Glücksspiels das Gleiche tut. Wir haben es im Casino Velden immer wieder bemerkt, wenn wir Personen sperren mussten, die dann das Casino nicht mehr betreten durften, dass sie dann irgendwo in einem, ich sage jetzt einmal Hinterkammerlein bei irgendeinem Automaten gespielt haben und wenn sie dort nicht waren, dann sind sie halt über die Grenze gefahren. Wir haben in Kärnten die Situation, dass wir jetzt nicht nur einen Casinobetrieb in Kärnten selbst betreiben, sondern wir eigentlich mit einer kleinen Erreichbarkeit nach Slowenien fahren können und dort diese Betroffenen, die wirklich krank sind, auch weiterhin spielen können. Deswegen halte ich nichts davon, dass man jetzt diese Reduzierung von fast 900 Automaten auf 465 Automaten – mit dem hat man jetzt erreicht, dass wirklich kontrolliert wird. Ich glaube, wichtig wäre, zu kontrollieren und dementsprechend streng mit diesem Gesetz umzugehen. Deswegen gibt es von uns keine Zustimmung zur Dringlichkeit. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Bitte die Plätze einzunehmen! Die Zweidrittelmehrheit ist erforderlich. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Das ist mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP, der Grünen, des Teams Stronach und der BZÖ-Abgeordneten mehrheitlich gegen die Stimmen der FPÖ so beschlossen. Mir liegt zum Inhalt keine Wortmeldung vor. Ich lasse über den Inhalt abstimmen. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier

stelle ich die gleichen Mehrheiten, nämlich gegen die Stimmen der FPÖ mehrheitlich so beschlossen, fest. Ich bitte den Herrn Landtagsdirektor, im Einlauf fortzufahren!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

B) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 39-5/31:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Zu- und Abfahrten der Schnellstraße S 37

Zuweisung: Ausschuss für Infrastruktur, Straßenbau und Verkehrsrecht

2. Ldtgs.Zl. 77-6/31:

Antrag von Abgeordneten des BZÖ betreffend Kürzung der Parteienförderung

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

3. Ldtgs.Zl. 149-2/31:

Antrag von Abgeordneten des BZÖ betreffend rasche Abschaffung des Pflegeregresses für Angehörige von Pflegebedürftigen in Heimen und sonstigen Einrichtungen

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

4. Ldtgs.Zl. 157-2/31:

Antrag von Abgeordneten des BZÖ betreffend Abschaffung der Proporzregierung und Reduzierung der Mitgliederanzahl des Landtages und der Landesregierung

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

Mag. Weiß

5. Ldtgs.Zl. 54-2/31:

Antrag von Abgeordneten der Grünen betreffend Neuorganisation der Umweltschutzbehörde in Kärnten

Zuweisung: Ausschuss für Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energie, Umwelt, Klimaschutz und öffentlichen Verkehr

6. Ldtgs.Zl. 108-2/31:

Antrag von Abgeordneten der Grünen betreffend Energiemasterplan für Kärnten

Zuweisung: Ausschuss für Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energie, Umwelt, Klimaschutz und öffentlichen Verkehr

7. Ldtgs.Zl. 39-6/31:

Antrag von Abgeordneten der Grünen betreffend Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Kärnten

Zuweisung: Ausschuss für Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energie, Umwelt, Klimaschutz und öffentlichen Verkehr

8. Ldtgs.Zl. 54-3/31:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Beschränkung des Beeren- und Waldobstsammelns in Kärntens Wäldern und Almen

Zuweisung: Ausschuss für Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energie, Umwelt, Klimaschutz und öffentlichen Verkehr

9. Ldtgs.Zl. 122-1/31:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Stärkung des Wirtschaftsstandortes Rosental durch Erhebung Ferlachs zum Mittelzentrum

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Gewerbe, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Kunst und Kultur

10. Ldtgs.Zl. 33-3/31:

Antrag von Abgeordneten des Teams Stronach betreffend Einleitungen von Erhebungen im Wohnbaubereich

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden

11. Ldtgs.Zl. 17-1/31:

Antrag von Abgeordneten des Teams Stronach betreffend Verbesserung der Transparenz im Kärntner Landtag

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

12. Ldtgs.Zl. 39-7/31:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Vorlage eines aktuellen Landesstraßengüterkataloges

Zuweisung: Ausschuss für Infrastruktur, Straßenbau und Verkehrsrecht

C) Petition:

Ldtgs.Zl. 43-6/31:

P e t i t i o n vom 18.4.2013 betreffend Optimierung des Schülertransportes in der Region Hemmaland zum ORG – St. Hemma Gurk, überreicht durch Abgeordneten Pirold

Zuweisung: Ausschuss für Infrastruktur, Straßenbau und Verkehrsrecht

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Ich danke dem Herrn Landtagsdirektor für den Vortrag des Einlaufes! Hohes Haus! Heute eingelangt im Landtagsamt ist eine Anzeige über die Änderung des Obmannes der Interessengemeinschaft des BZÖ mit folgendem Wortlaut:

Gemäß § 8 Abs. 1 i.V.m. § 7 Abs. 2 K-LTGO wird hiermit ein Obmannwechsel der Interessengemeinschaft von Abgeordneten des BZÖ angezeigt.

Schober

Neue Obfrau: Frau Landtagsabgeordnete Mag. Johanna Trodt-Limpl

Neuer Obmann-Stellvertreter: Herr Landtagsabgeordneter Wilhelm Josef Korak

Hohes Haus! Die Verlesung der Anzeige von der Interessengemeinschaft des BZÖ ist in der eingebrachten Form erledigt. Die Tagesordnung ist abgearbeitet. Ich darf mich bei Ihnen, wie schon früher erwähnt, für den wirklich tadellosen Sit-

zungsverlauf ganz herzlich bedanken! Dafür sind Sie verantwortlich. Ich kann nur eines hoffen, und ich bin davon überzeugt, wir werden es auch in Zukunft so schaffen im Interesse eines guten Bildes, das wir nach außen hin den Kärntnerinnen und Kärntnern abzugeben haben. Ein herzliches Dankeschön auch den beiden Damen für das Protokoll! (*Beifall im Hause.*) Ich wünsche Ihnen ein gutes Nachhausekommen! Die Sitzung ist somit geschlossen. Danke!

Ende der Sitzung: 21.01 Uhr